Für Honecker das Recht gebeugt S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

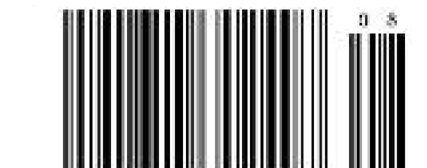
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 8 – 25. Februar 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Muss seine Bürger auf Krieg einschwören: US-Präsident Barack Obama fehlt nur noch ein stichhaltiger Anlass für den Angriff Bild: pa

Die Uhr tickt

US-Regierung stimmt das Land auf einen Militärschlag gegen den Iran ein

Militärisch eingekreist und politisch isoliert, hat der Iran kaum eine Chance, als Sieger aus dem Konflikt um sein Atomprogramm hervorzugehen. Trotz aller Bekundungen, die Angelegenheit friedlich lösen zu wollen, bereitet Washington die Welt auf eine militärische Auseinandersetzung vor. Teil des Szenarios könnte ein gemeinsamer israelisch-amerikanischer Luftangriff sein.

Israel werde den Iran „in zwei oder vier Monaten“ angreifen, erklärte US-Verteidigungsminister Leon Panetta Anfang des Monats. Nun ziehen seine eigenen Sicherheitsexperten die Angriffsfähigkeit seines Verbündeten plötzlich öffentlich in Zweifel. Das Abwägen der eigenen Möglichkeiten ist Bestandteil einer jeden militärischen Planung. Es stellt sich jedoch die Frage, warum das US-Militär so laut über die vermeintliche militärische Schwäche Israels spricht. Sicherheitskreise vermuten eine gezielte Kampagne der Regierung, um die US-Bevölkerung auf eine Beteiligung an einer Militäraktion gegen den Iran einzustimmen. Kommt es zu einem militärischen Schlagabtausch, wäre die Begründung für einen Kriegseintritt der USA an der Seite Israels die, dass man den nicht ausreichend starken Verbündeten in seinem Kampf gegen das aggressive Mullah-Regime nicht allein lassen dürfe.

Ein alter Flugzeugträger als »Opferlamm«

Unterdessen verstärken die USA weiter ihre Militärpräsenz in der Region. Rätselhaft erscheint in diesem Zusammenhang die für März angekündigte Entsendung des Flugzeugträgers „USS Enterprise“ in den Persischen Golf. Laut Pentagon soll die Fahrt des längsten Kriegsschiffes der Welt durch die Straße von Hormus „eine direkte Botschaft an Teheran“ sein. Der 51 Jahre alte Träger gilt jedoch als veraltet und soll nach diesem Einsatz außer Dienst gestellt und verschrottet werden. Militärexperten haben eine Erklärung dafür, warum die US-Marine ausgerechnet dieses antiquierte Militärgerät mit der Mission betraut: Sie halten es für nicht ausgeschlossen, dass die „USS Enterprise“ für eine provozierte oder gar fingierte Attacke auf die US-Marine herhalten soll. Hierzu verweisen sie auf zwei historische Beispiele: die Explosion des Schlachtschiffes „Maine“ im Hafen von Havanna im Jahre 1898 und den angeblichen Angriff nordvietnamesischer Schnellboote auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tonkin 1964. Beide Vorfälle dienten den USA seinerzeit als Vorwand für einen Krieg.

Eine ähnliche Rolle könnte heute der „USS Enterprise“ zufallen. Obwohl sich die iranischen Seestreitkräfte nicht einmal ansatzweise mit ihr messen können, warnt die US-Marine vor einem iranischen Angriff und bereitet die Welt so psychologisch auf einen Krieg vor. In einer solchen Lage reicht eine „verirrte“ Rakete, ein Torpedo „aus dem Nichts“ oder eine mysteriöse Explosion an Bord als Vorwand zum Losschlagen. In jedem Fall wäre der Verlust des schwimmenden Oldtimers einer, der die US-Marine kaum schwächen würde. Mit den beiden anderen Flugzeugträgern, die sich in der Golfregion befinden, wäre sie immer noch stark genug, einen massiven Vergeltungsschlag zu führen. *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Störfall

Mit vor Stolz geschwellter Brust loben sich die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von Union, FDP, SPD und Grünen für ihre Weisheit, sich auf Joachim Gauck als gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten geeinigt zu haben. Damit habe man, so wird unisono verkündet, endlich einen Kandidaten „aller Parteien“ gefunden. Doch da täuschen sie sich. Gauck, der sich selbst als „linken liberalen Konservativen“ bezeichnet und sich stets jeder Vereinnahmung entzogen hat, wird kein Präsident der Parteien sein. Vielmehr wird er ihnen schnell unbequem werden. Die Bundeskanzlerin weiß das und deshalb war sie so lange gegen seine Nominierung, bis es für sie keinen Ausweg mehr gab. Nun bekommt sie kein schwaches und lenkbares Staatsoberhaupt, sondern wird mit einer unabhängigen und kritischen Persönlichkeit im Schloss Bellevue fertig werden müssen. Das gilt auch für die Oppositionsparteien, was diesen in ihrer ersten Euphorie gar nicht in den Sinn gekommen zu sein scheint.

Das stärkste Wirkinstrument des Bundespräsidenten ist die Kraft der Rede. Gauck beherrscht dieses Instrument und er wird es nutzen. Er wird es nutzen, um seine bürgerlichen Überzeugungen zu formulieren, zu mahnen, zu warnen und die Politik in ihre Schranken zu weisen. Mit der ihm eigenen Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit wird er die Politik nicht einfach nur begleiten, er wird sie geleiten. So wird sich Gauck für die Parteien, die von einem Bundespräsidenten wie selbstverständlich die Beschränkung auf gehorsames Repräsentieren erwarten, schnell zu einem Störfall entwickeln. Ein Störfall indes, der für unser Land und unsere Demokratie ein Glücksfall sein wird.

EU finanziert Ausbeutung

Verbleib im Euro-Währungsraum nützt nur reichen Griechen

Mit Kopfschütteln haben Experten auf die Entscheidung der Euro-Finanzminister reagiert, weitere 130 Milliarden Euro als „Hilfe“ für Griechenland bereitzustellen. Schon die letzte Zahlung von 110 Milliarden Euro habe die Lage nicht nur nicht gebessert, die Krise sei verschärft worden. Einigkeit besteht darin, dass Hellas innerhalb des Euro keine Zukunft hat.

Erstaunen löste vor allem das Einknicken von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble aus. Der CDU-Politiker hatte im Vorfeld der Entscheidung deutliche Kritik an Athen geübt und mit Konsequenzen gedroht, falls die griechische Regierung weiterhin ihre Zusagen nicht einhalte. Dies sei, so wird nun vermutet, nur eine „Kulisse“ gewesen, um deutsche Steuerzahler und Bundestagsabgeordnete zu beruhigen. Der Bundestag stimmt in den nächsten Tagen über die Hilfspolitik ab.

Drachme würde Preise sinken lassen

Nach Auffassung von „Wirtschaftswoche“-Chefredakteur Roland Tichy nützt der Verbleib Griechenlands im Euro allein den reichen Eliten des Landes, während sie für Geringverdiener verheerend sei. Kleine Leute würden von der Rückkehr zur Drachme profitieren, da die alltäglichen Preise mit der neuen Währung schnell absinken würden. Reiche Griechen (die ihr Geld international anlegen) würden hingegen massive Einbußen erleiden durch eine abgewertete Währung. So finanziere Europa die brutale Ausbeutung eines Volkes durch dessen eigene Elite. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn meint, Europa helfe nicht den Griechen, sondern schütze allein das Geld seiner Gläubiger.

In Athen spielen sich derweil Szenen ab, die an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Beobachter berichten von hungernden Rentnern, die Obst und Gemüse aus dem Müll klauben. *H.H.*

Unsichere »Sicherheiten«

EZB akzeptiert immer öfter Wertpapiere auf Ramschniveau

Innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) tut sich eine bedrohliche Kluft auf zwischen den Vertretern stabilitätsorientierter Staaten wie Deutschland und solchen, die eine laxe Geldpolitik bevorzugen. Notenbankvertreter sprechen laut „Financial Times Deutschland“ von einer „Balkanisierung der Euro-Zone“.

Hintergrund: In diesen Tagen wird die EZB abermals eine gewaltige Summe ins Finanzsystem pumpen, nachdem sie bereits im Dezember fast eine halbe Billion Euro bereitgestellt hatte. Das Geld können die nationalen Notenbanken an die Geschäftsbanken ihrer Länder weiterverleihen, um diese am Leben zu halten.

Um die Kredite zu bekommen, müssen die Geschäftsbanken Sicherheiten hinterlegen, deren Ausfallwahrscheinlichkeit äußerst gering ist, etwa Kredite nachgewiesenermaßen zahlungskräftiger Kunden. Diese Kredite müssen bislang mindestens je 500 000 Euro umfassen.

Am Ende zahlt wohl Deutschland die Zeche

Nun haben die Weichgeldländer mit ihrer Mehrheit im EZB-Rat durchgesetzt, dass die Geschäftsbanken auch Kredite geringerer Höhe und mit Ramschniveau, also relativ hoher Ausfallwahrscheinlichkeit, als Sicherheit hinterlegen dürfen. Dies ist bislang nur – als Ausnahme – Griechenland, Irland und Portugal gestattet. Nun haben dieses Recht unter anderem auch Frankreich, Italien und Österreich erhalten.

Für einen Ausfall der Kredite sollen zwar die nationalen Notenbanken allein geradestehen. Experten nehmen jedoch an, dass im Falle des Bankrotts einer Notenbank oder eines Staates dennoch die übrigen Partner einspringen müssen. Im Klartext: Andere Länder können ohne EZB-Kontrolle Risiken eingehen, für die Deutschland im Falle des Scheiterns zur Rechenschaft gezogen würde. *H.H.*

MELDUNGEN

Bekenntnis gegen Russisch

Riga – In Lettland haben 75 Prozent der Einwohner gegen die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache Lettlands gestimmt. Viele Letten fürchteten, dass die Sprache der ehemaligen Unterdrücker wieder zu einer Amtssprache werden könne, so dass die Stimmbeteiligung mit etwa 70 Prozent eine der höchsten seit der Unabhängigkeit von Russland 1991 war. Stimmberechtigt waren rund 1,5 Millionen Menschen. Die russische Minderheit macht etwa ein Drittel der lettischen Bevölkerung aus. Rund 300000 Einwohner Lettlands waren als sogenannte Nichtbürger – großenteils in der Sowjetzeit zugezogene Russischsprachige, die bisher nicht die geforderte Staatsbürgerschafts- und Sprachprüfung abgelegt haben – nicht abstimmungsberechtigt. Unter den Nichtbürgern befinden sich auch viele Veteranen der sowjetischen Armee samt Familien, die nicht bereit sind, die lettische Sprache zu erlernen, obwohl viele von ihnen in Lettland geboren wurden. *B.B.*

Merkel toleriert Athens Blockade

Skopje – Nikola Gruevski, Premier Makedoniens, war Mitte Februar in Berlin zu Besuch. Die Stadt ist eine der Führungszentralen von EU und Nato, in die Makedonien kommen will und soll, aber seit Jahren wartet es vergeblich auf den Verhandlungsbeginn. Jetzt hat Kanzlerin Angela Merkel Unterstützung zugesagt, was in Skopje erfreut registriert wurde. Dabei gibt es keinen Grund zur Freude, denn die Kanzlerin erwähnte mehrfach, dass erst das „Namensproblem“ geklärt werden müsse, denn Athen macht Makedonien seinen Namen streitig. Zwar hat Makedonien eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof gewonnen, aber das wird von EU, Nato und Merkel übergangen. Freunde Skopjes wie Schwedens Außenminister Carl Bildt rechnen damit, Griechenland werde wegen seiner Geldnöte einlenken. *W.O.*

Im Grunde selber Schuld

Tagung fragt »War die ‚Vertreibung‘ Unrecht?« – Relativierung mit staatlicher Förderung

Während das Zentrum gegen Vertreibungen nicht so richtig vom Fleck kommt, formieren sich die Kräfte in Deutschland, die das Verbrechen der Vertreibung relativieren und verdrängen wollen. Dies geschieht sogar mit finanzieller Unterstützung vom Staat und unter dem Mantel staatlicher Förderung. Dabei kommen Vereinigungen zum Tragen, die ganz offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

So richteten am vergangenen Sonnabend in Berlin in den Räumlichkeiten der Freien Universität die Aktion Sühnezeichen, die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V., die Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft e.V., die Deutsch Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und die wegen ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen im Verfassungsschutzbericht gelistete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen“ (VVN) eine Tagung aus. Das Motto lautete: „War die ‚Vertreibung‘ Unrecht? Die Umsiedlungsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens und ihre Umsetzung in ihrem völkerrechtlichen und historischen Kontext.“ In der Einladung hieß es: „Bitte haben Sie Verständnis, dass wir wegen der erforderlichen Fördermittel eine Teilnehmerliste mit Anschrift und Unterschrift benötigen.“ Also wurde die Veranstaltung mit dem gesponsert, was in linken Kreisen „Staatsknete“ heißt. Was also bekamen die Steuerbürger von der Veranstaltung, bei der kein Vertreter der Betroffenen geladen worden war, geboten?

Die einführenden Worte von Christoph Koch von der Freien Universität gaben der Veranstaltung die inhaltliche „Marschrichtung“ vor. Zwar bekannte er, dass kein Unrecht (der Zweite Weltkrieg) ein anderes (also die Vertreibung der Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten) rechtfertigen würde, doch mit einem Schwall von Relativierungen und Rechtfertigungen versuchte er sich selbst zu widerlegen, um schließlich vor Geschichtsrevisionismus zu warnen. Die Deutschen hätten sich selbst vertrieben, so das Fazit seiner Ausführungen. Was das Ganze mit dem Vertreibungsunrecht beziehungsweise dessen Widerlegung zu tun habe, erklärte Koch jedoch nicht.



Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten zogen 1945 westwärts: Rund zwei Millione starben

Bild: pa

Die Teilnehmer der Veranstaltung – meist aus dem ergrauten Antifa-Umfeld rekrutiert – nahmen daran keinen Anstoß. Auch der in die Jahre gekommene, 1932 in Pommern geborene Rudolf von Thadden versuchte die Vertreibungen zu verniedlichen und philosophierte über den Unterschied der Vertreibung eines Arbeiters und eines Professors, stellte den Teilnehmern schließlich die Vorteile der Küche seiner polnischen Freunde dar, die nun an seinem Geburtsort Wohnsitz genommen hätten, um sich mit der Warnung vor „nationalistischen Rechten“ dem Schlusswort seines Vorredners anzuschließen.

Zeitzeugenberichte wurden nicht gehört

Ex-Uni-Chef Professor Uwe Wesel war zwar nicht in Persona erschienen, kritisierte aber in seinem Grußwort die Merkelsche „Euro-Verzögerungspolitik“, um der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, Polen könne recht bald auch zur Euro-Zone gehören. Dem Professor scheint entgangen zu sein, dass die meisten Polen derweil ganz froh sind, nicht zur Euro-Zone zu gehören. Während der Vertreter der polnischen Botschaft eine positive Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zog, klagte sein tschechischer Kollege unversöhnlich über die „Naziherrschaft“. Die Vertreterin der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft kritisierte pauschal die Charta der Heimatvertriebenen und befand, die Vertreibung sei das Resultat deutscher Verbrechen gewesen und schließlich habe es ja einen sehr großzügigen Lastenausgleich gegeben. Der Vertreter der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft beschwerte sich in seinem Grußwort über die ungenügende staatliche Alimentierung dieser Veranstaltung.

Der in Gießen lehrende Völkerrechtler Thilo Marauhn gelangte allerdings in seinem Vortrag zu dem Endergebnis, dass der Menschentransfer völkerrechtswidrig gewesen sei. Von einer Sonderregelung zu Lasten der Deutschen hält er nichts. Er hatte das Recht von heute rückblickend betrachtet, die Römischen Statuten, das Genfer Abkommen von 1949, die Nürnberger Prozesse, die Potsdamer Beschlüsse und schließlich die Haager Landkriegsordnung, und diesen Schluss gezogen. Aufgeregt echauffierte sich darauf Professor Koch, die Antifa-Rentner grummelten, während der stasi-belastete Professor Fink vom VVN unwillig und heftig sein graues Haupt schüttelte.

Die frühere Bundesjustizminiserin Herta Däubler-Gmelin (SPD) legitimierte sich durch ihre Geburtsstadt Pressburg als „Vertriebene“, um dann ihren verstorbenen Parteikollegen Peter Glotz für sein Engagement für das Zentrum gegen Vertreibungen zu kritisieren. Dann sprach sie über das Heimatrecht der wegen des Braunkohletagebaus umzusiedelnden brandenburgischen Dorfbewohner.

Waren am ersten Tag noch etwa 60 Teilnehmer zu verzeichnen, kamen am zweiten Tag deutlich weniger. Hervorzuheben war hier der Beitrag von Anja Mihr, die die Auffassung vertrat, alle Parteien hätten gleich behandelt werden müssen, um einen dauerhaften Frieden, Versöhnung und Ausgleich zu erreichen. *Hans Lody*

Die Schulden-Uhr: Auf hohem Niveau

Gerne wird für die Griechenlandhilfe mit dem Argument geworben, wie hart doch im Gegenzug die Einschnitte bei den Griechen seien. Dabei wird fahrlässig ignoriert oder bösartig verschwiegen, auf welch hohem Niveau die Einschnitte erfolgen und in Hellas gejammert wird. Während das durchschnittliche Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft 2009 in Portugal, das viel weniger internationale Hilfe bekommt, bei 17129 Euro lag, waren es in Griechenland 29160. Und während der Mindestlohn im letzten Halbjahr bei den Portugiesen 565,83 Euro betrug, waren es bei den Griechen 876,62. Nun soll der griechische auf 568 Euro gesenkt werden, was immer noch knapp über dem portugiesischen läge. *M.R.*

2.035.400.020.226 €

Vorwoche: 2.034.604.257.857 €
Verschuldung pro Kopf: 24.883 €
Vorwoche: 24.873 €

(Dienstag, 21. Februar 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kein Sinn für Humor

Ägypten: Wegen Religionsbeleidigung verurteiltem Komiker droht Haft

Ägypten ist das führende Filmland der arabischen Welt. Über ägyptische Komiker mit ihrem so typischen ägyptischen Akzent lachte einst die gesamte arabische Welt. Vielen dürfte jetzt das Lachen vergehen, nachdem bekannt geworden ist, dass der bekannteste ägyptische Komödiant, der Komiker Adel Imam, wegen Blasphemie in Abwesenheit von einem ägyptischen Gericht zu drei Monaten Zwangsarbeit verurteilt wurde. Der Komödiant zeigte sich nach Erhalt des Urteils schockiert, eine Urteilsschrift sei ihm oder seinem Anwalt nie zugestellt worden. Man wollte Öffentlichkeit vermeiden, denn die Öffentlichkeit hätte auf der Seite des beliebten Komikers gestanden. Die meisten Ägypter sind zwar konservative Muslime, aber mit Sinn für Humor.

Das Urteil gegen Adel Imam fiel eine Woche nach der Installation des neuen ägyptischen Parlaments, in dem die Islamisten über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Gegen die Islamisten und Bartträger, die keinen Humor verstehen und deshalb glauben, dass auch Allah keinen Humor hat, richtet sich jedoch der hintersinnige Humor von Adel Imam. Der 71-Jährige spielte in mehr als 100 Filmen und zehn Theaterstücken mit. Seinen Angaben zufolge befanden sich unter den beanstandeten Werken sein Film „Al-Irhabi“ („Der Terrorist“) von 1994, in dem er einen islamischen Fundamentalisten spielt, sowie das Theaterstück „Al-Zaeem“ („Der Führer“), eine Komödie, in der er sich in der Art Charlie Chaplins über die politischen Führer der Region lustig macht.



Plakat „Der Terrorist“

Urteile gegen Künstler und Intellektuelle wegen Religionsbeleidigung sind in Ägypten seit dem Sturz Mubaraks nicht selten. Imam ist aber weit mehr als ein „Komiker“, er ist eine Institution. Sollte er wirklich ins Gefängnis kommen, werden vielen Ägyptern, die zwar bei den Imam-Filmen über die Islamisten gelacht, aber sie gewählt haben, die Augen aufgehen.

Das neu gewählte ägyptische Parlament war kurz nach seiner Konstituierung auch Schauplatz eines bizarren Wettstreites unter Islamisten. Höhepunkt war der Ruf zum Gebet des salafistischen Abgeordneten Mamdouh Ismail mitten in einer Parlamentssitzung. Dieser wurde daraufhin von Parlamentspräsident Saad Al-Katatny, Mitglied der Muslimbruderschaft, zur Ordnung gerufen mit der Bemerkung, dass es Moscheen gäbe zur Verrichtung der Gebete. Ismail, der gerne seine Frömmigkeit nicht nur durch seinen Bart zur Schau stellt, gab sich jedoch nicht geschlagen. Mitten in der Debatte über die Straßenschlachten rund um das Innenministerium setzte er seinen persönlichen Gebetsruf im Saal fort. Parlamentspräsident Al-Katatny unterbrach nach dem unverhofften Gebetsruf die Sitzung und entgegnete dem Vorbeter: „Sie sind nicht mehr Muslim als wir.“ Die beiden stärksten Fraktionen im neu gewählten ägyptischen Parlament, die Muslimbrüder (47 Prozent der Sitze) und die Salafisten (24 Prozent), kämpfen um dieselbe Wählerschaft bei den im Sommer anstehenden Präsidentschaftswahlen. *Bodo Bost*

Wieder daheim

Landesrabbiner über jüdisches Leben

Shlomo Bistritzky hat eine Mission. Der 1975 in Jerusalem geborene Landesrabbiner von Hamburg will den jüdischen Glauben in die Welt hinaustragen. Als Wirkungsort hat er sich bewusst die Hansestadt ausgesucht, denn hier liegen seine familiären Wurzeln. Sein Urgroßvater kam 1920 aus Königsberg an die Elbe, gründete hier eine Familie und führte ein Handelsgeschäft, bis das Unheil des Nationalsozialismus über sie hereinbrach. Im Rahmen der vom Corps Irminsul, der ältesten Hamburger Studentenverbindung, regelmäßig veranstalteten „Harvestehuder Gespräche“ referierte er über jüdisches Leben in Deutschland und seine Arbeit als Landesrabbiner.

»Als orthodoxer Jude kann man sicher leben«

In Deutschland könne man auch als orthodoxer Jude unbehelligt und sicher leben, so Bistritzky. Eine bemerkenswerte Feststellung aus berufenem Munde, sollen doch „judenfeindliche Einstellungen“ einer kürzlich vom Bundestag veröffentlichten Studie zufolge in „erheblichem Umfang“ in der deutschen Gesellschaft verbreitet sein.

Als geistliches Oberhaupt der jüdischen Gemeinde wolle er den Juden die Möglichkeit geben, ihre Religion stärker zu praktizieren, und ihnen zeigen, wie man auch in Deutschland orthodox leben könne. Dafür ist er für die Mitglieder seiner Gemeinde rund um die Uhr erreichbar. Als Bekehrer sehe er sich dabei jedoch nicht. Für ihn sei die orthodoxe Lebensweise selbstverständlich, habe er als Kind eines Oberrabbiners doch schon früh gelernt, nach den strengen Riten und Gebräuchen zu leben. Auch wenn es gelegentlich Widerstände zu überwinden und noch vieles zu verbessern gelte, sei jüdisches Leben hierzulande längst wieder heimisch geworden. So gäbe es jüdische Gotteshäuser, Schulen, Kindergärten und Kultureinrichtungen. In vielen Geschäften könne man sogar koschere Produkte kaufen.

Bistritzkys Großvater Loeb hatte sich einst vorgenommen, nie mehr in seine Heimatstadt zurückzukommen. Er hat es doch getan. In der Arbeit seines Enkels sieht der 86-Jährige „die beste Antwort auf den Holocaust“. *Jan Heitmann*

Skandalnudel Hertha

Von THEO MAASS

In diesen Tagen feuerte der Bundesligist Hertha BSC mit Michael Skibbe bereits den zweiten Trainer in der laufenden Bundesligasaison. Zuvor war Marcus Babbel entlassen worden. Unter der Leitung von Babbel war der Verein immerhin von der 2. in die 1. Bundesliga aufgestiegen.

Der Trainerposten bei dem Berliner Bundesligisten ist ein Schleudersitz. Kaum jemand bleibt länger. Nach Jürgen Röber, der immerhin vom 1. Januar 1996 bis zum 6. Februar 2002 als Übungsleiter des bekanntesten Hauptstadtklubs fungierte, drehte sich das Trainerkarussell immer schneller. Falko Götz, Huub Stevens, Andreas Thom, Hans Meyer, erneut Falko Götz, Karsten Heine, Lucien Favre und Friedhelm Funkel mussten vorzeitig ihren Hut nehmen.

Nachdem der von potenten Geldgebern immer gut ausgestattete Verein in der vergangenen Saison den Wiederaufstieg schaffte, steht nun der Klassenerhalt in Frage. Der Trainerwechsel zu Michael Skibbe hatte den Verein 1,2 Millionen Euro gekostet und fünf verlorene Spiele gebracht. Lokalkonkurrent 1. FC Union aus dem Ostteil der Stadt kommt seit 2007 mit ein und dem selben Trainer aus. Allerdings verweigern sich die Großsponsoren dem Verein.

Der Ruf von Hertha BSC als Skandalnudel wurde erstmals durch den sogenannten Bundesligaskandal begründet. 1971 ließ Hertha den Konkurrenten Arminia Bielefeld für einen sechsstelligen Betrag ein Spiel gewinnen. Die Bielefelder hatten auch noch versucht, andere Vereine zu „kaufen“. Als die Sache aufflog, war die Empörung gewaltig, auch Spieler von Schalke 04 und anderen Vereinen wurden bestraft. In der Folge verloren Hertha und Schalke fast den gesamten Spielerkader durch Sperren.

Seither hatte sich im Westteil der Stadt eine Fangemeinde organisiert, die eine Wachablösung im Berliner Fußball herbeiführen wollte. Aber weder Tennis Borussia (in den 70er Jahren) noch Blau Weiß 90 (in den 90ern) konnten sich in der Bundesliga etablieren. Die zentrale Lage des Spielorts und der eingeführte Name veranlassen Großsponsoren immer wieder, vor allem Hertha BSC zu alimentieren. Anderenorts wäre mit derartigen Beträgen internationale Klasse erreichbar gewesen, aber Hertha-Erfolge in derartigen Wettbewerben bleiben trotz Geldsegen aus.

So richten sich die Augen vieler enttäuschter Fans auch aus dem Westteil der Stadt auf den Ostberliner Lokalrivalen, der bei einem Abstieg von Hertha die Chance hat, die Wachablösung zu schaffen. Union wäre bei diesem Bemühen nicht allein auf die im Ostteil der Stadt wohnenden Fußballfreunde angewiesen, sondern versteht es längst, auch im Westen Anhänger zu mobilisieren.

Berlins historische Mitte versteppt

Senat nimmt Abstand von Plänen, das Zentrum neu zu beleben – Protest wird lauter



Hier schlug einst das urbane Herz von Berlin: Die grüne Brache zwischen Schloss und Alexanderplatz dürfte noch lange gähnen, wenn es nach den neuesten Vorstellungen des Senats geht

Bild: imago

Berlins SPD-CDU-Senat verschiebt die Entwicklung des Stadtzentrums auf unbestimmte Zeit – und hebt sie damit faktisch auf. Statt sensibler Rekonstruktion und Neubelebung historischer Räume regiere Kurzsichtigkeit und Prestigedenken, so Kritiker.

Der Neubau einer Landesbibliothek ist Berlins rot-schwarzer Koalition wichtiger als die Gestaltung des Zentrums. Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD) nennt die Bibliothek einen „großen kulturpolitischen Erfolg“ des Senats. Der Haken: Mit diesem „kräftigen Schluck aus der Pulle“, 270 Millionen Euro soll das Vorhaben kosten, seien andere Bauten bestenfalls „zeitlich verzögert“ umsetzbar.

Im Klartext droht eine Absage an alle Pläne zur Entwicklung von Berlins Kern, die seit den umfangreichen archäologischen Funden beim Bau der U-Bahnlinie 5 auf der Tagesordnung stehen. Schmitz ging noch weiter: Als „zu keiner Zeit beschlossen“ bezeichnete er nun Konzepte für einen archäologischen Garten im Herzen der Stadt vor dem Roten Rathaus. Hier sollten Besucher in einer Art Freifläche umfangreich erhaltene Grundmauern und Fassaden des mittelalterlichen Berlin bestaunen. Zumindest die SPD sagt sich in den von ihr geführten Ressorts davon sowie von der Gestaltung des Rathausumfelds los, entsprechend handelt die Stadtentwicklungsbehörde.

Trotz Antrag auf EU-Mittel könne Berlin nicht alle Anträge einreichen, begründete die SPD ihr plötzliches Nein. Mit Blick auf das Rathausforum will der Staatssekretär für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe (SPD), „eine gut strukturierte Debatte führen, bevor man einen Wettbewerb auslobt“.

„Es ist nicht fassbar – für eine Einsparung in der Höhe von 1,5 Millionen Euro verabschiedet sich der Senat von einem geradezu vorbildlich zeitgemäßen Museumskonzept“, klagt hingegen die Initiative „Petriplatz, wo Berlin began“ und fordert: „Der Petriplatz muss, wie in der Koalitionsvereinbarung zugesagt, ein Zukunftsort in der Berliner Innenstadt werden.“ Befürworter eines attraktiven Zentrums erbost besonders, dass Berlin mit rund zehn Prozent nur einen Bruchteil zur Finanzierung des archäologischen Zentrums beitragen müsste und trotzdem die Geldfrage nun den Ausschlag gibt.

Die Wiege Berlins mit der Spreeinsel droht so eine unterentwickelte Brache zu bleiben, wenn mit der Fertigstellung des Schlosses weitere Touristen ins historische Zentrum der Stadt strömen. Denn auch in puncto Wiederaufbau der Bauakademie zeigt der Senat keinen Einsatz. Dabei hatte die CDU das „Desinteresse“ der abgewählten rot-roten Koalition an dem Schmuckbau Karl Friedrich Schinkels attackiert und mehr Anstrengungen zu dessen Wiedererrichtung gefordert. Noch im November verkündete die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU, die „Gestaltung des Rathausforums ist eine große Chance, das Areal zwischen Alexanderplatz und Humboldt-Forum nachhaltig zu beleben“.

Und vor gut einem Jahr hatte der damalige Senat seine Unterstützung für das mit 15 Millionen Euro veranschlagte siebengeschossige archäologische Zentrum am Petriplatz signalisiert. Pfade sollten von dort ausgehen und Fenster zu Ausgrabungsorten wie der gotischen Tuchhalle öffnen. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz war einbezogen, das meiste Geld sollte die EU beisteuern.

Koalitionspartner CDU beschwichtigt die Kritiker

Die CDU-Fraktion im Stadtparlament bekennt sich auch jetzt noch zum Projekt des archäologischen Zentrums und beschwichtigt: Die neuen Vorgaben der SPD seien „nicht in Stein gemeißelt“. Das klingt indes wenig nach kämpferischer Leidenschaft. So fällt der SPD vorerst die Rolle zu, die für die CDU peinliche Langzeitvertagung zu verkünden. Allerdings bahnt sich wegen der Gestaltung der Mitte ein Konflikt zwischen den Koalitionären an.

Zeitgleich bietet der landeseigene Liegenschaftsfonds bereits Grundstükke im Herzen der Stadt an. Die Gertraudenstraße 1 bis 7 steht beispielsweise zum Verkauf. Das Filetstück liegt direkt am Nikolaiviertel, dem letzten noch zu DDR-Zeiten für Touristen hergerichteten Gelände, in dem Teile von Berlins historischer Substanz für etwas Atmosphäre sorgen. Problem: Das Grundstücksangebot greift einer möglichen Gesamtplanung vor. Gut 8000 Quadratmeter umbaute Fläche kann ein Investor mit Geschäften und Wohnungen errichten.

Auch das Nikolaiviertel hat eine Renovierung nötig, doch der Blick fürs Ganze fehlt der Politik nach Meinung von Kritikern. Bereits bei Planung und Bau der Rathausbrücke bewies der Senat wenig Gespür für historisch begründete Räume. Das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten findet am Neubau keinen Platz. Eine hohe Rampe am Nikolaiviertel ist stattdessen beschlossene Sache. Kritiker bemängeln, die in diesem Frühjahr fertigwerdende neue Brücke richte sich mit ihrer enormen Durchfahrtshöhe zu sehr nach den Bedürfnissen von Binnenschiffen.

Im Deutschen Architektur-Forum im Internet öffnet sich eines der vielen Ventile für den Ärger über die politische Kurzsichtigkeit: „Was kümmert's den Senat, dass die Gewerbemieter der Kolonnaden des Nikolaiviertels künftig im Dunkeln sitzen und die Autos in Stehhöhe vorbeirauschen.“

Die Gesellschaft Historisches Berlin e.V. beklagt, zum wiederaufzubauenden Schloss passe die Brücke ebenfalls nicht. Berlins Politik bleibt also weiter ohne Plan, während der Liegenschaftsfonds seine schon im Bezug auf die Bauakademie kritisierte profitorientierte Linie fortsetzt, als habe es keinen Koalitionswechsel gegeben.

Sverre Gutschmidt

Lohndumping auf links

»Junge Welt« feuert Redakteur, der auf Gleichbehandlung pocht

Links und marxistisch orientiert“, so lautet das Selbstverständnis der Tageszeitung „Junge Welt“, die nun erneut für Schlagzeilen sorgt: War es zum 50. Jahrestag des Mauerbaus ein Foto von DDR-Betriebskampfgruppen, versehen mit einem großen „Danke!“, das auf der Titelseite prangte, sorgt diesmal die Personalpolitik der linken Zeitung für negative Aufmerksamkeit.

Das Blatt, in dem sonst Berichten über Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen viel Platz eingeräumt wird, ist nun selbst in einen arbeitsrechtlichen Streit verwickelt. Berichten linker Internetseiten zufolge soll bereits am 8. Dezember 2011 gegen einen langjährigen Redakteur der Zeitung ein Hausverbot durch die Geschäftsführung verhängt worden sein. Wenige Tage später folgte ein Schreibverbot und am 31. Dezember die fristlose Entlassung. Hintergrund ist die Forderung des Redakteurs nach einem regulären Arbeitsvertrag und angemessener Entlohnung. Damit wollte der „JW“-Mitarbeiter seine mehr als elfjährige Scheinselbstständigkeit beenden, in der er de facto während der gesamten Zeit als Arbeitnehmer ohne regulären Arbeitsvertrag verharrt hatte.

Elf Jahre in prekärer Beschäftigung

Während dieser Sachverhalt noch unstrittig ist, weichen die weiteren Darstellungen erheblich ab: Nach Schilderung der Geschäftsleitung der „Jungen Welt“ koppelte der Redakteur den Wunsch nach einem Arbeitsvertrag mit einer Forderung, das in all den Jahren zu wenig gezahlte Gehalt müsse nun nachgereicht werden. Die rückwirkende Zahlung hätte nach Angaben der Geschäftsleitung die Weiterexistenz des Verlages in Frage gestellt.

Die Darstellung des Redakteurs sieht anders aus: Nach seinen Angaben bot ihm die „JW“ einen Arbeitsvertrag an, der mit massiven Lohneinbußen verbunden wäre – sowohl verglichen mit seiner bisherigen Bezahlung als auch mit der der übrigen Redakteure. Mit anderen Worten: Lohndumping.

Zur Rechtfertigung beruft sich die „JW“ auf einen Haustarifvertrag. Da das Blatt nicht dem Arbeitgeberverband angehört und damit an keinen Branchentarif gebunden ist, scheint die Argumentation konsequent. Wie der Haustarif allerdings zu werten ist, muss nun das Arbeitsgericht klären. Immerhin liegt im Fall des entlassenen Redakteurs die Entlohnung fast 60 Prozent unter dem Niveau des Branchentarifs, sodass die Richter den Haustarif des „links und marxistisch orientierten“ Verlags schlichtweg als sittenwidrig einstufen könnten.

N.H.

Schwarz-Weiß-Theater

Eren Ünsal schießt weiter auf Hallervorden wegen Rollenbesetzung

Eren Ünsal, die Chefin der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ ist nun in der Angelegenheit der Rollenbesetzung eines Theaterstückes an Dieter Hallervordens Schloßtheater (die *PAZ* berichtete) tätig geworden und ließ erklären: „Wir haben nach der Diskussion um die Besetzung der Rolle des schwarzen Midge durch einen schwarz geschminkten weißen Schauspieler im Stück ‚Ich bin nicht Rappaport‘ und über die Äußerungen des Regisseurs dazu viele Beschwerdebriefe bekommen.“

Die Senatsverwaltung hat kaum Möglichkeiten, das Theater unter Druck zu setzen, da Kultkomiker Hallervorden sein Haus privat und ohne staatliche Zuschüsse betreibt. Die linke Tageszeitung „taz“ versuchte daher, die Angelegenheit zu skandalisieren, indem sie ein langes Interview mit Ünsal veröffentlicht hat. Dort spricht sie von „Diskriminierung“ und „Verletzung“ und behauptet, schwarze Schauspieler seien chancenlos. Ünsal fordert: „Wir müssen die Strukturen verändern und die Bilder und Klischees in den Köpfen der Menschen.“ Gegenüber dem „Tagesspiegel“ urteilt sie über Hallervorden: „Das kommt einer diskriminierenden Einstellungspraxis gleich.“

Kultkomiker als latenter Rassist beschimpft

Solange Dieter Hallervorden sein „eigener Herr“ ist, kann er die Besetzung von Rollen nach schauspielerischen Qualitätsgründen vornehmen. Ünsal äußert indes die Hoffnung, die künstlerische Freiheit dadurch einschränken zu können, dass durch staatliche Förderung künftig Einfluss zum Zwecke einer „positiven“ Entwicklung des Theaters genommen werden könne.

Aber selbst unter der Leserschaft der „taz“ scheint wenig Begeisterung für eine Kampagne gegen Hallervorden zu sprießen. Ein Leser lästert: „Frau Ünsals Logik zufolge dürften dann weiße Rollen nur von weißen Schauspielern gespielt werden ... Absurdes Theater und keine Logik weit und breit. Schafft bitte diese Landesstelle ab.“ Ein anderer kommentiert: „Wie oft denn noch? Schwarze müssen alles spielen dürfen (korrekt), aber Weiße dürfen keine Schwarzen spielen?“

Theatersprecher Harald Lachnit ist verärgert: „Die Behörde lässt sich offenbar von Leuten einspannen, die sich erst im Internet empörten und jetzt gezielt nach prominenten Unterstützern suchen.“ Hallervorden ließ wissen, er werde auf die Anwürfe gelentlich antworten, die Kritik sei „undifferenziert“ und die Argumente alt.

T.M.

Zeitzeugen



Johann Reichert – Insgesamt 3165 Menschen starben von der Hand des letzten deutschen Scharfrichters, dessen Markenzeichen Zylinder und Gehrock waren. Der 1893 nahe dem bayerischen Wörth geborene Abkömmling einer Henkersippe aus dem 18. Jahrhundert starb 1972 in Altglasing als Pflegefall. Zunächst hatte er sein grausiges Amt in der Weimarer Republik ausgeübt, dann als Vollstrecker der NS-Justiz. Unter anderem enthauptete er die Münchner Widerstandskämpfer Sophie und Hans Scholl. Zuletzt richtete er für die alliierten Siegermächte mit dem Strick 156 NS-Schergen. Sein Sohn nahm sich 1950 das Leben, der Vater wurde zeitlebens geächtet. 1963 schlug er als Ehrenmitglied des „Vereins zur Wiedereinführung der Todesstrafe“ die Verwendung der Guillotine als Strafe für eine Serie von Taximorden und Banküberfällen vor.



Hermann Lorenz – Der 1928 geborene ehemalige Major im Justizvollzug der DDR war der sogenannte Scharfrichter von Leipzig. Im Namen der Deutschen Demokratischen Republik tötete er mindestens 20 Menschen, zuletzt 1981 den Stasi-Hauptmann Werner Teske von hinten mit einem Revolver. Der frühere Ministrant starb 2001.

Kaing Guek Eav – Der Chef der kambodschanischen Geheimpolizei unter der Terrorherrschaft der Roten Khmer soll für unzählige Hinrichtungen verantwortlich sein. Dem 69-jährigen obersten Folterknecht unter Diktator Pol Pot, der sich nach dem Zusammenbruch des Regimes als Missionar durchschlug, wurde inzwischen der Prozess gemacht. In 35 Jahren Haft soll er für die Grausamkeiten büßen.



Mohammed Saad al-Beshi – Der 51-jährige Vater von sieben Kindern fungiert in Saudi-Arabien als Henker. Seine Spezialität ist das Köpfen mit dem Krummschwert. Seit 1998 hat er Hunderte von Todesurteilen vollstreckt und zahlreichen Dieben die Gliedmaßen abgeschlagen. Sein ganzer Stolz, den er auch schon mal im Fernsehen vorführt, ist die Schärfe seines Schwertes.

Henker haben Hochkonjunktur

Zunahme der Exekutionen weltweit beschäftigt die Uno

Die Vereinten Nationen sind besorgt über eine weltweite Zunahme von Exekutionen, trotz aller Appelle und Resolutionen, das Töten als Strafe ganz abzuschaffen. Neben China bereitet neuerdings der Irak große Sorgen, denn seit dem Abzug der US-Truppen sind dort Hinrichtungen an der Tagesordnung, allein in den ersten 40 Tagen 2012 mindestens 65, an einem einzigen Tag, dem 19. Januar, gar 34 auf einen Streich. 900 Aspiranten warten noch auf ihr tödliches Finale.

Einige spektakuläre Fälle rükken China, Saudi-Arabien und den Iran in den Fokus internationaler Menschenrechtler: So wurde mit Wu Ying, 30, eine der reichsten Frauen der Volksrepublik wegen Veruntreuung von umgerechnet 95 Millionen Euro zum Tode verurteilt, will der Iran angebliche US-Spione hinrichten lassen und lieferte Malaysia den 23 Jahre alten saudischen Journalisten Hamsa Kaschgari wegen einer strengen Auslegung des Blasphemie-Paragrafen an Riad aus. Dort droht ihm unweigerlich der Tod.

Mindestens 81 Erdhörnchen in der Halbwüste von Nevada haben ihr Leben verspielt, wenn dieser US-Staat alle Todesurteile vollstreckt, die gegenwärtig anstehen. Jedes Mal, wenn in Reno die Giftspritze in Aktion tritt, streift Chefrichter Cliff Young durch das Gelände der Horse-Shoe-Ranch bei Battlemountain und jagt die possierlichen Wüstenbewohner. Das ist seine Art der Abreaktion. Denn er ist im Innersten ein Feind der „Death Penalty“, gleichwohl muss er sich immer wieder nach dem Buchstaben des Gesetzes richten – ein fortwährender Gewissenskonflikt. Immerhin üben noch 36 der 51 US-Staaten die Todesstrafe aus, am exzessivsten Texas. Die USA waren zudem bis 2005 eines der wenigen Länder, in denen auch Minderjährige hingerichtet wurden. Zudem ist das US-Militärstrafrecht im Hinblick auf Todesurteile umstritten.

In den USA warten 3000 Verurteilte auf die Vollstreckung

Young ist in den Staaten sicher nicht der einzige Jurist, der mit diesem Konflikt leben muss. Denn in den USA warten derzeit noch rund 3000 Kandidaten auf das schreckliche Ende mit der Giftspritze, durch Erhängen, Erschießen oder auf dem elektrischen Stuhl. Seit 1976 wurden 1000 Delinquenten hingerichtet, nach Schätzungen von Juristen sind 100 Fehlurteile eingeschlossen. Allein in Kalifornien warteten Ende November 2011 721 Delinquenten in ihrer Zelle auf das Ende. In Florida waren es 398 und in Texas 321.

Weltweit warten seit 2010 etwa 18 000 Gefangene auf ihre Exekution, mehr als 2300 wurden in dieser Zeit in 67 Ländern zum Tode verurteilt und über 500 in 23 Ländern hingerichtet, nicht eingeschlossen China, weil es keine verlässlichen Statistiken liefert. Doch es wird davon ausgegangen, dass die roten Machthaber beispielsweise allein 2008 mehr als 1700 Menschen, meist durch die Giftspritze oder durch Erschießen, hinrichten ließen. Beobachter schätzen indes, dass es 2010 etwa 5000 gewesen sein sollen, andere Quellen sprechen von bis zu 10 000. Allein 2009 wurden 7000 Todesurteile verhängt. Amnesty International spricht vom „grausamen Weltmeister bei der Todesstrafe“.

Ganz vorne rangiert auch der Iran, der noch die Steinigung im Repertoire hat, mit jährlich über 300 Exekutionen. Saudi-Arabien und Pakistan folgen mit jährlich über 100 Enthauptungen durch das Schwert des Scharfrichters. Rund 90 Prozent aller Hinrichtungen fanden in nur sechs Ländern statt: China, Iran, Irak, Saudi-Arabien, USA und Jemen. 714 Tötungen in 13 islamischen Ländern sind Resultat der muslimischen Rechtsordnung Scharia. Als einziges Land in Europa praktiziert Weißrussland die Todesstrafe. In der Bundesrepublik wurde die Exekution 1949 abgeschafft, doch 1951 wurden noch sieben der von den Alliierten verurteilten NS-Kriegsverbrecher gehängt. In der DDR war die letzte Hinrichtung 1981. Immerhin ist in 130 Ländern die Todesstrafe abgeschafft. *Joachim Feyerabend*



Todesstrafe schließt Rechtsstaatlichkeit nicht aus: Während in den USA „transparent“ gerichtet wird, töten Länder wie China, Iran und Saudi-Arabien oft im Geheimen Bild: Getty

Methoden der Henker

Die menschliche Phantasie scheint unerschöpflich, wenn es um die Erfindung effektiver oder besonders grausamer Tötungsmechanismen geht. Den Scharfrichtern von heute steht allerdings davon nur ein begrenztes Repertoire zur Verfügung, da die Erkenntnis wuchs, dem Menschen selbst steht auch im Tod noch eine gewisse Würde zu.

Neben dem Fallbeil, der berühmten Guillotine, dem Schwert, Revolvern oder Gewehren, der Giftspritze, dem elektrischen Stuhl, dem Strick oder der Gaskammer wird heute in muslimischen Ländern von den archaischen Tötungsmethoden nur noch die Steinigung angewendet.

Ungleich grausamer waren viele Exekutionen der Vergangenheit: Tod durch Ertränken, Pfählen, Verbrennen, Vierteilen, Kreuzigen oder das Durchschneiden der Kehle, Einflößen von geschmolzenem Metall, Erdolchen, Erfrieren lassen, Herabstürzen von Türmen, Häuten, Verhungern oder Verdursten lassen, lebendig Begraben, Rädern, bei lebendigem Leib kochen oder in den Schlund eines Vulkanes Stoßen waren einige der Mechanismen aus dem Horrorkabinett der Henker.

Der Strick ist vielfach einsetzbar

Beim Tod durch den Strick gilt es zu unterscheiden: Der Körper wird am Galgen oder an einem Ast mit dem Strick um den Hals nach oben gezogen, wobei ein langsamer Erstickungstod eintritt oder er wird auf dem Schafott durch Wegstoßen eines Untergestells herbeigeführt. Der Fall geht dann meist mit einem Genickbruch einher. Die Garrotte wiederum war eine Tötungsmaschine, die durch langsames Zuziehen der Schlinge eine Erdrosselung herbeiführte.

Exekutionen waren lange auch eine Art perverses Volksfest. Einige der Toten wurden in eisernen Korsetts tagelang „ausgestellt“, etwa in England am Themse-Ufer als Mahnmal für Piraten. *J.F.*

Ein Kind der Blutrache

Die Wurzeln der Todesstrafe liegen in der Steinzeit

Die Todesstrafe stammt aus den archaischen Ursprüngen der Menschheit und gilt heute angesichts moderner Aufgeklärtheit und humanitärer Erkenntnisse als unhaltbar. In 104 Staaten besteht sie aber noch immer, auch wenn sie oft nicht ausgeübt wird. Vom Prinzip her leitet sich die Lizenz zum Töten durch die Justiz aus der primitiven Blutrache früher Sippen und Gemeinschaften ab und mutierte, wie etwa im Dritten Reich, zu einem Instrument des politischen Terrors gegen missliebige Bürger oder zu einem Racheakt des Staates, ohne Chance, ein eventuelles Fehlurteil aufzuheben.

Eine wahre Orgie von Hinrichtungen und der ebenfalls von den aufgeklärten Teilen der Weltöffentlichkeit geächteten Folter findet jeweils nach einschneidenden politischen Umwälzungen statt: Französische Revolution, die sogenannte Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland mit massenhaften Justizmorden oder die Machtübernahme der Ayatollahs in Persien, Säuberungsaktionen in Russland und in Maos China. Sie richten sich oft gegen religiös Andersdenkende, sexuell andersgeartete Minderheiten oder rassische Gruppierungen. Noch 1899 waren – so berichtet Amnesty International – drei Staaten (Costa Rica, Venezuela und San Marino) ohne Todesstrafe. Ende 1978 waren es noch immer nur 19. Selbst der Vatikanstaat schaffte sie formell erst 1969 ab (letzte Vollstreckung 1870).

Politische Umwälzungen geben Henkern Arbeit

1990 setze eine große Welle von Ächtungen ein, sie erfasste etwa 50 Staaten. 2007 nahm die Vollversammlung der Uno erstmals eine Resolution an, wonach die Aussetzung aller gefällten Todesurteile verlangt wird – bis heute mit mäßigem Erfolg in der Praxis: In Saudi-Arabien oder im Iran, in China oder im Irak werden nach wie vor die Messer geschliffen. In Nordkorea endet oft schon der Versuch einer Flucht aus dem Land in den Armen des Henkers. Zu den klassischen Delikten wie beispielsweise Mord gesellten sich je nach Region und Land immer neue „Delikte“ hinzu, Drogenbesitz in einigen asiatischen Ländern (Laos, Thailand), Handtaschenraub (Chinas Provinz Guangdong), Terrorismus (Guyana), eheliche Untreue (Iran, Saudi-Arabien) sowie Korruption und Steuerhinterziehung (China). Selbst Geisteskranke werden nach dem mörderischen Euthanasieprogramm Hitlers bis in die jüngste Neuzeit davon erfasst, unter anderem zuletzt 2006 in den USA.

Mit dem Sesshaftwerden steinzeitlicher Nomaden kamen erste verbindliche Regelungen auf, die die Anwendung der Todesstrafe als Rache des Kollektivs auf eine Zentralgewalt, letztlich den Staat oder dessen Herrscher, übertrugen. Selbst im Codex Ur-Nammu (2100 v. Ch.) wird sie bereits für Mord und Ehebruch festgeschrieben. Die biblische Tora postuliert: „Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll auch durch Menschen vergossen werden.“ Im antiken Rom gab es öffentliche Hinrichtungen, oft verbunden mit vorausgehenden, quälenden Ritualen wie der Geißelung. Im Mittelalter wurde sie zum gebräuchlichen Herrschaftsinstrument bei der Bekämpfung von Heiden, sogenannten Ketzern und angeblichen Hexen. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8965**

Für Honecker wurde das Recht gebeugt

Der Berliner Staatsanwalt Bernhard Jahntz über Wiedergutmachung und die Grenzen der Justiz

Bernhard Jahntz war von 1979 bis 1986 Dezernent für die Verfolgung von NS-Unrecht im Besonderen durch die Justiz bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin. Als Staatsanwalt war er in die Anklagen gegen Egon Krenz und andere DDR-Spitzenfunktionäre involviert. Mit dem 1945 geborenen Berliner sprach der *PAZ*-Mitarbeiter Hans Lody über die juristische Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen.

PAZ: *Gibt es Unterschiede zwischen der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zu derjenigen der NS-Vergangenheit?*

Jahntz: Die strafrechtliche Ahndung der NS-Verbrechen konnte zunächst aufgrund alliierter Vorbehalte nicht alsbald nach dem Ende des NS-Regimes beginnen. Sie erfolgte bis 1958, als die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg errichtet wurde, sodann unsystematisch und nicht umfassend. Das Verfolgungsbedürfnis der Gesellschaft, das sich auch in der Justizpolitik widerspiegelte, war schließlich begrenzt, sicherlich auch als Folge der Anfang der 1950er Jahre einsetzenden umfassenden Amnestien für die noch von den Alliierten in Nürnberg und in den Folgeprozessen verurteilten Hauptkriegsverbrecher.

Demgegenüber standen die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität (später: Staatsanwaltschaft II Berlin) sowie die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften der neuen Bundesländer bereits ab 3. Oktober 1990, also unmittelbar ab Ende der zweiten deutschen Diktatur, zur Strafverfolgung bereit. Deshalb auch konnte diese strafrechtliche Aufarbeitung im Wesentlichen bereits 15 Jahre später als abgeschlossen angesehen werden, während die Zentralstelle Ludwigsburg auch heute immer noch nicht „arbeitslos“ geworden ist.

PAZ: *Hat man mit den gleichen Maßstäben gemessen?*

Jahntz: 1986 wurde in Berlin der NS-Verbrecher Otto Heidemann, Funktionshäftling (Kapo) im KZ Mauthausen-Gusen, wegen Mordes zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Angeklagte, schwer herzkrank, wurde zur Urteilsverkündung auf einer Krankentrage aus der JVA Moabit vor die 27. große Strafkammer in den Saal 700 des Landgerichts Berlin getragen. Ein Sachverständiger bescheinigte ihm auch da noch Verhandlungsfähigkeit. Die Menschenwürde Heidemanns sah niemand angetastet. Er starb wenige Tage nach der Urteilsverkündung in der JVA.

Nur sechs Jahre später bescheinigte vor derselben (inzwischen anders besetzten) 27. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin im selben Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit derselbe Sachverständige dem krebskranken, aber immerhin lauf- und sitzfähigen Angeklagten Honecker Verhandlungsunfähigkeit, und alle Welt, angeführt von seinen Verteidigern, thematisierte die durch die beabsichtigte Fortführung des Verfahrens gegen ihn angeblich begangene Verletzung seiner Menschenwürde ...

Honecker starb in Freiheit in Chile im Mai 1994, 16 Monate nach seinem Ausscheiden aus dem gegen ihn geführten Prozess und acht Monate nach Urteilsverkündung gegen seine früheren Mitangeklagten Heinz Keßler, Fritz Streletz und andere. Ich war in beiden Verfahren Sitzungsvertreter der Berliner Staatsanwaltschaft.



Kritisiert den Bundesgerichtshof und dessen Umgang mit der DDR-Führung: Bernhard Jahntz

PAZ: *Die Bewältigung des Systemunrechts von Unrechtsstaaten mit Mitteln des Rechtsstaats ist schwierig. Wie denken Sie rückblickend über die Mauerschützenprozesse? Wurden die „Kleinen“ bestraft und die „Großen“ laufengelassen?*

Jahntz: Im Gegensatz zur NS-Unrechts-Bewältigung standen die „Großen“ der Justiz zur Verfügung. Verurteilt wurden nicht nur Grenzposten, Vergatterer, sondern zum Beispiel auch Kompaniechefs, Regimentskommandeure, der Chef der Grenztruppen, der Minister für Nationale Verteidigung, Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) und des Politbüros.

Es wurde also, und das ist auch ein legitimer und wichtiger Strafzweck, deutlich gemacht, dass Unrecht, auch wenn es von Politikern begangen wurde, als solches benannt und geahndet wurde; das kann zur Stärkung des Vertrauens der rechtstreu gebliebenen Masse der DDR-Bevölkerung in die Gerechtigkeit beitragen.

Andererseits ist und bleibt es schwierig, Systemunrecht, also von den Stützen des (Unrechts-)Systems begangenes Unrecht, mit den Mitteln des Individual-Strafrechts verfolgen zu müssen: Die Tatsache der Zugehörigkeit zu einem diktatorischen Gremium allein konnte und durfte nicht Grundlage eines Schuldspruches sein. Vielmehr musste jedem Angeklagten individuelle Schuld, begangen durch strafrechtlich relevantes Tun oder Unterlassen, nachgewiesen werden. Das ist der Strafjustiz jedoch betreffend alle politisch-militärischen Befehlsebenen gelungen, wenn auch hinsichtlich der Strafmaße nur mit Einschränkungen.

PAZ: *Was waren die größten Fehler bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit?*

Jahntz: Die strafrechtliche Aufarbeitung der DDR-Gewaltakte an der innerdeutschen Grenze halte ich – mit den hier erörterten Einschränkungen – für gelungen, anders als die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH) zum DDR-Justizunrecht. Die Strafjustiz hatte allerdings darunter zu leiden, dass sie vieles, was von ihr erwartet wurde, nicht leisten konnte und durfte: Nicht jede menschenverachtende Einwirkung etwa des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf Lebensläufe von DDR-Bürgern war und ist strafrechtlich erfassbar. Die Strafjustiz konnte und durfte keine Wiedergutmachungs-Politik leisten, sondern „nur“ individuelle strafrechtliche Schuld feststellen. Die Politik hat, so scheint es, die auf die Strafjustiz fokussierte Erwartungshaltung des Publikums gerne hingenommen, um von ihren eigenen Defiziten bei der außer-strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung ablenken zu können.

PAZ: *Wäre es 1990 besser gewesen, die Erben der SED, die sich heute „Die Linke“ nennen, zu verbieten?*

Jahntz: Ich bin Staatsanwalt, nicht Politiker – nur soviel: Man stelle sich vor, die NSDAP wäre nach dem 8. Mai 1945 auf die Idee gekommen, als „Partei des demokratischen Nationalsozialismus“ weiterexistieren zu wollen ...

PAZ: *Teilen Sie die Auffassung, Honecker und Krenz seien „zu billig“ davongekommen?*

Jahntz: Honecker ist der Fortsetzung und Beendigung des Verfahrens gegen ihn durch Verurteilung bewusst entzogen worden. Durch vorsätzliche Rechtsbeugung, begangen vom Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin unter Vorsitz des CDU-Politikers Dr. Klaus Finkelnburg. Dies war nichts anderes als politische Justiz, denn Finkelnburg hatte bereits Monate, bevor Honecker seine Verfassungsbeschwerde erhob, sich bereits publizistisch festgelegt, dass Strafverfahren wie das gegen Honecker falsch und deshalb nicht durchzuführen beziehungsweise gegebenenfalls zu beenden seien.

Soweit Verurteilungen erfolgten, blieben die gegen die Befehlsgeber verhängten Strafmaße, nicht nur gegen Krenz, insgesamt unbefriedigend: Ursprünglich war der Grenzposten, der das letzte Maueropfer, Chris Gueffroy, erschoss, zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden; ein für die Auslöschung eines hoffnungsvollen jungen Menschenlebens sicher keine zu harte Strafe. Der BGH kassierte gleichwohl dieses Strafmaß in der Revision insbesondere mit dem Bemerken, gegen diesen Angeklagten, der „in der militärischen Hierarchie ganz unten“ stand, dränge es zur Verhängung einer milden Bewährungsstrafe (also maximal zwei Jahre Freiheitsstrafe), weil „Funktionsträger, die über einen größeren Überblick und über eine differenziertere Ausbildung verfügten, bisher nicht zur Verantwortung gezogen worden“ seien. Dies verkündete der BGH am 25. März 1993.

An diesem Tage war aber bereits 30. Verhandlungstag im sogenannten NVR-Verfahren, in dem sich neben Honecker Verteidigungsminister Keßler und andere Funktionsträger mit dem größten Überblick und differenziertester Ausbildung in der DDR für die Mauertoten zu verantworten hatten. Das wussten die BGH-Richter ganz genau, und das drängt deshalb zu dem Verdacht, sie wollten – wohl wissend, dass natürlich die Strafmaße gegen die Höher- und Höchst-Verantwortlichen deutlich über denen für die einfachen Grenzposten liegen müssten und würden – zu harter Bestrafung der realsozialistischen Machthaber bereits durch „Drükken“ der Strafmaße für die Mauerschützen vorbeugen. Auch das könnte man Rechtsbeugung nennen ...

Und tatsächlich: Als dann die Hoch- und Höchstverantwortlichen, die Mitglieder des NVR Keßler, Streletz und andere, und des Politbüros, Egon Krenz, Günter Schabowski und andere, vor dem BGH standen, drängte diesen nichts zu harten Strafen: Sieben Jahre sechs Monate für Keßler (mein Antrag: zwölf Jahre) oder sechs Jahre sechs Monate (mein Antrag: elf Jahre) für Krenz einerseits, gegenüber zwei Jahren Freiheitsstrafe für den Grenzposten, der Chris Gueffroy erschoss, andererseits, das sind keine gerechten Strafmaß-Relationen!

MELDUNGEN

Schröder hilft Schwarzer

Köln – Nachdem gleich drei zuständige Ministerinnen der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer die Fördermittel für ihr feministisches Archiv gekürzt beziehungsweise gestrichen haben, springt nun Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) ein. Schwarzer erhält die nächsten vier Jahre je 150000 Euro aus Schröders Etat. Die Ministerin betonte, dass es bei der Förderung von Projekten nicht um die „Übereinstimmung in jeder Tonlage oder Argumentationsweise, sondern um den Grundkonsens“ gehe. Die 34-jährige Politikerin steht in der Kritik, weil sie gegen eine einseitige Förderung von Frauen ist. Auch überwarf sie sich 2010 mit Alice Schwarzer, da sie deren radikalen Feminismus kritisierte. Nun ist sie es, die Schwarzers Archiv rettet, nachdem rot-grüne Politikerinnen dieser die Mittel gekürzt haben. *Bel*

»Bild« lehnt Anzeige ab

Berlin – Die Dänische Volkspartei, die bis 2011 gut zehn Jahre die konservative Minderheitsregierung in Kopenhagen gestützt hatte, hatte versucht, in der deutschen „Bild“-Zeitung ein Inserat zu schalten, in dem Deutschland für die Einführung strengerer Überwachungsmaßnahmen an der Grenze zu Polen gedankt werden sollte. Angereichert war das Inserat mit Leserbeiträgen von „Bild.de“, die sich zustimmend zu den eingeführten Grenzkontrollen der 2011 abgewählten dänischen Regierung äußerten. Doch „Bild“ wollte das Inserat nicht abdrucken. Anwalt Philipp-Christian Thomale hierzu: „Bezug nehmend auf Ihre anliegende Anzeige teilen wir Ihnen mit, dass wir diese nicht in unseren Medien veröffentlichen werden. Dessen Inhalt verstößt gegen unsere Unternehmensgrundsätze. Ferner dürfte die Anzeige strafrechtlich den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen.“ Der Pressesprecher der Dänischen Volkspartei interpretiert das so: „Ich bin mir jedoch im Klaren darüber, dass es in Dänemark und Deutschland zwei unterschiedliche Demokratieauffassungen gibt ...“ *T.M.*

Endlich mitreden?

Bürger können Merkel Vorschläge machen

Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen? Mit diesen drei Fragen will Kanzlerin Angela Merkel nicht nur einen Fachdisput führen, sondern auch die Meinung der Bundesbürger zur Zukunft Deutschlands erfahren. Seit 2011 läuft der Dialog über Deutschland bereits für Fachkreise, noch bis zum 15. April können Bürgervorschläge in deutscher Sprache abgegeben, kommentiert und bewertet werden. Die zehn Vorschläge mit den meisten Stimmen und zehn weitere, von einer Fachkommission ausgewählt, werden in einem anschließenden Expertendialog mit Wissenschaftlern und Praktikern sowie den Absendern der gewählten Vorschläge diskutiert. Im Juli soll dieser Expertendialog mit einem Abschlussbericht enden, der Denkanstöße und Handlungsvorschläge für die Politik beinhalten soll. Damit das Internet nicht die einzige Basis für den Bürgerdialog ist, gibt es zusätzlich drei Termine für ein Bürgergespräch, und zwar in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld.

Über 6000 Vorschläge wurden bislang abgegeben, wobei die Bürger bei der Frage nach dem Zusammenleben am emsigsten sind. Vertriebenenthemen werden auch besprochen; einer würdigen Erinnerungskultur an die Vertriebenen stimmen 83 Personen zu. Spitzenreiter erzielen bald 50000 Stimmen, so zum Beispiel die Forderung nach einer offenen Diskussion über den Islam oder nach einer Legalisierung von Cannabis. Eine ressourcenbasierte Wirtschaftsevaluierung oder ein bedingungsloses Grundeinkommen sind weitere Punkte.

Vertriebenenthemen schwach unterstützt

Viele der Themen werden schon lange diskutiert; ob nun der Zukunftsdialog Entscheidungen für die Politik herbeiführt, ist offen. Informationen unter www.dialog-ueber-deutschland.de. *CRS*

Dispo weitgehend ausgereizt

Viele Kommunen häufen weiter Schulden an – Negativrekord trotz guter Konjunktur

Der Deutsche Städtetag warnt vor der wachsenden Kluft zwischen reichen und armen Kommunen. Zu stark verschuldete Gemeinden sind auch jenseits der Neuen Länder oder strukturschwacher Regionen zu finden. Nur die Süddeutschen kämpfen seltener mit kommunaler Not. Dass vom Strukturwandel weg von Kohle und Stahl betroffene Orte wegen jahrzehntelanger hoher Sozialausgaben in finanzieller Schieflage sind, ist nicht neu. Doch wenn selbst wettbewerbsfähige Stahlstandorte wie in Krefeld schließen müssen, weil die Energiekosten durch die Klimapolitik nach oben schießen, verschärft das für manche Gemeinde im Westen die Lage. Gerade in Nordrhein-Westfalen nehmen kurzfristige Kredite der Gemeinden zu. Kassenkredite, die einst wie ein privater Dispokredit einem Ort überbrückend helfen sollten, sind längst Dauerinstrument. Zwar sind jüngst vielerorts Defizite zurückgegangen und Einnahmen gestiegen, doch der Städtetag weist darauf hin, dass immer mehr Gemeinden ihren Betrieb nur mit kurzfristigen Überziehungskrediten aufrecht erhielten: Bundesweit belaufen diese sich auf 44,3 Milliarden Euro, ein neuer Negativrekord.

Ausgaben können oft nicht reduziert werden

In der Hackordnung des Föderalismus, die stets auf der Aufteilung von Geld zwischen Bund und Ländern beruht, stehen die Gemeinden zahnlos am untersten Ende. Ob Volkszählungen von höherer Warte angeordnet und auf kommunaler Ebene finanziert werden müssen oder neue Gesetze wie das Recht auf Kinderbetreuung sozialen Mehraufwand für die Gemeinden vorsehen, sie laufen Gefahr, auf den Kosten sitzenzubleiben.

Der Städtetag sieht die neuen kommunalen Finanznöte vor allem in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Hessen und in Sachsen-Anhalt. Viele Orte können sich dort nicht mehr selbst helfen, und dass, obwohl die Gesamtkonjunktur vorteilhaft ist. Krefeld steht noch gut da. Mönchengladbach hat über eine Milliarde Euro Schulden, muss aber in den Sozialfonds Deutsche Einheit einzahlen.

Fremdbestimmung durch den Bund

Die Bertelsmann Stiftung untersuchte jetzt 412 Kreise und kreisfreie Städte auf Kinderarmut. Auffallend an der Studie ist, wie von staatlicher Hilfe abhängige Kinder und kommunale Verschuldung zusammenfallen. Orte mit vielen Kindern, deren Eltern staatliche Transferleistungen empfangen, geraten oft in Finanznot. Soziale Landesprojekte wie das nordrhein-westfälische „Alle Kinder essen mit“ ändern kaum, dass die Sozialaufgaben mancherorts die Gemeinden erdrücken. Sparen diese nicht rechtzeitig, droht die Fremdverwaltung. Dafür, dass sie an den Sozialausgaben kaum sparen können, sorgen wiederum Gesetze.

Gemeinden in Süddeutschland haben weniger Probleme. Sie sind geschichtlich durch eine andere Gemeindeordnung bevorzugt: Der Einfluss der Verwaltung in der Kommunalpolitik ist geringer, auch haben Bayern und Baden-Württemberg eher das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ umgesetzt. Das gilt theoretisch auch für andere Länder, doch musste in Rheinland-Pfalz jüngst das Landesverfassungsgericht zugunsten der Kommunen den Finanzausgleich klären. Die Sozialausgaben bleiben aber das Hauptproblem. Viele Gemeinden sind zudem mit ihren Bereitstellungspflichten im öffentlichen Verkehr, bei Krankenhäusern und Schulen überfordert. Das Auslaufen des Konjunkturpakets II dürfte die Neuverschuldung mancherorts weiter steigen lassen, denn mit dem Ende dieser Förderung durch den Bund 2011 müssen die Gemeinden selbst mehr investieren. *SV*

MELDUNGEN

Abwehr-Raketen nicht auffindbar

Washington – Der Verbleib von 5000 der ursprünglich 20 000 in Libyen vorhandenen tragbaren Luftabwehrraketen ist nach Angaben des US-Außenministeriums nicht mehr aufklärbar. Vermutet wird, dass nur ein Teil der Raketen bei Nato-Luftangriffen zerstört worden ist, so dass eine unbekannte Zahl der Waffen inzwischen auf dem internationalen Schwarzmarkt gelangt ist. *N.H.*

Diskussion um Jelzin-Denkmal

Reval – Raivo Vare, Chef des estnischen Entwicklungsfonds und Mitglied der Übergangsregierung von 1991, fordert ein Denkmal für Boris Jelzin, dem ersten russischen Präsidenten nach der Wende. 1991 hatte Jelzin die estnische Unabhängigkeit anerkannt und den zirka 100 000 sowjetischen Soldaten untersagt, etwas gegen die estnische Bevölkerung zu unternehmen. Präsident Toomas Hendrik Ilves sowie die russische Minderheit stehen dem Vorhaben jedoch kritisch gegenüber. *MRK*

Bakijew ist Weißrusse

Minsk – Der im April 2010 gestürzte Präsident Kirgisiens, Kurmanbek Bakijew, soll seit August 2010 weißrussischer Staatsangehöriger sein. Das berichten übereinstimmend weißrussische Medien. Bakijew hatte auf Einladung des Präsidenten von Weißrussland, Alexander Lukaschenko, nach seinem Sturz in Minsk Asyl erhalten. Medien wiesen darauf hin, dass über die Vergabe der Staatsangehörigkeit nur Lukaschenko persönlich entscheidet. Bakijew soll in einem Vorort von Minsk für zwei Millionen Dollar ein Haus erworben haben. *CR*

Janukowitsch steht Putin im Wege

Kiew setzt auf Annährerung an die EU: Absage an Zoll- und Eurasische Union –

Wladimir Putins Rückkehr ins Präsidentenamt gilt schon jetzt, wenige Tage vor der Wahl, als sicher. Vieles deutet darauf hin, dass er eine Wiedervereinigungspolitik ehemaliger Sowjetrepubliken mit Russland vorantreiben wird. Mit der Ukraine kann er jedoch vorerst nicht rechnen. Der bislang als „pro-russisch" geltende Viktor Janukowitsch wehrt sich standhaft gegen russische Einflussnahme.



Ernste Gespräche unter „Freunden": Wladimir Putin (l.) und Viktor Janukowitsch (r.) Bild: imago

Kürzlich kündigte Kiew an, ab 2013 neue Steuern für Einrichtungen der auf der Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte erheben zu wollen. Im Gasstreit 2009 hatte das Thema „Schwarzmeerflotte" Janukowitsch als Druckmittel schon einmal geholfen. Damals hatte Kiew gedroht, den Pachtvertrag nicht zu verlängern, wenn Moskau den Gaspreis nicht senken würde. Gazprom senkte den Preis, dafür wurde in einem Abkommen festgehalten, dass die Schwarzmeerflotte bis 2042 auf ukrainischem Territorium in Sewastopol bleiben darf.

Diesmal könnte das Druckmittel von gestern wirkungslos bleiben, denn seit Jahren hat Russland in Sewastopol nichts investiert. Die Stationierung der Flotte dürfte eher einen symbolischen geostrategischen Hintergrund haben. Die von Noch-Präsident Dmitrij Medwedjew angeschobene Modernisierung des Militärs wird unter einem Präsidenten Putin ganz andere Dimensionen erreichen: Putin wird nicht nur den Großmachtanspruch Russlands erneuern, sondern auch eine aktive Wiedervereinigungspolitik ehemaliger Sowjetrepubliken betreiben. Erste Anzeichen sprechen dafür:

Putin hat eine „beispiellose" Aufrüstung angekündigt. In den kommenden zehn Jahren will er umgerechnet 580 Milliarden Euro für mehr als 400 Interkontinentalraketen und über 600 Kampfflugzeuge, Dutzende U-Boote und tausende Panzer ausgeben. Die Rüstungsindustrie soll nicht nur dem geplanten Raketenabwehrsystem von USA und Nato etwas entgegensetzen, sondern auch Motor für die Entwicklung weiterer Wirtschaftsbranchen werden. Geplant ist auch, die strategischen Nuklearkräfte zu erhalten. Vizeregierungschef Dmitrij Rogosin spricht davon, die russischen „Waffen der Zukunft" könnten die des Westens überholen. Ob die maroden russischen Industrieanlagen dazu in der Lage sind, sei dahingestellt.

Seit Jahren bedrängt Putin die Ukraine, der Dreier-Zollunion von Russland, Weißrussland und Kasachstan beizutreten, der sich die Ukraine bislang – aufgrund ihres Strebens nach einer Freihandelszone mit der Europäischen Union – verschlossen hat. Putin schwebt eine Eurasische Union vor, der sich alle ehemaligen Sowjetrepubliken, mit Ausnahme der Baltischen Staaten, anschließen sollen.

Sollte der durch Russlands Gnaden und durch die Unterstützung ukrainischer Oligarchen aus dem Donezbecken an die Macht gelangte Janukowitsch sich weiter querstellen, könnte ihm Unheil drohen: Der Kreml könnte ihn loswerden wollen. Wie er im Falle eines aufmüpfig gewordenen Diktators vorgeht, zeigt das Beispiel des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, dessen Emanzipationsversuche sämtlich scheiterten. Als er sich mit Moskau anlegte, wurde ihm kurzerhand der Geldhahn zugedreht. In einer gnadenlosen Fernsehkampagne wurde Lukaschenko zugesetzt. Weil er als letzter Diktator Europas gilt, half der Westen ihm nicht. Einen Ausweg aus der Isolation fand er nicht. Ende 2011 gab Lukaschenko endlich nach und verkaufte die begehrten Pipelines an Russland.

> Russland will seinen Großmachtanspruch manifestieren

Viktor Janukowitsch will aber noch nicht klein beigeben und strebt weiter die Unabhängigkeit von Russland an. In letzter Zeit setzt er erneut auf eine verstärkte Annäherung an den Westen. Seine Anhänger verübeln ihm das und werfen ihm vor, sich wie sein einstiger Gegner Viktor Juschtschenko, der aus der Orangenen Revolution als Präsident hervorgegangen war, bei der EU anzubiedern. Innenpolitisch gerät Janukowitsch unter Druck, weil sein Vorgehen gegen Oppositionelle immer mehr diktatorische Züge annimmt. Vor allem weniger im Rampenlicht Stehende werden nach und nach verhaftet. Beobachter sagen der Ukraine bereits eine neue Revolution voraus, die aber im Gegensatz zur Orangenen eine nicht von außen gesteuerte sein werde.

Das harsche Vorgehen gegen seine vielleicht gefährlichste Gegnerin Julia Timoschenko könnte Janukowitsch in die Isolation führen. Der Westen hat in den vergangenen Wochen immer wieder Druck auf Janukowitsch ausgeübt, bis er schließlich zuließ, dass Ärzte aus Deutschland und Kanada Timoschenko untersuchten. Viele rechnen mit ihrer baldigen Freilassung.

Derweil wendet Russland gegenüber der Ukraine die „Zuckerbrot und Peitsche"-Methode an. Während in Moskau Stanislaw Goworuchin, Regisseur, Duma-Abgeordneter und zurzeit Leiter von Putins Wahlstab, Gerüchte über eine mögliche Annektion der Krim durch Russland – die natürlich nur mit der Ukraine möglich sei – streut, verhandeln Gazprom-Vertreter mit ukrainischen Kollegen über einen zehnprozentigen Preisnachlass für russisches Gas. Daran, dass weitere erhebliche Preisnachlässe drin sind, wenn Kiew bereit ist, den Russen die Kontrolle über die ukrainischen Pipelines zu übertragen, ließen sie keinen Zweifel.

Ähnlich wie Weißrussland ist die Ukraine für den Kreml von äußerster Wichtigkeit zur Untermauerung seines Großmachtstatus. Die geopolitische Lage im Osten Europas verändert sich. Moskau verliert in bislang sicher geglaubten Interessensgebieten wie Transnistrien (s. *PAZ* 7, Seite 6) und Südossetien an Einfluss. In beiden, nur von Russland anerkannten Staaten waren die vom Kreml favorisierten Kandidaten unterlegen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Unnütze Gutachten

EU: Papierberge statt Bürgerbeteiligung

Das Kunststück, selbst in Brüssel wegen horrender Kosten und kaum erkennbarer Ergebnisse aufzufallen, bringen bereits seit Jahren zwei Ausschüsse zustande: der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Ausschuss der Regionen (AdR). Mit den Römischen Verträgen im Jahr 1957 ursprünglich als Vertretung der „organisierte Bürgergesellschaft" gedacht, haben sich die beiden Institutionen inzwischen zur Verkörperung abgehobener Bürgerferne entwikkelt. Entsandt werden in beide Ausschüsse Vertreter zivilgesellschaftlicher Verbände, die beratend zum „europäischen Einigungswerk" beitragen sollen.

In der Realität sind beide Ausschüsse bei den Bürgern nahezu unbekannt. Selbst Berichte über ein 2009 vorgestelltes „Fahrrad-Lexikon" in allen 23 EU-Amtssprachen, das vom EWSA der Öffentlichkeit präsentiert wurde, oder die regelmäßig wiederkehrenden Meldungen über ausufernde Kosten haben an der Unbekanntheit der Ausschüsse nichts geändert. Dabei hätten die beiden Ausschüsse allein schon wegen der innerhalb von acht Jahren um 50 Prozent aufgestockten Budgets mehr Beachtung verdient. Der Haushalt des EWSA ist mittlerweile auf 130 Millionen Euro, der des AdR auf 86,5 Millionen Euro angewachsen.

Als Gegenleistung erhalten Europas Steuerzahler Berge von Gutachten, von denen allein der EWSA 181 im Laufe des Jahres 2010 produzierte. Rechnet man die Kosten um, dann hat jedes der fast im Zweitage-Rhythmus vorgelegten Papiere 660 000 Euro gekostet. Kaum verwunderlich, da in beiden Ausschüssen jeweils 50 Mitarbeiter ein Mindestgehalt von 123 890 Euro beziehen. Sechs Beamte erhalten mit 180 000 Euro sogar mehr als mancher Regierungschef in Europa. Folge der üppigen Besoldung ist, dass die Hälfte der Ausschussbudgets für Gehälter, Spesenvergütungen, Renten und Reisekosten aufgewendet wird.

> Staatschefs träumen von den Gehältern

Mit dazu beigetragen haben Regelungen, die nur als Freibrief zur Verschwendung aufgefasst werden können. Reisekosten bis zu 49 000 Euro jährlich müssen nicht belegt werden. Ebenso wenig belegt ist, ob die von beiden Ausschüsse produzierten Papierberge einen nennenswerten Einfluss auf die hunderte Verordnungen und Richtlinien haben, die jährlich von der EU erlassen werden. *N. Hanert*

Zu viele falsche Freunde

»Freie Syrische Armee« wird von Al-Kaida und Muslimbrüdern unterstützt

Der nunmehr einjährige gewaltsame Konflikt zwischen Syriens Regierung und ihren Kritikern mutiert offenkundig zum religiösen Bürgerkrieg. Irakische und syrische Sunniten, Dschihadisten unter Führung Al-Kaidas sowie Alawiten und Schiiten kämpfen um die Macht.

Während westliche Länder den Syrien-Konflikt meist unter dem Titel von Menschenrechtsverletzungen und Demokratieforderungen sehen, hat sich in Syrien längst ein veritabler religiöser Bürgerkrieg etabliert. Wie kürzlich aus seriösen irakischen Quellen, die in der „New York Times" veröffentlicht wurden, verlautete, erhält die sogenannte „Freie Syrische Armee" nicht nur finanzielle und logistische Unterstützung aus dem Nachbarland, sondern zunehmend schließen sich sunnitische Kämpfer aus dem Irak ihren syrischen Glaubensbrüdern an. Vor Jahren hätten sunnitische Moslems den Kampf gegen ihre schiitischen Glaubensbrüder und die alliierten Truppen des Westens unterstützt, jetzt sei es an der Zeit, die Richtung umzukehren, heißt es.

In einem Vorort im irakischen Faludschas, berichten zwei Journalisten, schwenkten Kinder kürzlich bei einer Kundgebung die schwarz-weiß-grüne Flagge der syrischen Rebellen; Männer sammelten Geld, um die Kämpfer gegen den syrischen Präsidenten Baschar-al-Assad mit Waffen und Hilfsgütern zu unterstützen. „Ich wünschte, ich könnte mit meinem Gewehr dorthin, um zu kämpfen", sagte Scheich Hamid al-Ais, ein Stammesführer aus Ramadi, der Hauptstadt der Provinz Anbar.

Die Provinz Anbar und das nordirakische Mossul gelten als Hauptquartier Al-Kaidas in Mesopotamien. Von hier aus floriert inzwischen ein Waffenhandel, wo der Preis für ein automatisches Gewehr auf über 2000 Dollar gestiegen ist, wie Abdul Rahim al-Shammari, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses der Provinz Mossul, berichtete. Eine offenbar führende Rolle spielt bei diesem Waffenhandel und -schmuggel die Terrororganisation Al-Kaida, auf deren Konto vermutlich auch die Attentate im nordsyrischen Aleppo und in Damaskus gehen. Im Internet ruft Al-Kaida im Namen des „Islamischen Staats des Irak" dazu auf, Sprengsätze am Straßenrand zu platzieren und so die syrischen Glaubensbrüder zu unterstützen.

> Irak in der Zwickmühle

Die Sympathie für die syrischen Rebellen seitens irakischer Sunniten geht auf eine jahrhundertealte Stammesbeziehung und eine gemeinsame Religion zurück, wie Scheich Ali Harem al-Suleiman bestätigt, der in Bagdad in einer Villa lebt. Die von den alten westlichen Kolonialmächten gezogenen Grenzen würden nicht den in Jahrhunderten gewachsenen Regionen der einzelnen Volksgruppen, Stämme und islamischen Konfessionen entsprechen. So sieht sich auch die Muslimbruderschaft in Jordanien verpflichtet, sich in den syrischen Bürgerkrieg einzumischen. Der „heilige Krieg" gegen das syrische Regime müsse „mit allen erdenklichen Mitteln" geführt werden. Auf einer Internetseite der Muslimbrüder heißt es: „Das syrische Volk und die Freie Syrische Armee zu unterstützen ist eine Verpflichtung, da die Menschen das Unrecht und die Unterdrückung des Regimes ertragen müssen."

Die irakische, von Schiiten geführte Zentralregierung befindet sich in der Zwickmühle zwischen Syrien und dem Iran, dem engsten Verbündeten des Assad-Regimes. Man wolle sich einerseits nicht der syrischen Regierung entgegenstellen, es aber andererseits auch nicht mit dem mächtigen Nachbarn verderben. So setzt die irakische Regierung offiziell auf humanitäre Maßnahmen, etwa durch Einrichtung von Flüchtlingslagern an der syrischen Grenze, was wiederum die Menschen in den sunnitischen Regionen des Irak erzürnt, die das Blutvergießen in Syrien mit militärischen Mitteln stoppen wollen.

Verbündete findet das Assad-Regime derzeit nicht nur im Iran oder Russland und China, die mit ihrem Veto eine Resolution des Uno-Sicherheitsrates zum Machtstatus. Eingreifen verhinderten. Auch kommunistisch regierte Länder wie Kuba oder Nordkorea unterstützen weiterhin das syrische Regime der sozialistischen Baath-Partei Assads. Diese Länder votierten mit zusammen zwölf Stimmen gegen eine Resolution der Uno-Vollversammlung über die Menschenrechtsverletzungen in Syrien, die von 137 Ländern unterstützt wurde. Außenminister Guido Westerwelle lobte deren Annahme als „klares Zeichen der Solidarität mit dem syrischen Volk und der Verurteilung von Gewalt". Mit noch härteren Sanktionen seitens der EU will nun Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit der Arabischen Liga ein Ende der Gewalt in Syrien erreichen. *H. E. Bues*

Nachschlag für den Gulli

EU-Förderpolitik: Weg aus der Krise oder Fass ohne Boden? – Griechenland trotz Milliarden in der Krise

Mehr Geld aus Brüsseler Struktur- und Regionalfonds als Alternative zum „Kaputtsparen“ – diese Forderung wird immer lauter erhoben. Allerdings sind die bisherigen Resultate der EU-Förderpolitik mehr als ernüchternd. Einen wirklichen Erfolg durch Fördermilliarden gab es bisher nur in einem einzigen Fall: in Irland während der 1990er Jahre.



Bauschild eines EU-Projekts in Rumänien: Hier entsteht mit EU-Geldern ein neues Klärwerk Bild: Caro

Gleich eine „Explosion von Entwicklung und Wachstum“ soll ein „riesiges“ Investitionsprogramm zustande bringen, zumindest wenn es nach der Vorstellung des griechischen Wirtschaftsministers Michalis Chrysochoidis geht. Zurückhaltender formuliert, aber in die gleiche Richtung geht die Forderung von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Wachstumsfonds, der ungenutzte Gelder aus EU-Strukturfonds nutzen soll. Die lautstarken Klagen aus Athen und die Forderung nach mehr Investitionen durch Politiker verschiedener Couleur verstellen den Blick darauf, dass bereits beachtliche Geldsummen fließen. Auf Griechenland, das mit nur 10,8 Millionen nur wenig mehr Einwohner als Baden-Württemberg hat, ergießt sich derzeit ein Geldstrom von 11,5 Milliarden Euro aus Brüsseler Töpfen. Wie die Tageszeitung „Ekathimerini“ berichtet, sind bereits 181 Förderprojekte in Angriff genommen. Bei Projekten im Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro gibt es allerdings ernsthafte Probleme. Trotz der überdurchschnittlich hohen Zahl griechischer Beamter gibt es anscheinend einen Mangel an qualifiziertem Personal, um Projektplanungen voranzubringen. Ein Großteil der 11,5 Milliarden Euro Fördergelder fließt in Infrastrukturprojekte, 4,3 Milliarden Euro werden für Sozialprojekte verwendet, um die Folgen der Arbeitslosigkeit abzufedern.

Ob die Fördermittel diesmal erfolgreicher als in der Vergangenheit verwendet werden, kann bezweifelt werden. Nach Angaben der EU-Kommission sind seit 1981 bereits umgerechnet 40 Milliarden Euro aus EU-Regional- und Kohäsionsfonds, zehn Milliarden Euro aus Sozialfonds und weitere 70 Milliarden Euro aus der EU-Agrarförderung an Griechenland gezahlt worden. Dass das Land mit den Geldern wettbewerbsfähiger geworden ist, lässt sich schwerlich behaupten. Ähnlich dürfte es bei den anderen Empfängern jahrzehntelanger EU-Förderpolitik aussehen.

Mit den Ursachen dieses kostspieligen Versagens hat sich unlängst die Stiftung „Open Europe“ beschäftigt. Das Fazit der systematischen Analyse der EU-Förderpolitik fällt ernüchternd aus. Wirklich erfolgreich waren Fördermilliarden bisher nur im Fall von Irland in den 90er Jahren. Als Bedingungen für einen derartigen Erfolg werden eine effektive Verwaltung und wirtschaftsfördernde Begleitmaßnahmen genannt. Der Normalfall scheint hingegen anders auszusehen. Ein Großteil der Gelder landet außerhalb der Regionen, die eigentlich gefördert werden sollen. Selbst im Hinblick auf die europäische Gesamtwirtschaft hat „Open Europe“ keinen Beweis für einen positiven Effekt durch die Struktur- und Regionalförderungen erkennen können. Das in der Untersuchung festgestellte miserable Aufwand-Nutzen-Verhältnis scheint selbst bei der EU-Kommission ansatzweise bekannt zu sein. Eingeräumt werden immerhin „Beachtliche Verwaltungs- und Opportunitätskosten“.

EIB soll jetzt auch politisch gewünschte Vorhaben finanzieren

Welche kostspieligen Schäden als unerwünschte Nebenwirkungen der EU-Förderpolitik entstehen, hat die Umweltschutzorganisation „Friends of Earth“ inzwischen anhand von Projekten in Osteuropa aufgezeigt. Allein bei 33 EU-geförderten Vorhaben sind nach Angaben der Organisation Schäden von 16 Milliarden Euro angerichtet worden. Aufgeführt werden Beispiele wie überdimensionierte Flughäfen, Autobahnen und Müllverbrennungsanlagen, die in Naturschutzgebieten errichtet wurden und die wahrscheinlich nur deshalb zustande gekommen sind, weil die entsprechenden Subventionen bereitstanden.

Fehlinvestitionen wie diese ließen sich bei Umsetzung einer Empfehlung von „Open Europe“ zukünftig wahrscheinlich weitgehend vermeiden. Statt der bisherigen europaweiten Förderung nach dem „Gießkannen-Prinzips“ empfehlen die Experten eine Konzentration auf die am stärksten zurückgebliebenen EU-Länder. Der Rest der Länder würde dann wieder selbst in nationaler Verantwortung über regionale Förderungen entscheiden. Schon eine Begrenzung der Förderung auf die Länder, die bei Vergleichswerten nur bis 90 Prozent des EU-Durchschnitts aufweisen, würde zu erheblichen Einsparungen führen: Mindestens 22 der 27 EU-Länder würden dabei durch geringere Überweisungen nach Brüssel finanziell entlastet. Gleichzeitig würde der weitgehende Ausstieg aus dem Kampf um EU-Fördertöpfe es ermöglichen, den wirklichen Problemländern zielgerichteter als bisher zu helfen.

Eine wichtige Rolle könnte dabei eine Institution spielen, die statt durch Subventionen mit Kreditvergabe schon bisher sehr erfolgreich bei der Wirtschaftsförderung war: die Europäische Investitionsbank (EIB). Inzwischen mehren sich allerdings die Anzeichen, dass der Druck auf die EIB zunimmt, neben wirtschaftlich sinnvollen Projekten verstärkt auch politisch gewünschte Vorhaben zu finanzieren. Der seit dem 1. Januar an der Spitze der Förderbank stehende Deutsche Werner Hoyer (FDP) hat bereits angekündigt, derartige politische Einflussnahme abwehren zu wollen, ob dies dauerhaft gelingt, ist allerdings noch offen.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Die Krise geht weiter: Die Deutsche Industriebank (IKB) wirbt seit Monaten mit attraktiven Zinsen um das Geld von Privatanlegern. Das hat die IKB, die 2007 als erste deutsche Bank über US-Subprime-Kredite stürzte, auch nötig, da sie bis Mitte des Jahres die Hälfte der rund sechs Milliarden Euro an Staatsgarantien zurückgeben muss. Gleichzeitig hat sie in den letzten neun Monaten einen Verlust von 431 Millionen Euro gemacht. *Bel*

CO_2-Zertifikate kontraproduktiv: „Der Emissionshandel bremst den Klimawandel nicht, sondern beschleunigt ihn vielmehr“, so die im „Spiegel“ vertretene These zum Handel mit CO_2-Zertifikaten. Da Deutschland 2011 4,8 Prozent weniger Energie verbrauchte als im Vorjahr, benötigten die Energieerzeuger und Industrieunternehmen weniger Zertifikate zum Ausstoß von CO_2. Die führte zum Preisverfall von 17 Euro auf unter zehn Euro pro Papier, so dass Finanzminister Wolfgang Schäuble weniger Geld einnahm. Mit den Erträgen wollte er unter anderem Wärmedämmung fördern. Zusätzlich führte der Umstand, dass auf Beschluss des Staates erneuerbare Energien mit Milliarden gefördert werden, dazu, dass mehr erneuerbare Energien genutzt wurden und weniger CO_2-Zertifikate benötigt wurden, was ebenfalls deren Preisverfall erklärt. Der günstige Preis wiederum machte es für Kohlekraftwerke attraktiv, viel Strom zu produzieren, da sie für ihren hohen CO_2-Ausstoss deutlich weniger zahlen mussten, als erwartet. *Bel*

Gewerkschaften gegen Mindestlohn für Pflegekräfte: Während Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sich bereiterklärt hat, die Forderung der Gewerkschaften nach Mindestlöhnen bei der Pflegereform zu berücksichtigen, wehren sich die Gewerkschaften dagegen. Grund hierfür ist der Umstand, dass sich gezeigt hat, dass die Regelung, Löhne in dieser Branche nach ortsüblichen Standards zu zahlen, zu höheren Löhnen führt als der reguläre Mindestlohn. Während der Mindestlohn im Westen bei 8,75 Euro liegt, erhalten Pflegekräfte zwischen 11,03 und 16,73 Euro. *Bel*

Wege aus der Sackgasse

Experten diskutierten über Alternativen zur Euro-Rettung

Am 18. Februar veranstaltete das „Compact“-Magazin die zweite Euro-Aktionskonferenz in Berlin-Adlershof unter dem Motto „Bürger gegen Euro-Wahn – Volksentscheid jetzt!“ Herausgeber Jürgen Elsässer will nicht nur Informationen bieten, sondern auch das Angebot zu Aktionen unterbreiten und konkrete Schritte des ersten Widerstandes einleiten.

Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider geißelte in seinem Vortrag den Euro als Gefahr für die Demokratie, forderte die Rückkehr zur Demokratie und Volkssouveränität sowie die Durchführung entsprechender Volksentscheide. Im Verlauf der Konferenz wies der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel eindrucksvoll nach, dass es gerade die kleinen Länder sind, die in der Globalisierung gewinnen. Als Alternative zum gescheiterten Euro käme künftig eine nationale Parallelwährung neben dem Euro oder aber dessen gänzliche Abschaffung und die Einführung einer Wechselkursunion in Frage. Schließlich forderte er die bayerischen „Freien Wähler“ auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und als Sammlungsbewegung zu fungieren. In einer Podiumsdiskussion der geladenen Kleinparteien wurden aber auch die Unterschiede dieser politischen „Kleinlebewesen“ deutlich. Die Tatsache der Vielzahl „Freier Wähler“, die nicht gemeinsam agieren, zeigt die Schwierigkeit des Unterfangens. Andere Referenten gaben eine Rückschau auf das Zustandekommen des Euro und warnten vor dem Weg in die Planwirtschaft durch Finanzdiktatur.


Bild: S. Schümann/dapd
Euro-Skeptiker: Karl Albrecht Schachtschneider (l.) und Wilhelm Hankel

In der abschließenden Erklärung heißt es: „Es besteht ein eklatanter Widerspruch zwischen Regierenden und Regierten. Die politische Klasse unseres Landes hat sich in eine Sackgasse verrannt. Diese Sackgasse ist das EU-Projekt in seiner jetzigen Form, das von den Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern Europas mit großer Mehrheit abgelehnt wird ... Zeigen wir ihnen, dass ihr Projekt des europäischen Superstaates, der Fiskalunion, des Euro, nicht das Projekt der Menschen in Deutschland, nicht das Projekt der Menschen Europas ist ... Fangen wir an – am besten noch heute ... Wir werden keine Partei mehr wählen, die uns Steuerzahler weiter in Haftung nimmt für die Stützung des Euro. Die entscheidenden Tests sind die anstehenden Bundestagsabstimmungen über die Einführung des permanenten ESM, die Euro-Bonds oder die Erhöhung der bisherigen Garantien.“ Wie die einzelnen Parlamentarier zum ESM stehen, ist unter www.abgeordnetencheck.de nachzulesen.

Hans Lody

Neue Fehlinvestition?

Hamburg kauft sich in Krisenbranche ein – Andere Anleger zittern

Die Investition in Höhe von 420 Millionen Euro hat die Stadt Hamburg bei der traditionsreichen Reederei Hapag Lloyd mit einem 37-Prozentanteil zum neuen Hauptaktionär gemacht. Auf den ersten Blick scheint mit diesem neuen Hauptaktionär der Fortbestand der letzten deutschen Linien-Reederei von Weltruf gesichert zu sein. Ebenso die Zukunft des Hamburger Hafens, in dem Hapag für die Hälfte des Containerumschlags sorgt. Trotzdem ist das neueste Kapitel Hamburger Industriepolitik nicht unumstritten. Bereits jetzt ist Hapag vor feindlichen Übernahmen geschützt wie kaum ein anderes deutsches Unternehmen. Grund ist die Unternehmenskonstruktion. Die Fäden im Unternehmen laufen im Albert-Ballin-Konsortium zusammen, in dem Hamburg und der Investor Klaus-Michael Kühne über eine sichere Sperrminorität verfügen. Entscheidungen über eine Standortverlagerung können zum Beispiel nur mit einer 90-prozentigen Mehrheit getroffen werden. Noch fraglicher wird die weitere Erhöhung des Anteils an Hapag in Bezug auf die Aussichten in der Schifffahrtsbranche.

Wie angespannt die Lage für viele Reeder ist, macht eine Meldung deutlich, die unlängst für Aufsehen sorgte. Der Rohstoffhändler Glencore hat von einer zypriotischen Reederei ein Schiff quasi zum Nulltarif gechartert. Bezahlt werden müssen lediglich die Treibstoffkosten. Selbst auf diese wird vom Reeder für die ersten 60 Tage ein Zuschuss von 2000 Dollar täglich gezahlt. Hinter dem Angebot steht die Hoffnung des Reeders, das Schiff in eine bessere Position zu bringen und auf dem Rückweg einen lukrativeren Auftrag zu bekommen. Ablesbar ist die Lage der Schifffahrtsbranche auch am massiven Einbruch der Preisindizes wie dem Baltic-Dry-Index für Massenschüttgut und dem Harper-Petersen-Index für Containertransporte.

Bereits Beteiligung an HSH Nordbank birgt zahlreiche Risiken

Ursache des Preisverfalls sind massive Überkapazitäten, an denen milliardenschwere Subventionsprogramme für die Werften in China und Südkorea im Jahr 2009 einen gehörigen Anteil haben. Damals bestellte Schiffe drängen nun auf den Markt. Die Überkapazitäten könnten nach Schätzungen der australischen Bank Macquarie im Laufe des Jahres sogar noch einmal um 20 Prozent zunehmen.

Angekommen ist die Krise inzwischen auch bei vielen deutschen Anlegern. Geschlossene Schiffsfonds, einst als Steuersparmodell konzipiert, entwickeln sich immer öfter zum finanziellen Albtraum. Derzeit befinden sich 221 deutsche Schiffsfonds in der Sanierung, mindestens weiteren 64 Fonds könnte nach Angaben der Deutschen Fondresearch ein solcher Schritt noch bevorstehen. Gründe genug, die Ankündigung des Hamburger Senats, mit einem zukünftigen Börsengang von Hapag einen Gewinn zu machen, mit Skepsis zu betrachten. In absehbarer Zeit ist ein solcher Börsengang kaum realistisch. Wegen der Hamburger Beteiligung an der HSH Nordbank, einem wichtigen Schiffsfinanzierer, könnten auf die Stadt eher sogar zusätzliche Belastungen zukommen.

N.H.

Gesetzte Maßstäbe nie selbst gelebt

Von Wilhelm v. Gottberg

Weshalb ist Christian Wulff im höchsten Staatsamt gescheitert? Es waren nicht die Medien, die ihn mit dieser oder jener Enthüllungsgeschichte zu Fall brachten. Es war auch nicht seine mangelnde Distanz zum politischen Tagesgeschäft, die ihn scheitern ließ, wie zum Beispiel seine unangemessenen Einlassungen zu Thilo Sarrazin oder zum Libyen-Konflikt. Wulff scheiterte im höchsten Staatsamt, weil er weder die intellektuelle noch die moralische Qualität besaß, die das Amt des Bundespräsidenten erfordert.

Der zurückgetretene Bundespräsident forderte von den Spitzen der politischen Klasse zu Recht Vorbildfunktion. Er selbst ist in seiner gesamten politischen Karriere diesem Maßstab nie gerecht geworden. Opportunismus, Pragmatismus und Ehrgeiz waren die bestimmenden Kennzeichen für Wulffs politisches Handeln.

Seine Stationen: Bundesvorsitzender der Schülerunion, Bundesvorsitzender der Jungen Union. Bereits als halberwachsener Jüngling Mitglied im Bundesvorstand der Union. Liegt hier bereits ein wichtiger Grund für das spätere Scheitern? Es ist gesicherte Erkenntnis, dass Personen, die sehr jung in Spitzenpositionen gelangen, sehr rasch die Bodenhaftung verlieren. Wulff hatte als Ministerpräsident und als Staatsoberhaupt den Bezug zur Realität verloren.

Ungewöhnlich auch, dass ein Mann, der zweimal als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl unterlag, ein drittes Mal antreten durfte. Er obsiegte, nicht aufgrund seiner Qualität, sondern weil die vorangegangenen Ministerpräsidenten der SPD Gerhard Glogowski und Sigmar Gabriel bemerkenswert schwach waren. Einflussreiche Kreise haben zu Beginn der 90er Jahre Wulff gefördert. Sie versprachen sich etwas von dem jungen Mann. Neben reichen Freunden waren es der politische Katholizismus, die Industrie aus dem Großraum Osnabrück und die Spitze der Landes-CDU. Ungewöhnlich, dass man 1993 Wulff zum Landesvorsitzenden der CDU machte, obwohl er bis dahin nur ein Kreistagsmandat besaß. Wulff wurde zum großen Hoffnungsträger hochstilisiert. Seine wohlhabenden Freunde befeuerten diesen Prozess durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, wie „Christian Wulff – die Biografie“ von Arnim Fuhrer.

Wulffs Eimischung im Fall Sarrazin war unangemessen

Typisch für Wulff sein Umgang mit seinem engsten Vertrauten Olaf Glaesecker. Dem Mann, ein Medienprofi durch und durch, hat Wulff sehr viel zu verdanken. Nicht von ungefähr nahm Wulff ihn aus Hannover mit in das Schloss Bellevue. Als es eng wurde, entließ er ihn, um mit diesem Bauernopfer vom eigenen Fehlverhalten abzulenken.

Er sei immer aufrichtig gewesen, ließ Wulff in seiner Rücktrittserklärung verlauten. Wir haben das anders erlebt.

Ein Sieg der Bürger

Von Vera Lengsfeld

Die Nominierung von Joachim Gauck ist ein klarer Sieg der Bürger über die vermeintliche Allmacht der Politik. Ohne den öffentlichen Druck hätte die Kandidatenfindung am Sonntagabend im Kanzleramt ein anderes Ergebnis gehabt.

Rot-Grün hatte Joachim Gauck schon 2010 nominiert, als sicher war, dass er nicht gewählt wird. Wer die damalige spontane Bürger-Kampagne für Gauck mitgemacht hat, weiß, dass sich die Unterstützung der Parteifunktionäre in engen Grenzen hielt. Es waren damals die Wähler, die in den sozialen Netzwerken und auf der Straße für Gauck mobilisiert haben und erreichten, dass er von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Das färbte auf die Bundesversammlung ab. Immerhin benötigte der von Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierte Christian Wulff drei Wahlgänge, um sich durchzusetzen. Zum Schaden für unser Land, wie sich herausstellte. Nach Wulffs Abgang war die politische Klasse hektisch bemüht, so schnell wie möglich „business as usual“ herzustellen. SPD und Grüne machten sich keineswegs für Gauck stark, sondern stellten Bedingungen für einen „Allparteienvorschlag“, die andere Kandidaten möglich gemacht hätten. Vorschläge zuhauf wurden ins Gespräch gebracht und sofort in den Medien breit publiziert, bis hin zur grünen Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Die Personalie Gauck sollte dahinter verschwinden. Das war eine Fehlkalkulation.

Die Bürger ließen sich nicht beirren und machten in jeder Umfrage klar, dass Gauck ihr Favorit ist. Als erste hat die FDP das mit der Hellsichtigkeit eines Ertrinkenden realisiert und sich hinter Gauck gestellt. Das war für die Partei die einzige Möglichkeit, bei den Gesprächen im Kanzleramt eine Rolle zu spielen. Sogar die entscheidende, denn mit ihrer Entscheidung für Gauck hatte sich die FDP alle Trümpfe in die Hand gespielt. SPD und Grüne, die am Nachmittag noch durchsickern ließen, dass sie sich eine Wahl von Klaus Töpfer vorstellen könnten, mussten sich hinter ihren früheren Kandidaten stellen, sonst hätten sie sich unglaubwürdig gemacht. Die CDU/CSU, die zur gleichen Zeit noch signalisiert hatte, dass sie alle möglichen Personen, nur nicht Gauck, wolle, musste einknicken. Mit welchem Argument hätte sie auch begründen wollen, dass Gauck nicht wählbar sei?

SPD stürzt in die Grube, die sie für die CDU gegraben hat

Ende gut, alles gut, wie Sigmar Gabriel bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Bundespräsidentenkandidaten meint? Sicher nicht für die Kanzlerin, deren gequälte Miene nur zu deutlich machte, wie wenig gut sie die plötzlichen Grenzen ihrer Macht findet. Auch nicht für die politische Klasse insgesamt, die nur mit einem blauen Auge davongekommen ist, weil sie realisiert hat, dass sie ab und an machen muss, was die Wähler wollen.

Wie wenig ihr das gefällt, bewiesen die unbeherrschten Reaktionen, zu denen sich einige SPD- und CDU-Politiker hinreißen ließen. Die FDP habe die CDU „erpresst“, ließ zum Beispiel SPD-Ministerin Manuela Schwesig verlauten. So jammert, wer sich in die Grube fallen sieht, die er für andere gegraben hat.

Der Gewinner ist die Demokratie. Mit Gauck kommt der erste Präsident der Bürger ins höchste Amt unseres Staates. Das ist ein guter Anfang.



Der „Fall Gauck“ zeigte Merkel ihre Grenzen auf: Der Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck (r.) kommt bei den Bürgern besser an als bei den Politikern

Bild: T. Silz/dapd

Gastbeitrag

Weißrussland im Würgegriff von Moskau?

Von Klaus Rose

Das Jahr 2012 bringt einige Sorgen aus dem Osten. Keine der ehemaligen Sowjetrepubliken, mit Ausnahme von Estland, Lettland und Litauen, hat den unumkehrbaren Schritt zur Demokratie vollzogen, auch Russland nicht. Hat wenigstens Wladimir Putin die richtigen Lehren aus der letzten Parlamentswahl gezogen? Erkennt er an, dass sein russisches Volk zwar einen „starken Mann“ wünscht, dass dieser aber gerecht sein muss? Hat er nur dann eine Chance bei der Präsidentenwahl im März, wenn er Fehler zugibt? Oder muss er gar ein außenpolitisches Spektakel organisieren, um im Inneren als Held dazustehen? Etwa Weißrussland noch abhängiger machen?

Anders als in Deutschland haben in Russland die politischen Führer für ihre Machtkämpfe mehr oder weniger brutale Methoden erlernt. Was sich bei der Parlamentswahl und in den Wochen danach abgespielt hat, versteht niemand außer „lupenreine Demokraten“. In Gesprächen in Moskau mit einer Reihe unterschiedlicher Parteiführer spürte man jene Mischung aus Angst, Drohungen, Existenzvernichtung, Selbstbewusstsein und Zukunftshoffnung, wie sie nur in autoritären Systemen anzutreffen ist. Wer einen Tiefschlag erhält, steht wieder auf. Wer den Todesstoß versetzt, versucht diesen immer wieder – denn nur so bleibt er an der Macht. In Russland wird man verhaftet, weggesperrt, materiell und seelisch misshandelt. Wahr ist aber auch: Der materielle Wohlstand ist nicht mehr nur auf die Nomenklatura beschränkt. Armselig wie in Sowjetzeiten lebt man in Russlands Großstädten weitgehend nicht mehr.

Wladimir Putin, der jetzige Ministerpräsident und selbsterklärte künftige Staatspräsident Russlands, gibt seine Macht nicht ab. Darauf kann man wetten. Wie er die anstehenden Präsidentenwahlen lenkt oder manipuliert, kann man sich jetzt schon ausmalen. Ob er „Wahlgeschenke“ im Köcher hat oder Drohungen nach innen und nach außen, das wird sich zeigen. Wahrscheinlich verabreicht er Zuckerbrot und Peitsche. Außenpolitische Aktivitäten könnten die Welt in Atem halten. Dazu zählt auch der Ausbau der „Eurasischen Union“, von der Putin schon oft sprach. Ihr Zentrum wird wieder Moskau sein und ihr Ziel wird die Wiedererweckung einer geopolitischen Großmacht darstellen. Da die Ukraine nicht so leicht zu integrieren ist, bleibt Weißrussland das Hauptobjekt der Begierde. Mit wirtschaftlichem Druck, vor allem bei den überlebenswichtigen Gas- und Öllieferungen, kennt sich Moskau bestens aus. Es besteht schon lange eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft zwischen den Machthabern in Minsk und in Moskau – und dreimal darf man raten, wer der Stärkere sein wird.

Putin wird zur Präsidentenwahl noch einiges inszenieren

Kaum eine ehemalige Sowjetrepublik bietet ein so gespenstisches Bild wie Weißrussland. Selbst Putin ist ein Waisenknabe gegen den seit über 17 Jahren herrschenden Diktator Alexander Lukaschenko. Dabei hatte die Republik Weißrussland nach 1991 die gleichen Chancen wie zum Beispiel die baltischen Staaten oder die Ukraine. Es wurde zum besonderen Symbol, dass ausgerechnet in der weißrussischen Staatsresidenz Wiskulin an der polnischen Grenze am 8. Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion besiegelt wurde. Dort hatten sich der Präsident der weißrussischen Sowjetrepublik, Stanislau Schuschkiewitsch, der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik, Leonid Krawtschuk, und der erste frei gewählte Präsident der russischen Republik, Boris Jelzin, zu Wirtschaftsberatungen getroffen. Bei einem Saunabesuch mit viel Wodka tauchte der Satz auf, dass es „die Sowjetunion eigentlich nicht mehr gibt“. Denn deren Präsident und KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow hatte nur noch auf dem Papier Macht. So musste dieser einen Telefonanruf von Schuschkiewitsch entgegennehmen, dass man die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als beendet ansehe und dass man US-Präsident George Bush informiert habe.

Gleich dachte der erste Staatschef des nun unabhängigen Weißrussland, dass die Chance zur Wiedergeburt der eigenen Geschichte auch die Chance zu eigener wirtschaftlicher Größe und Demokratie beinhaltete. Ab dem Jahr 1386 gehörte Weißrussland (Belarus) zum Großreich Polen-Litauen. 400 Jahre später, als die Erste Polnische Teilung erfolgte, verleibte sich Moskau Weißrussland ein und gab es nicht mehr heraus. Nur zu Beginn der Sowjetunion, also um 1920, hatten sich Hoffnungen auf einen eigenen Staat ergeben, die aber in militärischen Kämpfen und unter Beteiligung deutscher Freikorps untergingen. Das Jahr 1991 ermöglichte also das Ende der 200-jährigen Beherrschung durch Moskau. Am 20. März 1992 erfolgte die Gründung der Streitkräfte Weißrusslands. In zähen Verhandlungen wurden alle sowjetischen Atomwaffen aus Weißrussland abgezogen. Doch Schuschkiewitsch hielt sich nicht lange. 1994 etablierte sich Alexander Lukaschenko als Nachfolger, anfangs vom Westen genauso gefördert wie der Vorgänger.

Dazu zählten auch die Unterstützung in militärischen Fragen und das Angebot der Zusammenarbeit mit der Nato. Der damalige Vorsitzende des deutschen Verteidigungsausschusses war im Frühsommer 1995 mit einer kleinen Delegation über Kiew und Moskau nach Minsk gekommen. In Gesprächen mit Politikern und Militärs und natürlich mit der Deutschen Botschaft sowie mit Medienvertretern lotete man die Chancen einer gutnachbarlichen Beziehung aus. Der Besuch in weißrussischen Garnisonen erbrachte zwar einen ernüchternden Eindruck, die Gastfreundschaft der Gesprächspartner verleitete aber zur Hoffnung. So bekam der deutsche Botschafter den Auftrag, diesen „Anfang einer künftigen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit militärischem Austausch“ intensiv weiter zu betreiben. Ähnliches fand später in den baltischen Nachbarrepubliken statt.

Weißrussland hatte 1991 die gleichen Chancen wie die baltischen Staaten

Heute ist Weißrussland wieder isoliert. Mit der Russischen Föderation pflegt es zwar eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft. Doch diese beinhaltet die Erlaubnis für Moskau, bei Baranawitschy, also auf weißrussischem Gebiet, eine Radarstation zur gemeinsamen Luftabwehr zu unterhalten. Es gibt seit dem 19. Dezember 1997 auch ein „Abkommen über die gemeinsame Gewährleistung regionaler Sicherheit im Militärbereich“. Das heißt nichts anderes, als dass die Verteidigung Russlands wie eh und je an den Grenzen des „befreundeten Auslands“ stattfindet. Mit der Europäischen Union oder der Nato lebt Minsk fast auf Kriegsfuß, doch mit den Volksrepubliken China und Nordkorea, mit den Linksdiktaturen Kuba und Venezuela sowie mit dem Säbelrassler-Staat Iran unterhält Lukaschenko enge Kontakte. Er als ehemaliger Sowchos-Direktor, also Chef einer landwirtschaftlichen Zwangseinheit, weiß „alte Kameraden“ zu schätzen. Sein Vorgänger an der Staatsspitze bezeichnete ihn, laut „Stern“ vom 19. Dezember 2011, als „Diktator, brutal und kaum gebildet“. Ihm komme lediglich zugute, dass die „Sehnsucht nach einem starken Führer“ wieder sehr zugenommen habe, in Russland selbst, aber auch andernorts. Der Westen solle sich also keine Illusionen machen.

Das Jahr 2012 birgt also auch in unserer Nachbarschaft außen- und sicherheitspolitische Risiken. Berlin tut gut daran, nicht bloß auf „Kredit- und Medienaffären“ und auch nicht bloß auf die Euro-Krise zu reagieren. „Im Osten“ droht Ungemach.

Der CSU-Politiker Dr. Klaus Rose, geboren 1941, gehörte dem Bayerischen Landtag und von 1977 bis 2005 dem Bundestag an. In den Jahren 1997/98 war er Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.

Von Utopien enttäuscht

Im Glauben an den »Neuen Menschen« unsicher geworden: »Müde Helden« in der Hamburger Kunsthalle

Unter der Überschrift „Müde Helden“ präsentiert die Hamburger Kunsthalle in ihrer Galerie der Gegenwart seit vergangenem Wochenende Gemälde und Grafik dreier Künstler der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit, deren Menschenbild von Zuversicht, aber auch von Ernüchterung und Desillusionierung zeugt. Jugendstil, alternativer Realismus des frühen 20. Jahrhunderts und postmoderner Surrealismus sind repräsentiert durch die Werke des Schweizers Ferdinand Hodler (1853–1918), des Russen Alexandr Dejneka (1899–1966) und des international bekannten Dresdner Malers Neo Rauch, geboren 1960, aufgewachsen und ausgebildet in der damaligen

Neo Rauchs Werke sind Absage an Fortschrittsgläubigkeit

DDR. Vermutlich angeregt durch den Titel des deutsch-französischen Spielfilms „Die Helden sind müde“ von 1955 mit Yves Montand und Curd Jürgens in den Rollen von Kriegsveteranen, entwickelte der Kunsthallendirektor Hubertus Gaßner das Projekt gemeinsam mit den Kuratoren Daniel Koep und Markus Bertsch. Ihr Anliegen war es, das Ideal vom Neuen Menschen bei Hodler, dem Lebensreformer, und Dejneka, dem politischen Künstler, neben die Sicht von Neo Rauch zu stellen. Somit hätte man zwei Ausstellungen in einer, erklärte Hubertus Gaßner in seiner Eröffnungsrede.

Allen Künstlern gemeinsam ist der Hang zum Monumentalen. Gezeigt werden rund 90 überwiegend großformatige Gemälde, dazu Vorzeichnungen Hodlers zu einigen seiner Gemälde und Agitationsplakate von Dejneka. Die Exponate entstammen dem Zeitraum von etwa 1890 bis Mitte der 1930er Jahre sowie den letzten beiden Jahrzehnten. Dazwischen klafft eine zeitliche Lücke, in welcher der Sozialistische Realismus bis zum Fall des Eisernen Vorhangs staatlich verordneter Kunststil im Ostblock war, wenn auch schließlich mit Auflösungserscheinungen; die „Helden des Sozialismus“ waren in der Tat müde geworden.

An diese Richtung erinnern noch manche der Vielfigurenbilder von Neo Rauch, die sich aber einer Deutung entziehen und während die seelischen Verwandtschaften eher durch die Biografien der Künstler zu erschließen sind. So bezog sich der junge Dejneka 1927 mit seinem Gemälde „Die Verteidigung von Petrograd“ deutlich auf Hodlers „Auszug der Jenaer Studenten in den Freiheitskrieg 1813“, von Künstlern gemeinsame Ablehnung von Vermassung und Industrialisierung zu belegen; auf ihr beruhte die Gesellschaftskritik der Lebensreformer im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Diese allerdings hatten einen Gegenentwurf; sie strebten eine Art Naturzustand an und glaubten an eine





Der Kommunismus als Arbeitsreligion: Aleksandr Dejneka (1899–1969), „Beim Bau neuer Werkhallen“ (1926), Öl auf Leinwand, 213 x 201 Zentimeter Bild: Staatliche Tretjakow-Galerie, Moskau / VG Bild-Kunst, Bonn 2011

letztlich nur auf sich selbst verweisen. Gemäß dem Konzept der Ausstellung werden die Werke der drei Maler immer aufs Neue miteinander verglichen. Wirklich finden sich erstaunlich viele Schnittstellen hinsichtlich der Formverwandtschaft zwischen Hodler und Dejneka sowie zwischen Dejneka und Neo Rauch, dem eine Vorzeichnung ausgestellt ist. Von den gleichsam schwebenden Gestalten Hodlers mit ihren harmonisch bewegten Linien bis zu den anscheinend sinnlos agierenden Figuren der verrätselten Kompositionen Neo Rauchs ist es allerdings ein langer Weg. Man benötigt bestimmte Einzelwerke, um die beiden Höherentwicklung des Menschen durch Naturheilkunde, Reformkleidung und Vegetarismus. Doch hätten die großfigurigen männlichen und weiblichen Gestalten Hodlers „bereits die Anzeichen des Artifiziellen und Dekorativen an sich – was sie ebenfalls zu ‚müden Helden‘ macht“, heißt es im Handzettel zur Ausstellung.

Im Westen wird das höchst reizvolle Frühwerk des Malers, Illustrators und Bildhauers Alexandr Dejneka gerade erst entdeckt, während in Russland seit einigen Jahren sein gesamtes Schaffen in mehreren Retrospektiven gewürdigt wird. In Hamburg ist er jetzt mit sämtlichen wichtigen Bildern der zwanziger und dreißiger Jahre vertreten. Mitte der Dreißiger kam es zu einem Bruch in Dejnekas künstlerischer Ausrichtung, da er sich als überzeugter Kommunist dem 1932 vom Sowjetregime erlassenen Diktat des Sozialistischen Realismus unterwarf, als dessen bedeutendster Vertreter er heute gilt. Mittlerweile scheut man in Russland vor dieser Stilrichtung nicht mehr zurück, anders als hierzulande.

Ursprünglich gehörte der junge Alexandr Dejneka zur künstlerischen Bohème. In den ersten Jahren nach der russischen Revolution entdeckte er Ferdinand Hodlers Werk wieder. Wie dieser sympathisierte er mit den Idealen der Lebensreform und ließ sich ebenfalls durch den Ausdruckstanz inspirieren, den er 1921 kennenlernte, als die berühmte amerikanische Tänzerin Isadora Duncan in Moskau gastierte. Davon zeugen die beschwingten, fast tänzerischen Bewegungen mancher seiner Fabrikarbeiterinnen, Sportler und Sportlerinnen, wodurch Aufbruchsstimmung signalisiert und ein neues Zeitalter der Menschheitsentwicklung angekündigt wird. Statt einer aufblühenden Natur bildete Dejneka Ausschnitte der im Aufbau befindlichen Industrieanlagen ab. Einige der jungen Arbeiterinnen sind ansteckend fröhlich, manche aber halten inne und starren wie verloren ins Leere. Ganz offensichtlich wollte der Maler die Ermattung der „Helden der Arbeit“ nicht aussparen, was bald darauf jedoch nicht mehr geduldet war.

Die Exponate sind aus privaten und staatlichen Sammlungen und Museen entliehen, unter anderem aus der Staatlichen Dejneka-Galerie in Alexandr Dejnekas Geburtsort Kursk, aus Moskau, St. Petersburg, Zürich, Basel, London, Leipzig, Kiel und Baden-Baden.

Dagmar Jestrzemski

MELDUNGEN

Verschollenes Bild wieder da

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) darf sich über eine gänzlich unerhoffte Rückgabe freuen: Das seit Kriegsende verschollen geglaubte Renaissance-Gemälde „Maria mit dem Kinde“ ist wieder da. Der nichtsahnende US-amerikanische Besitzer hatte das Bild dem New Yorker Auktionshaus Sotheby's zur Begutachtung gegeben und erfuhr Überraschendes. Die Spezialisten dort stellten fest, dass es zum Altbestand der Berliner Gemäldegalerie gehört. Wie die Stiftung mitteilte, entschloss sich der Mann daraufhin sofort, das Werk eines anonymen lombardischen Künstlers zurückzugeben. Sein Vater, ein nach Kriegsende in Berlin stationierter US-Offizier, hatte es 1946 vermutlich dort gekauft.



„Maria mit dem Kinde lieb uns allen Deinen Segen gib“: Die nach Berlin zurückgekehrte „Maria mit dem Kinde“: Bild: SPK

Das 42 mal 31 Zentimeter große Gemälde zeigt Maria mit dem Christusknaben als Halbfigur vor einer Landschaft. Das Bild war mit anderen Kunstschätzen der Staatlichen Museen vor den häufigen alliierten Terrorangriffen auf Berlin im September 1941 im Flakbunker Berlin-Friedrichshain in Sicherheit gebracht worden. Nach der Kapitulation Groß-Berlins wurde der Bunker kampflos den Sowjet-Besatzern übergeben, brannte aber dennoch über mehrere Tage vollständig aus. Seither galten die 434 Gemälde der Berliner Galerie als spurlos verschwunden. *CR*

Eine Liebe zwischen Trümmern

Der polnische Kinofilm »Róza« schockt durch ungewohnte Sicht auf Ostpreußen 1945 – Massengeschmack dennoch befriedigt

Nach Jahrzehnten bleiernen Verschweigens setzt sich die tschechische Öffentlichkeit heute zunehmend kritisch mit der Vertreibung der Deutschen auseinander. Dass die Massaker an einem Teil der eigenen Bürger kein Tabuthema mehr sind, belegt – nur als Beispiel herausgegriffen, man könnte andere wählen – der Spielfilm „Habermann“, der 2010 als erste tschechisch-deutsch-österreichische Koproduktion wenigstens am Rande die Austreibung der Deutschen zeigte, und das ohne Weichzeichner.

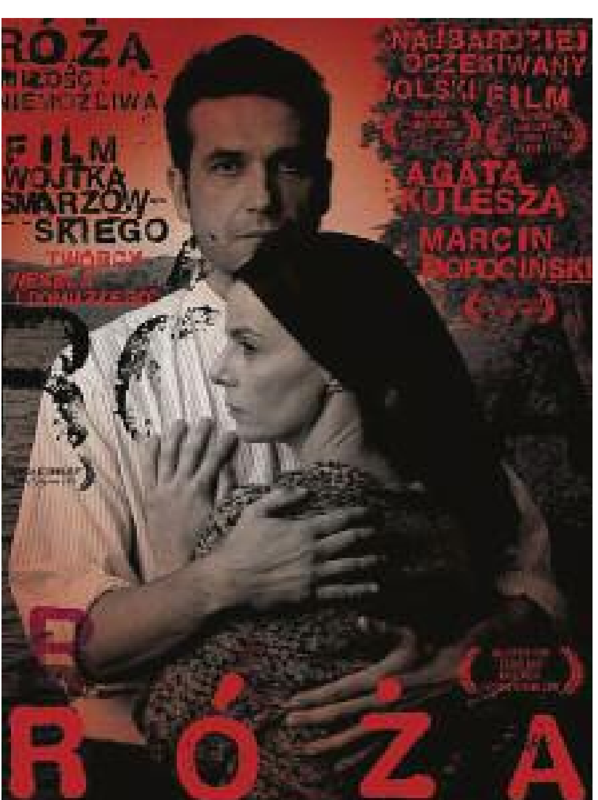
Und in Polen? Dieser Tage bekommt das Kinopublikum zwischen Oder und Bug einen Spielfilm zu sehen, der den gewaltsamen Bevölkerungsaustausch in Ostpreußen 1945 als Hintergrund hat und schon im Vorfeld mit viel Lob und Anerkennung bedacht wurde. Auf dem Warschauer Filmfestival im Oktober gewann der Film eines Regisseurs der mittleren Generation, Wojciech Smarzowski, den Publikumspreis: „Róża“. „Wiedergeburt des polnischen Kinos“, „endlich ein polnischer Film mit Sinn! Wajda kann was lernen!“, „endlich ein Film, der anders ist“, „ein sehr starker und guter Film, der die wahren Ereignisse beschreibt“, „sehr wahrhaftig und sprengt die uns eingebleuten Stereotype, dass der Pole gut, der Deutsche böse und der Russe ein Freund ist“ – so überschwenglich äußern sich die Zuschauer in den Kommentarspalten der Tagespresse. Die wiederum hat den Film ausgiebig besprochen und einhellig gelobt als bahnbrechende „Entmythologisierung der Vorstellungen über uns selbst“ („Rzeczpospolita“), weil er „uns konfrontiert mit dem Bösen bei uns“ („Gazeta wyborcza“).

»Das Böse hat keine bestimmte Uniform oder Nationalität«

Das Drehbuch für den Film schrieb der in Masuren lebende Michał Szczerbic auf Grundlage von mündlichen Überlieferungen der Einheimischen. Smarzowski hat daraus einen Film gemacht, der mit im polnischen Kino noch nie dagewesenem mitleidlosen Naturalismus die Grausamkeiten nach Kriegsende zeigt, als der Krieg unerklärt weitergeht – und auf Trümmern ein neues Polen im Entstehen ist. Endlose, bestialische Vergewaltigungen der Frauen, Rauben, Morden, Brandstiftungen, sinnloses Wüten rohester Gewalt, „ethnische Säuberung“ – verübt von allen Akteuren: von Roter Armee, polnischen Plünderern und den Geheimdiensten NKWD und polnischer SB. Dazu das namenlose Elend der Heimatlosen.

„Das Böse hat hier keine bestimmte Uniform oder Nationalität, es greift von allen Seiten an“, so die „Gazeta wyborcza“. „‚Róża‘ befriedigt nicht die, die darin vor allem einen Film über polnische Leiden sehen wollen, denn die Gewalt geht auch von Polen selbst aus.“

Vor dem Abgrund an menschlicher Destruktivität erzählt Smarzowski eine allerzarteste Liebesgeschichte. Eine Liebe zwischen psychisch verheerten Menschen, die, gequält, mit einem eigentlich unfassbaren Dennoch ihre Würde bewahren. Da ist Tadeusz, der ehemalige Kämpfer der antikommunistischen polnischen Untergrundarmee, der beim Warschauer Aufstand alles verloren hat. Vor seinen Augen vergewaltigten und ermordeten deutsche Einheiten seine Frau. Aus dem Krieg kehrt er in ein kommunistisches, unfreies Polen zurück, das er nie gewollt hat. Da ist die kranke Róża, eine Frau masurischer Ethnie, die unter der Gewalt von Männern ein unbeschreibliches Martyrium durchleidet. Tadeusz kommt auf ihren Hof nicht zufällig: Er war Zeuge, als ihr deutscher Ehemann als Wehrmachtssoldat fiel, und überbringt ihr die Nachricht und Erinnerungsstücke. Ihre vorsichtig aufkeimende Liebe kennt keine großen Gesten und kein Lächeln. Tadeusz tritt ritterlich für sie ein. Doch Regisseur Smarzowski besänftigt die aufgepeitschten Emotionen der Zuschauer nicht durch ein „Happy End“. Der satanische Wahnsinn geht weiter. Und der Film erinnert daran: Die Gewalt jener Zeit ist in unserem kollektiven Unterbewussten noch immer gegenwärtig.



Filmplakat zu „Róża“ Bild: Archiv

„Róża“ schlägt für die polnische Kinematografie gewiss ein neues Kapitel der Auseinandersetzung mit der jüngeren nationalen Geschichte auf. Gleichwohl wirkt der Streifen wie 20 Jahre zu spät: Dass die Russen Bestien waren, ist bekannt. Auch sonst transportiert der Film subtil Gewohntes: In der Gestalt des Tadeusz ist der edle Pole verkörpert, der unbestechlich eisernen Grundsätzen treu bleibt. Die Folterungen gehen vom SB aus, von Kommunisten, von ideologisch Fremden also. Und mit der geschändeten, als „Deutsche“ ausgegrenzten Róża kann sich das Publikum leicht identifizieren, ist die Frau doch eine slawischstämmige Masurin – also letzlich „eine von uns“. *Christian Rudolf*

Rückkehr in Österreichs Erbfolgestreit

Zur Verteidigung der Beute des Ersten entscheidet sich Friedrich II. zum Beginn des Zweiten Schlesischen Krieges

Mit dem Separatfrieden von Berlin war 1742 der Erste Schlesische Krieg beendet worden, aber der Österreichische Erbfolgekrieg ging weiter. Nachbar und Rivale Sachsen 1743 an der Seite Österreichs in den Erbfolgekrieg eingetreten war, griff auch Friedrich der Große 1743 wieder ein. Der Zweite Schlesische Krieg hatte begonnen.

Nach dem Ersten Schlesischen Krieg hatte Friedrich der Große seine Armee verstärkt. Er inspizierte häufig seine Truppen und stellte neue Verbände auf, darunter sechs Füsilierregimenter in Schlesien. Diese Verbände waren wie die übrige Infanterie bewaffnet, bestanden aber ab 1741 aus Kleinwüchsigen. Des Weiteren vermehrte er die Husaren um zwei Regimenter. Seine Erfahrungen hatten ihn gelehrt, wie wertvoll die leichte Kavallerie war, wo doch die Österreicher bei den Husaren eine große Überlegenheit besaßen. Es war General Hans v. Zieten, der mit der Zeit seine Totenkopfhusaren zu einer ebenbürtigen Truppe machte. Die Kavallerie zählte nun über 29000 Mann, während die Infanterie 94000 Mann umfasste.

Als im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) Sachsen Ende 1743 an die Seite von Preußens Gegner im Ersten Schlesischen Krieg Österreich trat, befürchtete Friedrich dahinter eine konspirative Drohung und schloss am 5. Juni 1744 mit Österreichs Kriegsgegner Frankreich, mit dem er bereits im Ersten Schlesischen Krieg verbündet gewesen war, erneut ein Bündnis, obwohl er ahnte, dass ihm die Franzosen im Kriege die Hauptlast aufbürden würden.

Nachdem die Österreicher ins Elsass vorgerückt waren, erzwang Friedrich Ende August durch Drohungen den Durchzug durch Sachsen und drang ohne Widerstand bis Prag vor, das am 19. September kapitulierte. Dann schwenkte die preußische Hauptarmee nach Süden und marschierte in den Raum Budweis, doch der Stoß ging ins Leere. Die Österreicher wollten Böhmen keineswegs kampflos preisgeben, und so gingen die Truppen des Prinzen Karl von Lothringen, des Schwagers Maria Theresias, gegen die Nachschublinien der Preußen vor, während leichte Verbände ihre Transportkolonnen dezimierten. Friedrich bemühte sich zwar, die Österreicher zur Schlacht zu stellen, doch Prinz Karl wich klugerweise aus. Die preußische Armee litt immer mehr unter Versorgungsmängeln, und im Spätherbst stieß obendrein ein sächsisches Korps mit 20000 Mann zu den Österreichern. Friedrich blieb nichts anderes übrig, als sich hinter die Elbe zurückzuziehen, wo er überwintern wollte.

Doch die Österreicher setzten nach, überschritten die Elbe bei Kolin und bedrohten Friedrichs Route nach Schlesien. So musste sich der König entschließen, die Armee, die durch Seuchen, Krankheiten und Desertionen arg geschwächt war, nach Schlesien zurückzuziehen. Erschwerend kam hinzu, dass viele Landesbewohner, die er während des Feldzuges in Mähren in die Armee gepresst hatte, in hellen Scharen desertierten. Von der Prager Garnison von 17000 Mann erreichte nur ein Bruchteil Schlesien.



Sieger auch des Zweiten Schlesischen Krieges: Friedrich der Große lässt sich die in der Schlacht bei Friedberg eroberten Fahnen vorführen Bild: akg

Im Januar 1745 traf die Armee stark dezimiert in Schlesien ein, wo sie begann, die Bevölkerung auszuplündern. Die Exzesse der Soldaten riefen eine Flut von Klagen hervor. Besonders der Adel übte Kritik an der Kriegspolitik Friedrichs und den Vorgängen in Schlesien. Die Disziplinlosigkeiten nahmen bedenklich überhand, so dass Friedrich unverzüglich eingreifen musste. Er ging sogar so weit, dem Hof in Wien Friedensverhandlungen anzubieten, doch diese scheiterten an Maria Theresias Forderung nach der Rückgabe Schlesiens.

Erschwerend trat hinzu, dass der König kaum mehr mit einer Entlastung durch Frankreich rechnen konnte, da man in Versailles anderes im Kopf hatte, als ihm aus der Patsche zu helfen. Auch von Bayern war keine Hilfe zu erwarten. Nachdem der Kaiser aus dem Hause Wittelsbach Karl VII. gestorben war, schloss sein Sohn, Kurfürst Maximilian III. Joseph, im April 1745 Frieden mit Österreich und anerkannte die Pragmatische Sanktion. Nun ging Österreich, das mit England, Sachsen und den Niederlanden verbündet war, zum Angriff gegen Preußen über, da es nun namhafte Kräfte frei hatte.

Prinz Karl überschritt mit einer starken Armee Ende Mai das Riesengebirge bei Trautenau, doch Friedrich war darauf vorbereitet. Er wollte den Gegner, bevor er noch in Schlesien Fuß gefasst hatte, zur Schlacht stellen. Als die Österreicher und Sachsen bei Hohenfriedberg lagerten, trat er am Morgengrauen des 4. Juni zum Angriff an. Nach einem Schlag gegen die Sachsen stieß er gegen das Zentrum der Österreicher vor. Eine wuchtige Attacke der Ansbach-Dragoner führte zum Sieg. Friedrich hatte mit relativ geringen Verlusten einen großen Erfolg errungen, doch die Entscheidung des Kriegs war noch keineswegs gefallen.

Friedrich folgte dem Gegner, der nach Böhmen zurückwich, und wurde am 30. September bei Soor südlich von Trautenau völlig überraschend zur Schlacht gezwungen. Prinz Karl hatte bei Tagesanbruch eine vorteilhafte Stellung besetzt, und schon schwärmten die österreichischen Husaren im Rücken des preußischen Lagers, doch Friedrich reagierte spontan, formierte eiligst seine Regimenter und schritt selbst zum Angriff. Nach verlustreichem, schwerem Ringen stürmten seine Truppen frontal die Höhenstellungen des Gegners und errangen den Sieg.

Allerdings ließen die Österreicher und Sachsen noch nicht locker und gingen noch einmal zum Angriff über, um Friedrich den Rückzug nach Brandenburg abzuschneiden. Doch der König gewann am 23. November das Gefecht von Katholisch-Hennersdorf

Preußens Armee gewann den Nimbus der Unbesiegbarkeit

östlich von Görlitz, und eine zweite Armee, die der Alten Dessauer herangeführt hatte, besiegte die Sachsen bei Kesselsdorf westlich von Dresden. Trotz dieser Siege leitete Friedrich Friedensverhandlungen ein. Die Staatskassen waren leer, und ein Winterfeldzug kam für ihn nicht in Frage. Zu seinem Glück stimmte der Hof in Wien zu, da auch der britische Hof dazu drängte und man alle Kräfte zum Kampf gegen Frankreich und Spanien benötigte. So kam es unter sächsischer Vermittlung am 25. Dezember 1745 zum Frieden von Dresden: Friedrich blieb im Besitz von Schlesien und erkannte im Gegenzug Franz Stephan von Lothringen, den Gemahl Maria Theresias, der bereits im Oktober gekrönt worden war, als Kaiser an. *Heinz Magenheimer*

Ein Vordenker des »Staatsbürgers in Uniform«

Der Aufklärer Johann Wilhelm Daniel (von) Archenholz diente in der Armee Friedrichs II. und unterstützte die preußische Heeresreform

Als Historiker zur Geschichte Friedrichs des Großen und der preußischen Armee im Siebenjährigen Krieg ist Johann Wilhelm Daniel (von) Archenholz bekannt und berühmt geworden. Auch seine Leistungen als Journalist wurden in den letzten acht Jahrzehnten immer wieder aufs Neue gewürdigt, erreichte doch seine von aufklärerischem Gedankengut geprägte politische Zeitschrift „Minerva“ zeitweise die damals exorbitante Zahl von nahezu 6000 Abonnenten europaweit. Als geschäftlich erfolgreicher Journalist und Herausgeber konnte es sich Archenholz leisten, eine adelige junge Dame aus guter Dresdener Familie zu ehelichen und später das Gut Öjendorf, damals noch weit vor den Toren Hamburgs gelegen, zu kaufen.



Johann Wilhelm Daniel (von) Archenholz Bild: Archiv

Als „Johann Daniel“ wurde der sich später aus unbekannten Gründen „Johann Wilhelm“ nennende Archenholz am 3. September 1743 in der Danziger Vorstadt Langfuhr geboren und in der Danziger St. Marienkirche getauft. Der Vater war Offizier in der Streitmacht der „Freien Stadt Danzig“ und die Mutter stammte aus einer Danziger Offiziersfamilie. Den Adelstitel legte er selber sich nach seiner Entlassung aus der preußischen Armee im Range eines Hauptmanns eigenmächtig zu, denn er entstammte keineswegs einer alten hannoverschen Adelsfamilie, wie dieses lange angenommen worden ist. Der Militärhistoriker Boris Bovekamp, der vor wenigen Jahren Leben und Schaffen des liberalen Aufklärers, Historikers und Militärs eingehend untersucht hat, schreibt der Familie Archenholz vielmehr eine Herkunft aus dem schwedischen Bürgertum zu.

Wenige Monate vor dem Tod des Vaters wurde der 14-jährige Archenholz im Juni 1757 zu seiner militärischen Ausbildung in das Berliner Kadettenhaus gegeben und nach kurzer Unterrichtung bereits im Januar 1759 als „Gefreiter-Korporal“ (Offiziersanwärter) in das seit Ausbruch des Siebenjährigen Krieges im Feld stehende Infanterieregiment Forcade (Nr. 23) eingereiht. Über jenes bewährte, sich aus der Mark Brandenburg rekrutierende Regiment sprach König Friedrich II. während des Krieges das Wort: „Wenn ich Soldaten sehen will, so muss ich dies Regiment sehen“, wie Archenholz stolz berichtet. Nach dem Winterfeldzug in Sachsen und der Belagerung Dresdens ernannte der preußische König den 17-jährigen Archenholz im November 1760 zum Fähnrich. Der junge Offizier machte sodann die blutigen Schlachten von Liegnitz und Torgau mit, wobei er in letzterer beim Sturm auf die Süptitzer Höhen schwer verwundet wurde.

Nach dem Hubertusburger Frieden von 1763 wurde der nunmehr zum Hauptmann beförderte Offizier ehrenhaft aus der preußischen Armee entlassen. Lange glaubte man, dies sei infolge Dienstuntauglichkeit wegen seiner schweren Verwundung geschehen, doch deutet einiges darauf hin, dass Friedrich der Große den tapferen Offizier wegen dessen Spielsucht entließ. Auch nach seiner Entlassung sollte Archenholz Preußen und dessen Heer bis zu seinem Tode geistig eng verbunden bleiben. Dem preußischen König Friedrich dem Großen, vor allem aber der preußischen Armee setzte er mit seiner aus eigenem Erleben feurig und lebendig niedergeschriebenen, 1791 erstmals erschienenen und seitdem bis heute immer wieder neu aufgelegten „Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Deutschland“ ein leuchtendes Denkmal. Bis heute dient sie als wesentliche militärhistorische Quelle.

Archenholz, der nie eine höhere Schule besucht hat, war ein überaus heller Kopf und sprach ein halbes Dutzend europäischer Sprachen. Nach seiner Entlassung aus der preußischen Armee bereiste er „als rastloser Weltmann“ in 18 Jahren fast ganz Europa. Dabei hielt er sich sechs Jahre in England auf, wo er das Parlament und politische Debattierklubs aufsuchte und auch am gesellschaftlichen Leben teilnahm. Von der beginnenden Aufklärung tief geprägt, sog der sich nunmehr „von Archenholz“ nennende preußische Hauptmann a.D. mit vollen Zügen den Geist des Liberalismus ein. Im Jahr 1780 nach Deutschland zurückgekehrt, begann Archenholz hier eine nahezu beispiellos erfolgreiche journalistische Karriere. In schneller Folge gab er militärhistorische Werke sowie historische und politische Schriften heraus und betätigte sich als politisch engagierter, sachlich berichtender und wertender sowie um Objektivität bemühter Journalist.

Der Offizier, Historiker und Journalist begrüßte sehr lebhaft die Französische Revolution

Als 1789 die Französische Revolution ausbrach, begrüßte er diese sehr lebhaft und siedelte zwecks genauerer Berichterstattung sogar im September 1791 mit seiner Familie aus Dresden nach Paris über. Mit Beginn der Schreckensherrschaft musste er allerdings im Juni 1792 die Seine-Metropole schon wieder fluchtartig verlassen und kehrte nach Deutschland zurück. Nunmehr ließ er sich in Hamburg nieder, weil man hier die Pressezensur etwas großzügiger als in Preußen handhabte.

Obwohl Archenholz Freimaurer und Philanthrop war, war er beileibe kein Utopist, der vom „ewigen Frieden“ und der Abschaffung der stehenden Heere träumte. Archenholz wünschte vielmehr die Kriegsgöttin Bellona nur gezähmt zu sehen. Das überkommene friderizianische Militärwesen Preußens wollte er im konservativen Sinne reformiert und vervollkommnet wissen. Erst nach dem Schock der preußischen Niederlage von Jena und Auerstedt im Oktober 1806 vollzog Archenholz in seiner „Minerva“ eine jähe Kehrtwende. Nun propagierte er, die „neu“ zu schaffende preußische Armee zu einer auf der Wehrpflicht beruhenden Volksarmee umzugestalten. Die Preußens Niederlage gegen Frankreich folgende Debatte über eine Heeresreformen wurde namentlich von der „Minerva“ ausgelöst und durch eine Reihe von wesentlichen Beiträgen aus der Feder von Archenholz gefördert. Archenholz kann man deshalb durchaus als einen der Vordenker des „Staatsbürgers in Uniform“ bezeichnen. Den Erfolg der preußischen Heeresreform in den Befreiungskriegen mitzuerleben war Archenholz nicht mehr vergönnt. Der rastlos schriftstellerisch und journalistisch tätige, leidenschaftliche Preuße verstarb am 28. Februar 1812 in Öjendorf an einer schweren Krankheit. *Jürgen W. Schmidt*

Gleichberechtigt im Kreis der Europäer

Während Friedrich II. in Schlesien Krieg führte, ließ er Knobelsdorff in Berlin die Hofoper errichten

Musik nicht nur zum Haus-, sprich Palastgebrauch war ein Herzensanliegen Friedrichs des Großen. Er selbst war ein begeisterter Flötenspieler und komponierte auch leidlich. So war ihm das Musiktheater wichtig. Ein Opernhaus musste her, um das neue Berlin zu gestalten.

„Sorgen Sie, dass mir der dicke Knobelsdorff melde, wie es in meinem Charlottenburg, mit meinem Opernhaus und meinen Gärten steht“, schrieb der König im März 1742 ungeduldig aus dem böhmischen Feldlager während des Ersten Schlesischen Krieges an seinen Sekretär Jordan. „Ich bin ein Kind in diesen Dingen, und es sind dies meine Puppen, an denen ich Freude habe.“ Nur wenige Monate zuvor hatte er seinen

Für den Bau Anregungen aus Dresden geholt

Freund und Wegbegleiter Johann Wenzeslaus Knobelsdorff (1699–1753) aufgefordert, ein festes Opernhaus für Berlin zu bauen. Nebenbei musste der sich aber auch um den Umbau des Charlottenburger Schlosses kümmern.

Die Idee eines festen Opernhauses war nicht erst 1740 zum Regierungsantritt Friedrichs geboren. Bereits 1728 war der Kronprinz fasziniert vom Theaterbau August des Starken, den er anlässlich eines Besuchs mit seinem Vater in Dresden bewunderte. Knobelsdorff musste sich schon 1732 den Bau genau ansehen.

Im November 1740 berichtete dann die „Vossische Zeitung“ von einem Besuch des Königs auf dem geplanten Bauplatz gegenüber dem Stadtschloss. Der Platz erwies sich allerdings als bautechnisch ungenügend. So entschloss sich der König im Dezember für den heutigen Standort am geplanten Forum Fridericianum. Im September 1741 wurde der Grundstein gelegt – in Abwesenheit des Königs, der sich in Feldlagern in Schlesien befand. Er wurde durch seinen Bruder Heinrich vertreten.

Immer wieder aber ließ sich der ungeduldige König über den Fortgang der Bauarbeiten informieren und spornte Knobelsdorff zur Eile an.

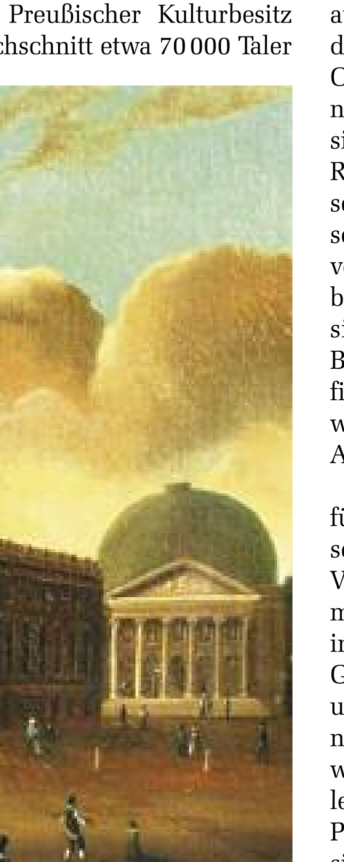
Kenner schätzen den im brandenburgischen Kuckädel bei Kossar Geborenen „als einen der großen Baukünstler des Spätbarock in Deutschland, als einen der letzten großen Vertreter schöpferischer Übernahme eines von Andrea Palladio angeregten antikischen Formerbes“ (Hans-Joachim Kaddatz). Selbst der kritische König fand anerkennende Worte: „Er verschönerte die Architektur durch seinen malerischen Geschmack, der den gewöhnlichen Ornamenten eigene Anmut verlieh. Er liebte die edle Schlichtheit der Griechen, und sein Feingefühl verwarf alle unangebrachten Verzierungen.“

Die Ungeduld des Königs war allerdings unvergleichlich. Doch sie hatte einen Grund: Neben der Errichtung des Opernhauses wollte Friedrich das Musikleben neu organisieren und so gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Kulturmächte eintreten.

Noch bevor der Bau fertiggestellt war, sollte es eine Voreinweihung geben. Am 7. Dezember 1742 wurde in seiner Anwesenheit Carl Heinrich Grauns Oper „Cesare e Cleopatra“ aufgeführt. Die Besucher ließen sich vom herumliegenden Bauschutt und fehlenden Freitreppen an der Hauptfassade kaum ablenken. Auch die Deckenmalereien im Zuschauerraum waren lange noch nicht fertig gestellt. Man saß auf rohen Holzbänken und applaudierte dem Kapellmeister des Königs, der bis 1759 als Intendant der Oper wirken sollte.

Im Oktober 1743 fand dann die endgültige Einweihung statt, aufgeführt wurde „La Clemenza die Tito“ von Johann Adolf Hasse, neben Graun einer der Lieblingskomponisten des Königs. Graun war darüber hinaus beauftragt, das beste Ensemble an Sängern und Tänzern für Friedrich zu engagieren. An Algarotti, seinen musikalischen Berater, schrieb er schon vor Eröffnung des Hauses zuversichtlich: „Ich erwarte Alles, was von italienischen Sängern Gutes zu haben ist, und werde die besten Singe-Kapaune in ganz Deutschland haben.“

Das war aber nicht billig: Die Personalkosten betrugen 1742/43 knapp 42 400 Taler und erhöhten sich in einem Jahr bereits auf 46 000 Taler. Christoph Henzel nennt 1997 im Jahrbuch des Staatlichen Instituts für Musikforschung Preußischer Kulturbesitz im Durchschnitt etwa 70 000 Taler Ausgaben für die preußische Hofoper pro Rechnungsjahr. Was gut ist, ist auch meist teuer.


Gewaltiger Bau: Königliche Hofoper (Öl auf Leinwand, unsigniert, um 1830) Bild: Archiv

Die Ansprüche der Tänzer und Sänger stiegen dermaßen, dass der König 1745 an seinen Kammerherrn Fredersdorf verärgert schrieb: „Die Opern-Leute sind solche Canaillen-Bagage, dass ich sie tausendmal müde bin.“ Der Star der Oper war zeitweilig die Tänzerin Barbara Campanini, genannt La Barbarina und beliebtes Motiv der Maler nicht nur ihrer Zeit. Ihre Gage mit 7000 Talern lag weit über der von Graun mit 2000 Talern.

Friedrich ließ die Oper dennoch nicht fallen, er engagierte sich mit großem Eifer weiter. Claudia Terne von der Berliner Humboldt-Universität hat sich eingehend mit Friedrich II. und der Hofoper befasst: „Auffallend und in besonderem Maße prägend für die künstlerische wie inhaltliche Profilierung der Oper im friderizianischen Berlin war ... vor allem die persönliche Mitarbeit des Königs. Friedrich II. hat auf sehr vielfältige Weise aktiv in den Entstehungsprozess der Opern eingegriffen: Er komponierte selbst einzelne Arien und sinfonische Stücke, unterbreitete Reformvorschläge zur musikalischen Neugestaltung der Opera seria, und er nahm die Auswahl von Dekorationen und Garderoben vor. In keinem Bereich zeigt sich Friedrichs Bestreben, der Berliner Hofoper ein eigenes Profil zu geben, jedoch so deutlich wie in seiner Tätigkeit als Co-Autor und Librettist.“

So sehr sich Friedrich anfangs für seine Oper interessierte, so selten zog es ihn im Alter zu den Vorstellungen. Johann David Erdmann Preuß (1785–1868) schreibt in seinem Buch „Friedrich der Große“: „Der König trat immer unter kriegerischen Trompetentönen in das Opernhaus; sein Platz war in dem Kreise seiner Generale und Offiziere auf dem vorderen Parterre, dessen andere Hälfte sich mit den aus allen Regimentern in das Schauspiel kommandierten Soldaten füllte; er pflegte wohl, auf die Scheidewand des Orchesters gelehnt, dem dirigierenden Kapellmeister in die Noten zu sehen. Der König klatschte bisweilen und zwar allein Beifall.“

Die weitere Geschichte der Oper war eine bewegte. Der Knobelsdorff-Bau brannte 1843 ab. Er wurde von Carl Ferdinand Langhans neu errichtet und im Herbst des darauf folgenden Jahres mit Meyerbeers „Ein Feldlager in Schlesien“ wieder eröffnet. Im Zweiten Weltkrieg zweimal durch Bomben komplett zerstört, wurde die Oper mit Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“ wieder eröffnet. Zurzeit werden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Gebäude durchgeführt. Die Aufführungen finden bis Sommer 2014 noch im Schiller-Theater statt. *Silke Osman*

Die »Fliegende Göttin«

Bei seinen Bemühungen, Spitzenstars für seine Oper zu engagieren, konnte Friedrich der Große nicht an der „Fliegenden Göttin“ vorbei gehen. Die 1721 in Parma geborene Barbara Campanini gab ihr Debüt an der Pariser Oper und feierte in London und Venedig Erfolge. Ihr achtfacher Kreuzsprung begeisterte das Publikum. 1744 wurde ein Vertrag mit ihr für die Berliner Oper geschlossen. Die kapriziöse Künstlerin blieb jedoch in Venedig bei ihrem Geliebten Lord Stuart de Mackenzie. Friedrich war derart erbost, dass er von Venedig die Auslieferung der Tänzerin forderte. Als diese Forderung abschlägig beschieden wurde, ließ er kurzerhand das Gepäck des Gesandten Venedigs, der sich auf der Durchreise in Berlin befand, beschlagnahmen. Schließlich wurde die Vertragsbrüchige unter militärischer Bewachung doch noch nach Preußen verbracht. Im Mai 1744 konnte sie dann ihr Debüt an der Berliner Oper geben und wurde gebührend gefeiert. Ihre Karriere endete allerdings plötzlich, als sie auf offener Bühne den Heiratsantrag Carl Ludwig von Coccejis annahm. Der Vater Großkanzler Samuel von Cocceji missbilligte die Wahl seines Sohnes, der zunächst ins Gefängnis wanderte. Der Vertrag der Barbarina wurde gekündigt, sie ging nach London und wieder nach Berlin. Heimlich wurde geheiratet. Der König schickte Cocceji schließlich als Regierungspräsidenten nach Glogau. In Schlesien erwarb die Campanini mehrere Güter, die sie selbst verwaltete. Die Ehe wurde 1788 wieder geschieden. Ein Jahr später ernannte Friedrich Wilhelm II. die ehemalige Tänzerin zur Gräfin. Sie starb 1799 in Barschau, Kreis Lüben. *os*


Campanini

Deutscher »Sparmansperg« für Griechenland

Nachdem Joseph von Armansperg Bayerns Finanzen saniert hatte, wurde er als Regierungschef nach Griechenland geschickt

Bereits im 19. Jahrhundert wurde der Versuch unternommen, mit deutscher Ordnung, Gründlichkeit und Sparsamkeit Griechenland zu sanieren, denn schon damals war es ein „verwahrlostes Land“, wie Roswitha von Bary-Armansperg in der „Neuen Deutschen Biographie“ zu berichten weiß. An der Spitze dieses Versuchs stand Joseph Ludwig Graf von Armansperg, der ebenso wie der damalige König Griechenlands, Otto I., aus Deutschland stammte.

Der am 28. Februar 1787 im niederbayerischen Kötzting geborene Urenkel des bayerischen Staatskanzlers Franz Xaver Josef von Unertl war nach einem Jurastudium in Landshut 1808 in den bayerischen Staatsdienst eingetreten. Während der Befreiungskriege war er ab 1813 als Verwaltungsbeamter der bayerischen Besatzungsmacht in Frankreich tätig. Dabei lernte er das fortschrittliche Verwaltungssystem der westlichen Kontinentalmacht kennen und schätzen.

Nach den Freiheitskriegen machte Armansperg in der bayerischen Verwaltung Karriere. Seine Politikerkarriere begann nach der Regierungsübernahme Ludwig I. im Jahre 1825. Für die Sanierung der Staatsfinanzen griff dieser ambitionierte König auf Armansperg zurück, der sich bereits ab 1820 an der Spitze des Obersten Rechnungshofes als Finanzfachmann ausgewiesen hatte. Noch im Jahre seiner Regierungsübernahme holte der Monarch Armansperg in die sogenannte Ersparungskommission. Zwei Jahre später berief er ihn an die Spitze nicht nur des Finanz-, sondern auch des Innenministeriums. Noch im selben Jahr konnte Armansperg vor dem Landtag verkünden, dass der Staatshaushalt in jenem Jahr erstmals seit langer Zeit kein Defizit auswies. „Sparmannsberg“ wurde deshalb sein Ministerium ebenso scherzhaft wie vielsagend genannt.

In Griechenland konnte er den Erfolg nicht wiederholen

Des Weiteren bemühte der liberale Minister sich, Verwaltungsinstitutionen aus der vormals französischen linksrheinischen Bayerischen Pfalz in das rechtsrheinische Mutterland zu übertragen. Mit seinem fortschrittlichen Kampf gegen die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Wiedererrichtung der in der napoleonischen Zeit aufgelösten Klöster brachte er jedoch Adel und Kirche, sprich den ersten und den zweiten Stand, gegen sich auf. Diese setzten durch, dass er das Innenministerium verlor und nun neben dem Finanz- das Außenministerium erhielt.

Auch als Chef des Außenressorts setzte Armansperg liberale Akzente. So setzte er sich für den Abbau von Zollmauern und die Schaffung eines gemeinsamen deutschen Marktes ein. Die Zollvereinspolitik des bayerischen Außenministers widersprach jedoch den Interessen Wiens, da die österreichische Regierung die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Staates als zu gering erachtete, als dass er sich an einem gemeinsamen deutschen Markt hätte beteiligen können. So wurde die kleindeutsche Einigung Deutschlands durch die Zollvereinspolitik quasi auf wirtschaftlichem Gebiete vorweggenommen.

Doch auch ideologische Gründe belasteten das bayerisch-österreichische Verhältnis. An der Spitze der süddeutschen Mittelmacht stand mit Armansperg ein Liberaler, an der Spitze der süddeutschen Großmacht mit Klemens Wenzel Lothar von Metternich ein Reaktionär. Zur Kompensation suchte Armansperg Rückhalt bei Frankreich.

Das Ende dieser liberalen, frankreichfreundlichen Politik kam, nachdem in der westdeutschen Großmacht 1830 die Julirevolution ausgebrochen war. Verschreckt von der Revolution suchte der Bayernkönig die Nähe Österreichs und ließ Armansperg fallen.

Der geschasste Liberale zog sich auf seine Güter zurück, wurde jedoch schon kurze Zeit später als Regierungschef Griechenlands reaktiviert. Auf der Londoner Konferenz einigten sich die drei nichtdeutschen Großmächte 1832 auf die Schaffung eines griechischen Königreiches mit dem Bayernprinzen Otto als König. Da der 1815 geborene Wittelsbacher zu dem Zeitpunkt noch unmündig war, wurde ein Regentschaftsrat eingesetzt. Zu dessen Chef wurde bezeichnenderweise ein deutscher Finanzexperte mit Sparerfahrung berufen, Joseph von Armansperg.


Joseph von Armansperg Bild: Archiv

Wie schon als bayerischer suchte er nun auch als griechischer Regierungspolitiker Rückhalt im liberalen Westen. Aufgrund der geografischen Lage war es diesmal allerdings weniger Frankreich als Großbritannien, an das er Anlehnung suchte.

Eine Wiederholung seines Erfolges in Bayern blieb Armansperg jedoch in Griechenland versagt, was nicht unbedingt an ihm liegen muss. Interessanterweise wurde dem Bayern wie heute der Griechenlandpolitik der Bundesregierung vorgeworfen, allzu sehr nach heimischer Schablone zu arbeiten. Karl Theodor von Heigel verweist allerdings zur Verteidigung des Deutschen darauf, dass „in diesen Jahren eine rein griechische, auf nationalen Formen beruhende Regierung gar nicht möglich war, sondern erst vorbereitet werden musste“. Die Situation in Hellas war also ähnlich wie heute.

1837 wurde der erfolglose griechische Regierungschef von seinem mittlerweile mündigen König entlassen. Armansperg zog sich wie weiland 1831 auf seine bayerischen Güter zurück, diesmal allerdings endgültig. Er starb am 3. April 1853 in Bayerns Hauptstadt München. *Manuel Ruoff*

Konservative Politik ist unverzichtbar

Zu: „Vernichtend" (Nr. 7)

Wenn Totalitarismus keine Chance zu erneuter Machtergreifung in Deutschland haben soll, ist konservative Politik für den Erhalt einer einheitlich demokratischen Ordnung unverzichtbar. Wie definiert sich konservativ heute? Eine immer noch treffende Definition hat der britische Politiker und Publizist Edmund Burke (1729–1797) geliefert. Er beschrieb „konservativ" in gezieltem Kontrast zu den Exzessen der Jakobiner unter Robespierre wie folgt:

Ablehnung von zuviel Staat als Folge überzogener Zentralisierung. Ablehnung radikaler, durch abstrakte Ideen begründeter Veränderungen. Erhalt bewährter Institutionen durch behutsame Reformen. Immerwache Vorsicht. Balance der Interessen des Einzelnen mit denen der Allgemeinheit (klingt hier nicht das Evangelium Matthäus 22 an: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst"?).

Keine Zerstörung der Freiheit, der wahren Menschenrechte, durch Dominanz der Gleichheit. Staatsvertrag, Gesellschaftsvertrag, Generationenvertrag sind gleichzeitig Artikel des großen Vertrages der sichtbaren Welt mit der unsichtbaren, dem göttlichen Gesetz.

Die von Burke entwickelte konservative Staatsphilosophie war von großem Einfluss auf konservative Denker des 19. Jahrhunderts. Ergänzt um das erfolgreiche Konzept der sozialen Marktwirtschaft Freiburger Schule (Wilhelm Röpke) und das Subsidiaritätsprinzip der EG/EU-Verträge bis zum Abkommen von Lissabon, ergäbe sich doch ein Arbeitsprogramm konservativer Erneuerung, das nicht nur bei einem Dutzend Abweichlern vom noch dominierenden politisch korrekten „Mainstream" Beifall finden sollte. Weit über Berliner und Seeheimer Kreise hinaus könnte in den staatstragenden Parteien Besinnung auf den Zweck politischer Arbeit Vorrang gewinnen, das Wohl des deutschen Volkes zu mehren, statt es zum Opfer ideologischer Traumwelten werden zu lassen.

Lienhard Schmidt, Hamburg

Griechen ohne Ordnung

Zu: „Bloße Beruhigungspille" (Nr. 6)

Die in der Öffentlichkeit erst jetzt voll erkennbaren strukturellen Defizite Griechenlands werfen die Frage auf, wer für den unverantwortlichen Missgriff der Einbeziehung Griechenlands in die Euro-Gruppe verantwortlich ist. Stellvertretend für all jene unkritischen Europa-Jubler, die den gigantischen, für sie damals bereits erkennbaren Betrug Athens einfach zudeckten, sollte der ohnehin wenig überzeugende EU-Chef Barroso die politische Verantwortung für den schadenreichen Fehlgriff übernehmen und so viel Anstand besitzen, von selbst und kurzfristig zurückzutreten.

Ein unbegrenzter Bonus steht Griechenland auch als angeblicher Wiege der Demokratie nicht zu. Denn zur demokratischen Gesellschaft gehörten seinerzeit (nach Solon und Perikles) nur die athenischen Bürger als reine Minderheit. Auf 100 Bürger kamen 75 Fremde (Metöken) und 125 Sklaven.

Außerdem: Staatsrentnertum und Streit um Sonderinteressen behinderten bereits damals jegliche ordnende Staatsgewalt. Was soll daran vorbildlich gewesen sein? Griechenland muss sich selbst ordnen, aber nicht auf Kosten der übrigen Euro-Staaten.

Dr. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin

Zu viele »Wenig«

Zu: „Verschweigen" (Nr. 5)

Nicht der, der da Mist macht, wird bestraft, sondern der, der auf den Mist hinweist.

Im Volksmund heißt es: „Viel Wenig macht ein Viel". Bei unserem umstrittenen Herrn Christian Wulff gibt es zu viele „Wenig".

Bei der Affäre Wulff wird deutlich: Das Amt ist so überflüssig wie die Brustwarze beim Mann!

Das viele, viele Geld sollte man besser den jungen deutschen Familien zukommen lassen, denn wir brauchen viele eigene Kinder und keine Pappnasen.

Ernst Reiner Langenfeld, Wuppertal

Gezielt »vergessen«

Zu: Werbung für die *PAZ*

Wir alle schätzen unsere Wochenzeitung als Presseorgan, das Themen aufgreift, die von der übrigen Medienwelt zum größten Teil ignoriert werden. Der punktuelle Vertrieb der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* an Kiosken beziehungsweise an Bahnhöfen und Flughäfen kann nur geringen Erfolg zeitigen in Bezug auf die Steigerung der Abonnentenzahlen.

Meine Anregung: Wenn alle Bezieher die *PAZ* nicht dem Altpapier zuführen würden, sondern ihr Exemplar nach dem Lesen permanent gezielt in Bus oder Bahn, in Arztpraxen oder sonstigen öffentlichen Orten „vergessen" würden, dann könnten wir so bundesweit eine Werbelawine für unsere *PAZ* ins Leben rufen, die alle sonstigen Werbemaßnahmen an Erfolg übertreffen könnte.

Rolf W. Krause, Velbert



Der Amtssitz des Bundespräsidenten, Schloss Bellevue in Berlin-Tiergarten: Der künftige Präsident Joachim Gauck darf die Wonne spüren, „Liebling des Volks zu sein" Bild: Archiv

Nicht ein Schatten

Zu: Karikatur „Im Namen des Nutzens" (Nr. 7)

Zur Ergänzung der Karikatur und zur Gesamtbeurteilung von Wulffs Verhalten sollte man sich einmal, erstens, die preußische Tugend der Verabscheuung auch nur des Anscheins der persönlichen Bereicherung auf Grund eines Amtes und, zweitens, dazu den Fall des preußischen Landwirtschaftsministers von Podbielski in Erinnerung rufen. Dieser war an der Lieferungsfirma Tippelskirch beteiligt, die seit 1895 das Monopol auf Armeelieferungen besaß und die deutschen Kolonialtruppen zu überhöhten Preisen ausstattete. Seine Frau Sophie hatte, angeblich ohne sein Wissen, Aktien dieser Firma gekauft. Als diese Zusammenhänge bekannt wurden, musste Podbielski auf Druck des Kaisers 1906 zurücktreten. Begründung: „Auf einen preußischen Beamten darf auch nicht der Schatten eines Verdachts fallen."

Hermann Schubart, Marburg

Zum Psychiater

Zu: „Meinungen" (Nr. 5)

Was die Auffassung von Christine Löchner (Partei „Die Linke") anbelangt, kann man neutral nur zu dem Schluss gelangen, dass die Frau ganz dringend einen guten Psychiater braucht. Oder sie sollte sich einmal eingehend mit den geschichtlichen Tatsachen auseinandersetzen. Dritte Möglichkeit wäre, dass Frau Löchner freiwillig ihre Bürgerrechte abgibt und sich in ein Land ihrer Wahl ausweisen lässt. Zu unserem Volk will sie ja nicht gehören.

Edgar Lössmann, Kiel

Harrisgrad

Zu: „Festhalten an ‚Kaliningrad'" (Nr. 3)

Der Streit um die Benennung der Auslandsvertretung wirft die vordringliche Frage nach der Qualifikation der mit der Angelegenheit befassten Beamten im Außenministerium auf.

Wenn man daran festhält, der traditionsreichen Stadt Königsberg einen Namen aus der Führungsebene der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges überzustülpen, müsste in erster Linie an den britischen Luftmarschall Harris erinnert werden. Er zerstörte mit seinen Bombern während des für Deutschland schon verlorenen Krieges die schutzlos gewesene Großstadt. Folgerichtig müsste es dann historisch gesehen Harrisgrad heißen.

Kalinin war Staatsoberhaupt des Sowjetreiches, Mitglied des Obersten Sowjet und Mitunterzeichner des Mordbefehls von Katyn. Dort kamen mehr als 20000 polnische Staatsangehörige ums Leben, die im September 1939 in sowjetische Gefangenschaft geraten waren. Historisch gesehen ist Kalinin Katyn zuzuordnen. (In Katyn wurden auch Angehörige der deutschen Minderheit mit polnischer Staatsangehörigkeit ermordet. Sie waren zum Kriegsdienst verpflichtet und aus naheliegenden Gründen im September 1939 zur Verteidigung der polnischen Ostgrenze eingesetzt.)

Hermann Wagner, Hannover

Die Ideologie durchpeitschen

Zu: „Deutsche in der Euro-Falle" und „Merkels Sprechblasen" (Nr. 7) sowie weitere Beiträge zur Euro-Krise

Die jetzige Euro-Krise erinnert stark an den untergegangenen früheren Ostblock, die Sowjetunion und ihre Satelliten. Damals war das wichtigste die Ideologie: Verwirklichung des Sozialismus/Kommunismus, koste es was es wolle. Ob die Wirtschaft dabei litt und nicht mehr international mitkommen konnte, spielte keine Rolle. Das Schicksal und Wohlergehen der einzelnen Menschen schon gar nicht.

Frau Merkel, die ehemalige FDJ-Funktionärin für Agitation und Propaganda, wird dies gut verstanden und die entsprechende Propaganda gemacht haben. Sicherlich keine Propaganda für freiheitliche Demokratie. Jetzt ist sie in der Schlüsselstellung in Gesamtdeutschland und wendet die gleichen Methoden an: Die Ideologie des Euro wird auf jeden Fall durchgepeitscht. Ob es der Wirtschaft gut geht, ob mit dem Vermögen unserer Menschen monopolyartig gespielt wird, ob unser Volk einmal bezahlen muss, ob den ärmsten Armen der Griechen die Daumenschrauben angelegt werden, ob statt Freundschaft der europäischen Länder wieder Hass entsteht, speziell gegen Deutschland, all das spielt keine Rolle. Wichtig ist nur die Ideologie.

Mit der Einführung des Euro haben Kohl, Waigel und Co. den größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte gemacht. Es ist höchste Zeit, diesen Wahnsinn zu beenden.

Wolfgang Kleine, Bad Reichenhall

Wir sind bei Entschädigungen keine Bittsteller!

Zum Leserbrief: „Nicht entschädigt" (Nr. 50/2011)

Die Vertreibung von 15 Millionen deutschen Zivilisten im eigenen Land wurde bekanntlich nicht demokratisch, sondern diktatorisch von den drei „Führungspolitikern der Siegermächte" entschieden und zur Durchsetzung an ihre militärischen Gewaltpotenziale befohlen.

Das Unrecht mit Zwangsarbeit, Terror, Vergewaltigungen, Mord, Verweigerung medizinischer Hilfe sowie Nahrung wurde dem Diktator Stalin und seinen oft alkoholisierten Sowjetsoldaten übertragen. Stalin und seine auserwählte „Mehrheit" (russisch „Bolschenstwo" und davon abgeleitet „Bolschewiki") hatten bereits ab 1917 jahrzehntelange Erfahrungen mit Terroranwendungen gegen die Völker seines mit Gewalt geschaffenen Vielvölkerstaates.

Die für ähnliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit an deutsche Zivilisten verantwortlichen wenigen „Führungspolitiker" tarnten ihre völkerrechtswidrigen Tätervorhaben vor der Weltöffentlichkeit im „Potsdamer Abkommen" (oft fälschlich als „Potsdamer Vertrag" bezeichnet) verharmlosend mit „unter sowjetischer und polnischer Verwaltung stehende deutsche Ostgebiete". Diese „Verwaltung" verübte mit Sowjetmethoden unter Geheimhaltung vor der Weltöffentlichkeit die bekannten Schwerverbrechen an Deutschen.

Im Falle der jahrelangen Zwangsarbeit für die Sowjetunion oder Polen durch deutsche Zivilisten und auch der Vertreibungsopfer haben völkerrechtlich diese Staaten oder deren Rechtsnachfolger für Entschädigungen zu sorgen und nicht der deutsche Staat, da er für das Unrecht anderer Täterstaaten keine Verantwortung trägt. Die Behauptung ist rechtswidrig, es seien alles Folgen des Krieges.

Völkerrechtlich wird dieses bis heute tabuisierte Unrecht an Deutschen als Nachkriegsverbrechen bezeichnet. Propagandistisch ist dieser Sachverhalt des Unrechts so gesteuert, dass ein Großteil der Deutschen, der Europäer und der Weltöffentlichkeit keinerlei Kenntnisse darüber hat. Stattdessen wird auf eine Million vertriebene Armenier durch die damalige Türkei verwiesen, um von den Verbrechen vor der eigenen Haustür abzulenken.

Es geht nicht um Bittstellerei für Entschädigungen, sondern um völkerrechtlich seriöse Aufklärung des verübten Unrechts.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Nimmt LO Beschlüsse nicht ernst? – Peinliches Schweigen zu unerhörtem Vorgang

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer" (Nr. 43/2011)

Auch als langjähriger *PAZ*-Leser muss man nicht unbedingt familiäre Beziehung zum alten Ostpreußen haben, um Ihre Wochenzeitung mit großem Interesse zu lesen. Vielmehr gefällt die *PAZ*, weil einer Meinungsvielfalt Raum gegeben wird, die von innerer Unabhängigkeit und einem freiheitlichem Geist zeugt.

Dennoch besteht gelegentlich auch ernster Anlass, sich über eine mangelnde Ausgewogenheit bei der Abhandlung bestimmter Themen zu wundern. Als Beispiel dafür gilt Ihre Behandlung der Archiv-Verlagerung der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM). Einschließlich der in Memel gehaltenen Festreden widmen Sie diesem Thema der AdM eine ganze Seite und nur einen kritischen Kurzkommentar von Frau Rosenthal-Kappi in der gleichen Ausgabe.

Zwei Wochen später (Nr. 45/2011) schreiben Sie über die am 5. November stattgefundene Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung in Bad Pyrmont unter anderem: „Heimatmuseen und -Stuben sind kulturelles Erbe ..." Dort berichten Sie davon, dass die Landsmannschaft die Ostpreußische Kulturstiftung unter anderem deshalb ins Leben gerufen hat, damit deren Einrichtungen als zentrale Auffangeinrichtungen für Exponate und Archivalien bestehen. Dann wurde von der Ostpreußischen Landesvertretung (einem Organ der Landsmannschaft Ostpreußen) auf dieser Sitzung folgender Beschluss gefasst: „Eine Abgabe an polnische, russische oder litauische Träger verbietet sich gegenwärtig wegen unkalkulierbarer rechtlicher und politischer Risiken, die schlimmstenfalls zum völligen Verlust der Kulturgüter führen können."

Diese Tagung in Bad Pyrmont wäre nun der geeignete Anlass für die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gewesen, das Vorgehen der AdM in Sachen Archiv-Verlagerung kritisch ins Visier zu nehmen und ihre Meinung zu diesem Vorgang deutlich zu machen. Stattdessen hat sie es für richtig gehalten, es einer Handvoll *PAZ*-Lesern zu überlassen, das selbstherrliche Vorgehen der AdM am 5. Oktober 2011 in Memel per Leserbrief kritisch zu beleuchten. Aber man fragt sich verwundert, weshalb die *PAZ* dem mit „K. G." gekennzeichneten Seitenbeitrag so unangemessen viel Platz eingeräumt hat, aber auf eine eigene, ausführliche Stellungnahme zu diesem Thema (abgesehen vom Kurzkommentar) völlig verzichtet.

Wenn man weiter bedenkt, dass die AdM schon vor Jahren aus der LO ausgetreten ist und sich infolgedessen darauf berufen kann, die Frage der Archiv-Verlegung nach eigenem Gutdünken und nicht nach Beschlusslage der LO zu entscheiden, dann ist das Schweigen zu diesem unerhörten Vorgang geradezu peinlich. Oder hat die LO gar erst nach ihrer großzügigen Berichterstattung gemerkt, dass die AdM schon seit langem nicht mehr der Landsmannschaft angehört?

Soll denn der *PAZ*-Leser aus Ihrem Schweigen etwa den Schluss ziehen, dass die LO ihre eigenen Beschlüsse in Sachen Kulturgut-Bewahrung ohnehin nicht ernst nimmt und deshalb Verstößen dagegen freien Raum auch in der *PAZ* gewährt?

Oder fühlt sich die LO für das Gebiet nördlich der Memel womöglich gar nicht mehr zuständig, weil sich die AdM bereits der Memelländer angenommen hat? Hat die LO vergessen, dass Memel nach wie vor die älteste Stadt Ostpreußens ist und bereits vor Königsberg im Jahre 1252 gegründet wurde?

Ich kann das eigentlich (noch) nicht glauben und denke, dass es endlich an der Zeit ist, dass sich die Landsmannschaft ihren *PAZ*-Lesern gegenüber erklärt.

Günter Uschtrin, Regesbostel-Rahmstorf

Assimilation!

Zu: Sarrazins Thesen zur Integration

Ich gebe den Forschern vollkommen Recht. Ich selbe habe einen Migrationshintergrund und bin voll assimiliert. Folglich kann ich auch behaupten: Ja, Assimilation ist die beste Form der Integration.

Deniz Heinzl, München

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 25. Februar 2012

MELDUNGEN

Repräsentatives Standesamt

Tilsit – Eheschließungen in festlichem Rahmen erfreuen sich in Tilsit steigender Beliebtheit. Die Stadt will diesem Umstand Rechnung tragen und hat den Bau eines neuen, repräsentativen Standesamts beschlossen. Es trägt den pompösen Namen „Palast der Eheschließungen" und wird auch so aussehen. Die Bauarbeiten an der Kreuzung Oberst-Hoffmann-Straße/Fabrikstraße sind in vollem Gange. Im Jahr 2011 wurden 314 Ehen geschlossen, weitaus mehr als im Vorjahr. Das Durchschnittsalter der frisch Vermählten bewegte sich zwischen 25 und 34 Jahren, das der Bräute zwischen 18 und 24. Sieben Ehen wurden mit Ausländern eingegangen. Sie kamen aus Litauen, Kasachstan, der Ukraine und der Schweiz. So wie die Anzahl der Eheschließungen angestiegen ist, erhöhte sich im Jahr 2011 auch die Zahl der Geburten. Sie stieg gegenüber dem Vorjahr von 379 auf 410. Unter den Neugeborenen waren auch sechs Zwillingspärchen. Die beliebtesten Mädchennamen waren Sofia, Darja und Anna. Bei den Jungen lag Alexander an der Spitze. *H.Dz.*

Doppeljubiläum in Bartenstein

Bartenstein – Bartenstein [Bartoszyce] feiert dieses Jahr seinen 680. Geburtstag und den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages mit der niedersächsischen Stadt Nienburg an der Weser. Die Geburtstagsfeierlichkeiten begannen mit einem „Mein Bartenstein" betitelten Konzert. Im Haus der Kultur traten Gruppen aus der ganzen Landgemeinde und örtliche Poeten auf. Der zehnte Jahrestag wurde zum Anlass genommen für eine zweitägige Konferenz mit dem Thema „Gemeinsame Förderung der Städte". *PAZ*

Sehenswürdigkeit statt Knast

Gouverneur Nikolaj Zukanow sieht Burg Tapiau als Touristenmagnet – Gefängnisneubau notwendig

Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren über die Zukunft des Ordensschlosses Tapiau diskutiert, in dem seit 1945 ein Gefängnis untergebracht ist. Die fertigen Umstrukturierungspläne sollen nun verwirklicht werden.



Bilder (2): Tschernyschew

Von vorne (links) „hui", von hinten (oben) „pfui": Derzeitiger Zustand der Ordensburg Tapiau

In den staatlichen Plänen zur Förderung der Königsberger Exklave ist eine Touristenroute vorgesehen. Darin sind unter anderem die Befestigungsanlagen im Gebiet aufgeführt. In der Region gibt es viele Schlösser und Burgen, die sich in befriedigendem Zustand befinden, aber auch solche, die dringend saniert werden müssten, für deren Wiederaufbau allerdings Unsummen Geld nötig wären. Einige verlangen einen besonderen Umgang und besondere Entscheidungen, wie zum Beispiel die Ordensburg Tapiau. Sie befindet sich zwar in einem verhältnismäßig guten Zustand und würde viele Besucher anlocken, aber zur Zeit ist dort ein Gefängnis untergebracht.

Die Burg Tapiau wird erstmals 1258 in den Quellen erwähnt. Sie wurde als wichtiger Stützpunkt auf dem Weg nach Königsberg erbaut, aber auch als Schutz vor dem Einfall der Litauer. In den folgenden Jahren wurde die hölzerne Festung mehrfach umgebaut und erweitert. Mitte des 14. Jahrhunderts wurde die Burg wieder umgebaut, diesmal zu einer steinernen Festung. Erst später wurde die Burg Tapiau als Gefängnis genutzt. Die Sowjets machten sie unmittelbar nach der Eroberung wieder zu einer Hafteinrichtung.

Vor kurzem erst hat die Regionalregierung die Frage einer Verlegung des Gefängnisses von Tapiau an einen anderen Ort wieder aufgeworfen. Gouverneur Nikolaj Zukanow selbst hatte die Diskussion angeregt.

Sein Vorgänger im Amt, Georgij Boos, hatte schon vor einigen Jahren auf das touristische Potenzial Tapiaus aufmerksam gemacht und die zwingende Verlegung der Justizvollzugsanstalt angemahnt. Die Burg selbst müsse zu einem für den Tourismus interessanten Ort umgestaltet werden. Boos initiierte damals die Erarbeitung von Plänen zum Umzug des Gefängnisses. Das Projekt sah die Zusammenlegung von zwei Königsberger Strafanstalten mit der von Tapiau vor. Von dem Geld, das dann durch die Vermietung der Burg eingenommen würde, und von dem Grundstücksverkauf der bisherigen Haftanstalten in Königsberg sollte der Bau eines neuen Gefängnisses finanziert werden. Jedoch existiert das Projekt bislang nur auf dem Papier, weil die Wirtschaftskrise jede Planung zunichte gemacht hat.

Die Rekonstruktionspläne und der Bau touristischer Einrichtungen in Tapiau wurden schon auf einer internationalen Architektur-Ausstellung in Cannes präsentiert und fanden dort großes Interesse. Nun setzt sich der Gouverneur Zukanow entschieden für die Umsetzung der Idee ein. Wörtlich sagte er: „Die altertümlichen Kirchen und Ordensburgen, die sich auf dem Gebiet befinden, müssen und sollen Orte werden, die russische und ausländische Touristen anlocken. Und genau deshalb beschäftigen wir uns ernsthaft mit der Frage einer Übersiedlung des in der Burg Tapiau befindlichen Gefängnisses auf ein anderes Gelände."

Pläne wurden wegen Krise auf Eis gelegt

Der nächste Schritt wird also der sein, dass sich die Verantwortlichen von Tapiau gemeinsam mit der Strafjustizbehörde überlegen, zu welchen Bedingungen die Haftanstalt wohin verlegt werden kann. Die Gefängnisleitung ihrerseits hat Bereitschaft zum Umzug signalisiert, wenn sichergestellt sei, dass der zur Verfügung gestellte Platz groß genug sei und über die entsprechende Infrastruktur verfüge. Es heißt, der Bau eines neuen Gefängnisses sei ideal, weil es auch kaum möglich sein dürfte, ein ähnliches schon bestehendes Gebäude zu finden. Die Kosten für die Bauarbeiten werden auf umgerechnet etwa 26 Millionen Euro geschätzt.

Wenn die Pläne des Gouverneurs verwirklicht werden, könnte das Schloss Tapiau zu einer der interessantesten Sehenswürdigkeiten des Gebiets werden.

Jurij Tschernyschew

Allenstein im Wettbewerbsfieber

Masuren möchte zu den »neuen sieben Wundern« gehören – Zeitschrift sucht das Wichtigste und die Wichtigsten der Allemetropole

Seit mehreren Monaten wirbt die Region Masuren mit einer groß angelegten Plakataktion für einen möglichst guten Platz im Wettbewerb „New seven wonders" (Neue sieben Wunder). Überall wurden großformatige Plakatwände angebracht, auf denen die einmaligen Naturschönheiten Masurens mit den reizendsten Landschaften der Welt verglichen werden. So hat man beispielsweise einen mit Klatschmohn bewachsenen Ackerrand mit einem Tulpenfeld in den Niederlanden zusammengestellt. Eine Luftaufnahme eines durch dunklen Wald umsäumten Sees weckt unwillkürlich eine Assoziation an den Regenwald im Amazonasbekken. Die smaragdgrüne Wasseroberfläche eines anderen Sees und dessen Ufer voller Yachten sind dagegen nur schwer von der Adriatischen Küste zu unterscheiden (siehe Bild). All diese spektakulären und aufwändigen Maßnahmen sollen die touristische Attraktivität des südlichen Ostpreußen steigern. Man hofft, auf diese Weise die niedrige Zahl der Übernachtungen in der Region zu erhöhen. Die Kandidatur wurde kürzlich in einem Sonderschreiben von Papst Benedikt XVI. unterstützt.

Ein weiterer Wettbewerb wurde in der Wochenzeitschrift „Nasz Olsztyniak" (Unser Allensteiner) ausgeschrieben. Hier werden die wichtigsten Ereignisse in Allenstein und die bekanntesten Einwohner dieser Stadt vorgestellt.

Die genannten Ereignisse betreffen alle Veränderungen in Allenstein kurz vor und nach dem EU-Beitritt Polens im Jahre 2004. Sie haben überwiegend wirtschaftlich-infrastrukturellen Charakter, betreffen aber auch Wandlungen im Bereich der lokalen Kultur und der Lebensart der Einwohner. Eines steht fest: Sie haben das Stadtbild stark verändert und den Alltag weitgehend geprägt.

Bild: Archiv

Es handelt sich um Neuerungen wie die Entstehung des großen Einkaufszentrums „Alfa", den Ausbau des Freilichttheaters am Schloss, die Errichtung eines Neubaus für die Philharmonie, den Umbau des Rathausvorplatzes und einiger anderer Plätze in der Stadt, die Sanierung des Hauses des deutschen Industriellen Otto Naujack, die grundlegende Ausbesserung der Hauptstraße entlang der Eisenbahngleise sowie den Bau eines Wasserfreizeitparks.

Unter den Höhepunkten im Rahmen der Lebensart rangieren die Anstellung von Frauen als Busfahrerinnen und die sogenannte Sex-Affäre im Rathaus wie auch die alljährlichen Studententage sehr hoch.

Zu den beachtlichsten Veranstaltungen im kulturellen Leben zählten die Konzerte von Weltstars wie Goran Bregovic und Susan Vega sowie der Sieg der ukrainisch-polnischen Musikgruppe „Enej" in der Fernsehsendung „Must Be The Music".

Für beachtenswert und erfolgreich wurde auch das Aufleben der bürgerlichen Aktivität gehalten, die sich erstmals in Form von organisierten Straßenfesten und Weihnachtsmärkten zeigten.

Einen Höhepunkt im wissenschaftlichen Prestige der Region stellt die Einführung des Studienganges Humanmedizin an der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein dar. Der Professor Wojciech Maksymowicz, einer der Väter des Studiengangs, hat zurzeit die Dekanstelle der Medizinischen Fakultät inne. Im vergangenen Jahrzehnt gab es jedoch auch Minuspunkte: In dieser Zeit wurden drei Kinogebäude geschlossen oder niedergerissen, wie das „Kopernik".

Die zehn prominentesten Persönlichkeiten sollen aus einer Liste von 40 Namen gewählt werden. Die meisten Kandidaten sind Künstler, ferner sind Unternehmer, Politiker und Sportler vertreten. Nur wenige Wissenschaftler und Mediziner sind aufgeführt. Kirchenoberhäupter fehlen gänzlich. Das weibliche Geschlecht ist unterrepräsentiert, da nur wenige Damen mit ihrem Können an die Öffentlichkeit getreten sind. Es sind die Schauspielerinnen Irena Telesz und Anna Samusionek, die Tanzlehrerin Iwona Pavlovic, die Abgeordnete Lidia Staron und die Sängerin Julia Marcell. Zum berühmtesten Allensteiner wurde der Amateur-Radler Bolesław Krawczyk auserkoren, der für seine sportlichen Leistungen auch einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde erhielt.

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn ich heute dieses Bild von einem Kahn vom Frischen Haff gewählt habe, dann hat das seinen Grund, vielmehr seine Gründe. Erstens kommen noch immer Zuschriften zu den Fischern aus Alt-Passarge, die nach Büsum auswanderten, zweitens hat es für mich Symbolcharakter, denn ich gehe nun mit vollen Segeln in das nächste Lebensjahr und möchte mich zuerst bedanken für die vielen Glückwünsche, die ich zu meinem so späten Geburtstag erhalten habe. Und da mein lieber Landsmann **Herbert Tennigkeit** am 28. Februar seinen 75. Geburtstag begeht, sollen die Segel des Boydacks „Maria“ auch für ihn gesetzt sein. Seinem Leben und Wirken gilt heute unser Extra-Bericht. Das Foto habe ich übrigens vor längerer Zeit aus unserem Leserkreis bekommen, ich weiß leider nicht mehr, wer es eingesandt hat, es steht kein Name darauf, dafür aber folgender Vermerk: „Boydack ‚Maria‘ auf dem Frischen Haff, aufgenommen im Sommer 1938 vom Ausflugsdampfer ‚Phönix‘ der Firma **Robert Meyhöfer**, Königsberg.“ Ich danke also hiermit der Leserin oder dem Leser für die schöne und so gut erhaltene Originalaufnahme. Solch ein Foto ist heute schon eine kleine Kostbarkeit.



Auf dem Frischen Haff: Boydack „Maria“ Bild: privat

Für eine größere muss ich mich bei unserem Landsmann **Johannes Kraemer** aus Bergheim bedanken. Er überraschte mich mit „Julius Pohls illustrierten Hauskalender“ aus meinem Geburtsjahr 1916. Dieses in Braunsberg gedruckte ermländische Jahrbuch ist für mich – und damit auch für unsere Ostpreußische Familie – eine wahre Fundgrube, denn es enthält als Kriegs- und Jubiläumsausgabe authentische Angaben über die Russeneinfälle in den ersten beiden Kriegsjahren und die Zustände, wie sie in den zerstörten Gebieten Ostpreußens nach der Befreiung herrschten.

Aber zurück zu den Fischern vom Frischen Haff! Frau **Gertrud Gotthard** aus Hamburg hat sich gefreut, dass ihre Erinnerungen an Arnis, wo sich ihr aus Heidemaulen stammender Großvater **Richard Grohnert** eine neue Existenz als Fischer aufgebaut hatte, in unserer Kolumne erschienen sind. „Es ist sehr schön, das noch einmal so zu lesen“, schreibt Frau Gotthard. Sie hat gleich eine Kopie unserer Familienseite nach Toronto geschickt. Warum nach Kanada? Auch das hängt mit Arnis zusammen. Ihre Tante lebte bis 1978 in der kleinen Stadt an der Schlei, dann ging sie zu ihren bereits ausgewanderten Söhnen nach Kanada. Heute lebt dort noch ein Cousin von Frau Gotthard, für den die Kopie unserer Ostpreußischen Familie bestimmt ist. Zur TV-Serie „Der Landarzt“, die ich erwähnte, konnte sie auch etwas sagen. Die ersten Folgen wurden in Arnis gedreht und in diesen ist auch das Haus ihres Großvaters zu sehen. Dann wurde „Deckelsen“ in das fünf Kilometer entfernte Kappeln verlegt, das bis heute Drehort geblieben ist.

Frau **Ute Eichler** aus Hamburg war natürlich auch überrascht, welche Welle da auf ihre Frage nach Fischern von Alt Passarge in Büsum in unsere Ostpreußische Familie schwappte. Sie schreibt: „Als ich Anfang Januar über meine kleine ungewollte Entdeckung schrieb, die ich beim Lesen von Jörg Brackers historischem Roman „Hinter der Nebelwand“ gemacht hatte, ahnte ich nicht, zu welch umfassender Antwort die Ostpreußische Familie – wieder einmal – beitragen kann. Mein nächster Besuch in Büsum wird sich mit ganz anderen Augen vollziehen.“ Frau Ute Eichler, deren Wiege nicht in Ostpreußen stand und die doch so vieles bewegt, was dem Erhalt unserer Geschichte dient, wäre eben nicht Ute Eichler, wenn sie nicht wieder über neue „Zufallsfunde“ gestolpert wäre. Und diese ziehen, wie sie selbstkritisch vermerkt, meist einen Schwanz von Fragen nach sich. Fündig wurde sie in der Bücherstube der Wichernkirche in Hamburg, in der extra für sie Literatur zum Thema Ostpreußen gesammelt wird. Einmal im Monat fährt sie dorthin und darf in Ruhe durchsehen, was den Buchbestand des von ihr betreuten Lötzener Heimatmuseums in Neumünster, Schleswig-Holstein, ergänzen könnte. So manches Mal findet sie ein Buch, in dem „etwas aus alter Zeit“ liegt: ein Foto, eine historische Ansichtskarte, eine Briefmarke, ein vierblättriges Kleeblatt ...

Im letzten Dezember nun war unter den Büchern eines, das eine besondere Überraschung barg. In dem von **Egbert A. Hoffmann** verfassten Reisebericht „Ostpreußen heute“, erschienenen bei Gräfe und Unzer 1966, lag ein Brief, bestehend aus sechs dünnen Schreibmaschinenseiten, geschrieben am 1. September 1972 in Hamburg. Die Anrede lautet „Liebe Verwandte“, eine Unterschrift fehlt. Schon beim Lesen des ersten Satzes wurde es Frau Eichler bewusst, dass es sich hier um ein Schriftstück handelt, das einen größeren Leserkreis interessieren dürfte. In dem Schreiben heißt es: „Nach Rückkehr von einer einwöchigen Reise nach Lötzen und dem umliegenden, südlichen Ostpreußen möchte ich Euch davon Kenntnis geben und schnell, ehe die Eindrücke verblassen, die Erlebnisse aufschreiben, die **Anne-Marie** und ich dort gehabt haben.“ Dieser Brief, der für Frau Eichler schon deshalb interessant ist, weil er heute nicht mehr bestehende Verhältnisse beschreibt, veranlasst sie nun zu der Frage: „Wer war der Verfasser?“ Ein Schlüssel – neben der Angabe des Schreibers, dass seine Frau Anne-Marie und er ein Ehepaar **Skowron** in Rastenburg besucht haben – ist für Frau Eichler diese Textstelle:

„Unsere missglückte erste Suche nach den Carlshöfer Gräbern ließ uns doch keine Ruhe ... endlich kamen wir an schmiedeeiserne Kreuze, die noch aufrecht standen und dann fand Anne-Marie die als einzige gut erhalten gebliebenen Gedenksteine für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Vettern **Siegfried**, **Bruno** und **Hermann D.** Und wenige Minuten später standen wir dann an dem neben der Grabeinfassung liegenden Stein unseres Großvaters **Heinrich Dembowski**, des Begründers des Astes ‚Waisenhaus Königsberg‘ in der Familienchronik. Die in den Stein eingelassene Marmortafel mit der Inschrift war zertrümmert bis auf den Namen, dessen Lettern in ihrer Vergoldung noch einwandfrei zu lesen waren“.

Der Briefschreiber ist also ein Enkel des Heinrich Dembowski, er kann, muss aber nicht den Namen Dembowski tragen. Frau Eichler bittet nun über uns die Ostpreußische Familie, wer über den genannten Heinrich Dembowski, über die Carlshöfer Anstalten und eben über diesen Briefschreiber etwas aussagen kann, ihr dies mitzuteilen. Sie möchte den Brief gerne im Lötzener Heimatbrief veröffentlichen. (Ute Eichler, Billenbarg 69 in 22397 Hamburg, Telefon 040/6083003, Fax 040/60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de)

War es früher der Druckfehlerteufel, der manchem Autor eine böse Überraschung bescherte, wenn er sein geistiges Produkt in der Veröffentlichung las, so hat sich der Satansbraten längst in den elektronischen Medien bequem gemacht. Ob Übertragungsfehler, ob Übersehen beim übermittelten Korrekturabzug – die Ursache ist egal, der Fehler ist da und muss berichtigt werden. Bei Herrn Dr. **Gernot Kaiser** war es der Vorname, den ich in der Unterschrift als „Gert“ gelesen hatte und sein Wohnort Spangenberg war etwas verkürzt wiedergegeben worden, aber die Postleitzahl war richtig, und so hat Herr Dr. Kaiser doch eine interessante Information zu seiner Frage nach dem seltsamen Fund bekommen, den er in der Elchniederung entdeckt hatte. Er vermutete in dem metallenen Gegenstand den Deckel einer Fahrradklingel, und er scheint damit Recht zu haben. Erkennbar war der Name des Herstellers oder Verkäufers: **Carl Petschull** – Gr. Friedrichsdorf Ostpr. Nun fand Herr **Johannes Kraemer** aus Bergheim im Amtlichen Fernsprechbuch für die Oberpostdirektionsbezirke Königsberg Pr. und Gumbinnen 1931 die Eintragung: Petschull, Carl, Buch- Papier u. Fahrradhandlung in Gr. Friedrichsdorf. Also kann dieser Gegenstand durchaus der Deckel einer Fahrradklingel sein. Warum allerdings der kaiserliche Adler geprägt wurde, gibt noch Rätsel auf. Jedenfalls dieser Prägung nach muss das Geschäft schon Anfang des 20. Jahrhunderts existiert haben. Vielleicht hören wir ja noch mehr.

Übrigens ist noch eine Korrektur anzubringen: Aus Alt Ukta wurde leider Alt Utka, aber der Name dieses masurischen Ortes ist ja den meisten Landsleuten bekannt und so erhielt Herr **Rolf W. Krause**, der Informationen und Fotos zum alten Zustand der ehemals evangelischen Kirche in Alt Ukta sucht, bereits einige Meldungen. Besonders wichtig sind für den Schriftleiter des Sensburger Heimatbriefes alte Innenaufnahmen, die vielleicht bei Hochzeit, Taufe oder Konfirmation gemacht wurden. Deshalb hier noch einmal seine Anschrift: Rolf W. Krause, Alte Poststraße 12 in 42555 Velbert, Telefon (02052) 1309.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch Frau **Ingrid Theis** aus Bad Wörishofen ist in Bezug auf ihre Fragen, die den Königsberger Stadtteil Ponarth betreffen, etwas weiter gekommen. Sie hat einige Anrufe erhalten, die ihr mehr oder weniger weiterhalfen, aber dann meldete sich Frau **Ursula Viehhöfer** und konnte ihr über den Krankenhausaufenthalt ihrer Großmutter Klarheit verschaffen. Ihre in Ponarth wohnende Großmutter **Johanna Amalie Schicher** war mit 44 Jahren schwer erkrankt und wurde in einem katholischen Krankenhaus von Nonnen gepflegt. Nun gab es in Königsberg das „Haus der grauen Schwestern“, das Elisabeth-Krankenhaus in der Ziegelstraße, und das lag weit entfernt von Ponarth. Ob noch ein katholisches Krankenhaus südlich des Pregels existierte, war nicht bekannt. Es gab in Ponarth die katholische St.-Josephs-Gemeinde, zu der ein Waisenhaus aber kein Krankenhaus gehörte. Aber auf dem Oberhaberberg, wie Frau Viehhöfer nun mitteilen konnte, denn sie hatte als Kind dort gelegen. Keine große Klinik, aber immerhin fanden in dem Krankenhaus, das zur Kirche „Zur Heiligen Familie“ auf dem Oberhaberberg gehörte, Operationen statt, denn der kleinen Ursula wurde dort der Blinddarm entfernt. Frau Viehhöfer, die mich telefonisch darüber informierte, nannte die Klinik „Katharinen-Krankenhaus“. Tatsächlich war die Kirche mit einer Niederlassung der ermländischen Katharinerinnen verbunden, die wohl auch Frau Schicher gepflegt hatten. Außerdem wurde eine Haushaltungsschule mit dem Namen St. Katharina zu Königsberg i. Pr. betrieben. Das Gebäude, in dem sich das Krankenhaus befand, steht übrigens noch heute, wie sich Frau Viehhöfer bei Besuchen in ihrer Heimatstadt – sie wuchs als **Ursula Leber** am Deutschordensring auf – vergewissern konnte. Die heute 90-Jährige konnte also Frau Theis wertvolle Hinweise für deren nächsten Königsberg-Besuch geben.

Nun noch eine ganz andere Frage, die mit einiger Sicherheit von den Lesern der Ostpreußischen Familie beantwortet werden kann – das meint jedenfalls unser Leser **Axel Michaelis** aus Dobersdorf. Ich glaube, er wird nicht enttäuscht werden, obgleich die Frage nach Bromberg führt. Aber wir sind ja, wie ich gerne sage, eine „altpreußische Familie“, wir haben dieselben Wurzeln. Aber nun zu dem Brief von Herrn Michaelis, in dem es um die Herkunft einer Jagdwaffe geht. Er schreibt:

„Ein Schulfreund schenkte mir diese Schrotflinte, die er von seinem Großvater erbte, der schon vor sehr langer Zeit verstarb. Die Flinte ist in der Waffenbesitzkarte mit dem Vermerk ‚kein Hersteller erkennbar‘ eingetragen. Beim genauen Betrachten des Laufbündels entdeckte ich aber doch einen Hersteller. Die Gravur ist zwar mittels einer Lupe erkennbar und schwer zu entziffern, aber sie lautet mit einiger Sicherheit ‚**Ernst Jahr** Bromberg‘. Die Stadt führte ihren ursprünglichen Namen bis 1919 und dann wieder ab Herbst 1939 bis Mai 1945. Wenn nun ein Leser unserer Familie die wohl eher kleine Waffenwerkstatt kannte und etwas über die Dauer ihres Bestehens aussagen kann, könnte ich das ungefähre Alter der Waffe einschätzen, worüber ich mich sehr freuen würde.“

Soweit unser Landsmann Axel Michaelis, dem sicher ein Bromberger oder ein Waffenexperte helfen kann. (Axel Michaelis, Trensahler Weg 1 in 24232 Dobersdorf.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

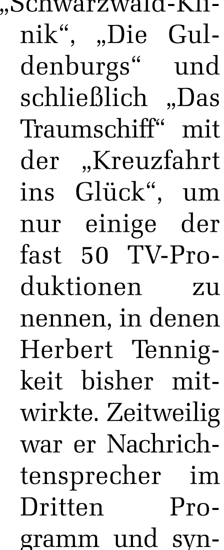
Ein Medium, durch das Ostpreußen spricht

Dem Schauspieler Herbert Tennigkeit zum 75. Geburtstag

Er dürfte der Letzte aus der Schauspielergarde sein, die so sicher das ostpreußische Idiom beherrscht wie er. Ob in den Geschichten von Siegfried Lenz und Arno Surminski, ob in den Gedichten und Anekdoten aus dem großen Schatz der ostpreußischen Volksdichtung – immer übermittelt er die Wärme und Innigkeit, die in seiner geliebten ostpreußischen Mundart liegt. Sie ist seine Muttersprache, denn der Schauspieler Herbert Tennigkeit wurde am 28. Februar 1937 in Gröspelken im Memelland geboren. Wir können ihm, der uns auf seinen heiteren und besinnlichen Lesungen in die verlassene Heimat zurückführt, zum 75. Geburtstag gratulieren. Was wir herzlich und voller Dankbarkeit tun.

Aber es wäre zu kurz gegriffen, wenn wir das Schauspielerleben dieses Künstlers nur auf das Heimatliche beschränken. Niemand hat es dem Jungen an der Wiege gesungen, dass er einmal auf bedeutenden in- und ausländischen Bühnen stehen und in den beliebtesten deutschen Fernsehserien agieren würde. Und dass er auf seinen Vortragsreisen auf Kreuzfahrtschiffen die Weltmeere bereisen würde, ohne je die Heimat zu vergessen, denn mitten auf den Pazifik las er ostpreußische Geschichten. Daran mag er gedacht haben, als er vor einigen Monaten anlässlich einer Vortragsreise in das Memelgebiet in seiner Taufkirche in Laukzargen stand oder als er den Kachelofen in der elterlichen Wohnung in Pogegen streichelte, an dem er sich damals Nase und Hände wärmte, wenn er vom Spiel in Eis und Schnee nach Hause kam. Auf dieser Reise in das Land seiner Kindheit spürte er besonders intensiv die Verbundenheit mit seiner Heimat, die er seinen Zuhörern auf unnachahmliche Weise in Mimik und Sprache vermitteln kann. Ein Medium, durch das die Landschaft und die Menschen Ostpreußens sprechen – so sah es ein Kritiker, und treffender kann man es nicht ausdrücken.

Aber der Mime, der erst auf Umwegen zur Bühne fand, hat auch eine „Theaterheimat“. So bezeichnet er die Züricher Schauspieltruppe um Maria Becker und Robert Freitag, die dem jungen Kollegen das Rüstzeug für ein erfolgreiches Schauspielerleben vermittelten, als er zusammen mit diesen großen Darstellern spielte, wenn „Der Kirschgarten“ oder „Die Heilige Johanna“ auf dem Programm standen. Das Fernsehen wurde schon früh auf Herbert Tennigkeit aufmerksam, bereits 1970 spielte er in „So zärtlich war Suleyken“, dann folgten verschiedene „Tatort“-Folgen, die „Schwarzwald-Klinik“, „Die Guldenburgs“ und schließlich „Das Traumschiff“ mit der „Kreuzfahrt ins Glück“, um nur einige der fast 50 TV-Produktionen zu nennen, in denen Herbert Tennigkeit bisher mitwirkte. Zeitweilig war er Nachrichtensprecher im Dritten Programm und synchronisierte viele ausländische Produktionen. Ein ausgefülltes Schauspielerleben, wenn man dazu die Theaterrollen in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Köln, München und bei den Ruhrfestspielen Recklinghausen rechnet.



Herbert Tennigkeit Bild: privat

Uns Ostpreußen wurde er vor allem ein Begriff durch seine Mitwirkung bei den Deutschlandtreffen und den vielen Lesungen im deutschen Sprachraum. Besondere Verdienste erwarb er sich als Interpret ostpreußischer Literatur. So schrieb ein Kritiker: „Ostpreußen, das Land, dem Herbert Tennigkeit entstammt, wird so dargestellt, wie es war und wie seine Bewohner lebten, als es deren und seine lebendige Heimat war. Er lässt die Dichter des Landes sprechen, von denen einige zu den Spitzen der deutschen Literatur zählen“. Dazu gehört Siegfried Lenz, der ein Grußwort zu einer Lesung von Herbert Tennigkeit geschrieben hat, das dessen Bedeutung als Bewahrer und Vermittler ostpreußischer Dichtung hervorhebt:

„Vieles geht im Laufe der Zeit verloren, über das die Geschichte gleichmütig hinweggeht: unter anderem auch die sprachliche Eigenart. Mir kommt es als selbstverständliche Verpflichtung vor, uns gegen drohende Verluste zu wehren. Beispielsweise auch gegen einen Verlust sprachlicher Eigenart. Sprache, in der so vieles aufgehoben ist, sollten wir immer bemüht sein, zu bewahren. Wir im Osten hatten unsere eigene Art, unser Verhältnis zur Welt in der Sprache auszudrücken. Ich bin glücklich, dass ein Schauspieler wie Herbert Tennigkeit sich der Pflege dieser vom Verlust bedrohten Ausdrucksform angenommen hat. Und ich freue mich sehr über seine unentwegten Bemühungen, vielen Menschen in Erinnerung zu rufen, wie wir uns im Alltag verständlich machten. Lauschen Sie aufmerksam seiner Artikulation und vor Ihren Augen wird ein Land erscheinen und die Menschen, die dort lebten.“

Das wünschen wir noch vielen Zuhörern, wenn es heißt „Herbert Tennigkeit liest“. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kletzing, Helene, geb. **Symanzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Felski, Sophie, geb. **Heyka**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Achelius, Anni, aus Loien, Kreis Lyck, am 28. Februar

Thiel, Eva, geb. **Eikel**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 28. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Galla, Ida, geb. **Ollesch**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Locke, Gustav, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Malien, Heinz, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 20. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kowalski, Erika, geb. **Skonietzki**, aus Chorapp, Kreis Neidenburg, am 3. März

Michalzik, Kurt, aus Lyck, am 29. Februar

Winter, Erna, geb. **Gerull**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 25. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Neumann, Ursula, geb. **Dziengel**, verw. **Nothmann**, aus Lyck, Bismarckstraße 3, am 28. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czychon, Elfriede, geb. **Geyer**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 3. März

Murach, Frida, geb. **Loleit**, aus Forken, Kreis Samland, am 27. Februar

Ohnesorge, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 17. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bieniussa, Erna, aus Königsberg Pr., am 27. Februar

Borutta, Hans, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 28. Februar

Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar

Juschkus, Margarete, geb. **Hollack**, aus Lyck, am 28. Februar

Klowersa, Ruth, geb. **Tautorus**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 3. März

Leppert, Heinz, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 4. März

Morgenstern, Hildegard, geb. **Jortzik**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 2. März

Niedzkowski, Gertrud, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 2. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Klaus, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 28. Februar

Dannhauser, Karl, aus Tapiau, Großhöfer Weg, Kreis Wehlau, am 1. März

Eisert, Elli, geb. **Böhm**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 3. März

Kröhnert, Bruno, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 4. März

Nowosatko, Karl, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 3. März

Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März

Sens, Max, aus Rauschen, Kreis Samland, am 27. Februar

Spandöck, Helga, aus Langehnen, Kreis Samland, am 28. Februar

Wahl, Waltraut, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März

Heisel, Brigitte, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. März

Lessat, Alfred, aus Alt Iwenberg, Kreis Elchniederung, am 2. März

Lux, Gertrud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 28. Februar

Maruska, Herta, geb. **Thybusch**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar

Pohl, Hedwig, geb. **Chlebowitz**, verw. **Dieck**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 1. März

Schnipper, Erika, geb. **Piefkowski**, aus Allenstein, am 2. März

Schwarz, Ruth, geb. **Nowitzki**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 28. Februar

Starbatty, Max, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 1. März

Strupath, Herta, geb. **Steinke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau und aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 1. März

Tipke, Anna-Elisabeth, aus Rehhof/Heidemühl, Kreis Stuhm, am 4. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartschies, Irma, aus Lyck, Steinstraße 2, am 3. März

Bollgönn, Lieselotte, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 3. März

Bütt, Edeltraut, geb. **Schumann**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Butzek, Gustav, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 28. Februar

Eichgrün, Ursula, geb. **Kannabey**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 1. März

Gehlhaar, Walter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. Februar

Greschat, Hans-Jürgen, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. März

Hergert, Eleonore, geb. **Mertsch**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. Februar

Hohmann, Hans, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Kalettka, Alfred, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 2. März

Krämer, Christel, geb. **Pfarr**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, am 1. März

Kröger, Irene, geb. **Kiy**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 2. März

Krüger, Emma, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lack, am 3. März

Kulik, Herbert, aus Wilhelmstahl, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Meyer, Helene, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 3. März

Neitz, Helmut, aus Groß-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. März

Neumann, Bernhard, aus Fischhausen, am 1. März

Podscharly, Artur, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 3. März

Preuss, Erwin, aus Schwadenfeld, Kreis Godap, am 3. März

Ritzka, Helga, geb. **Lehwald**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 1. März

Royal, Wanda, geb. **Ruppenstein**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar

Steppat, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. März

Thielert, Horst, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 27. Februar

Warschewski, Edith, geb. **Zarsen**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 2. März

Welsch, Cuno, aus Kleingrenzberg, Kreis Elchniederung, am 28. Februar

Welz, Irmgard, geb. **Zittlau**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

Wischnewski, Kurt, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 28. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bötherm, Gerda, geb. **Krauskopf**, aus Groß Hoppenbruch, am 26. Februar

Dix, Henny, geb. **Galla**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 2. März

Gitzel, Christel, geb. **Sziede**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 27. Februar

Heuft, Helene, geb. **Wisbar**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 2. März

Höpfner, Horst, geb. **Chmielewski**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 1. März

Huber, Irmgard, geb. **Konstanty**, aus Ortelsburg, am 27. Februar

Jogmin, Horst, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 27. Februar

Kalwa, Herbert, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 28. Februar

Karthäuser, Irmgard, geb. **Dworak**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am1. März

Kischnick, Benno, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 27. Februar

Kunze, Alma, geb. **Lemke**, aus Grünwalde, Kreis Samland, am 28. Februar

Kuschel, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am28. Februar

Kuster, Armin, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 2. März

Leinburger, Edith, aus Stolzenberg-Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, am 29. Februar

Löst, Grete, geb. **Borreck**, aus Treuburg, am 4. März

Maciejczyk, Gertrud, geb. **Wojkos**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. März

Makowe, Rosemarie, geb. **Juzewitz**, aus Warnikam, Kreis Heiligenbeil, am 1. März

Paul, Ingrid, geb. **Gollub**, aus Lyck, Soldauer Weg 9, am 4. März

Pedak, Richard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. März

Pelzer, Hildegard, geb. **Mogath**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 1. März

Pietruk, Ernst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 3. März

Plewka, Ulrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar

Przygodda, Erwin, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. März

Rimkus, Waltraut, geb. **Endrullat**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 29. Februar

Rubbel, Herta, geb. **Garnies**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. März

Sand, Ernst, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 28. Februar

Schaper, Hilda, geb. **Brenneisen**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 28. Februar

Sdorra, Siegfried, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 27. Februar

Steinbacher, Christa, aus Wagonen, Kreis Ebenrode, am 1. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bories, Irmgard, geb. **Grudnick**, aus Medenau, Kreis Samland, am 4. März

Elmenthaler, Gustav, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 27. Februar

Hanisch, Käthe, geb. **Godlinski**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 1. März

Jendrall, Willy, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. März

Reuter, Werner, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 2. März

Voigt, Elisabeth, geb. **Laudien**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 28. Februar

Wiek, Siegfried, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 26. Februar



Woike, Eberhard, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, und Frau Ursula, geb. **Vater**, am 1. März

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

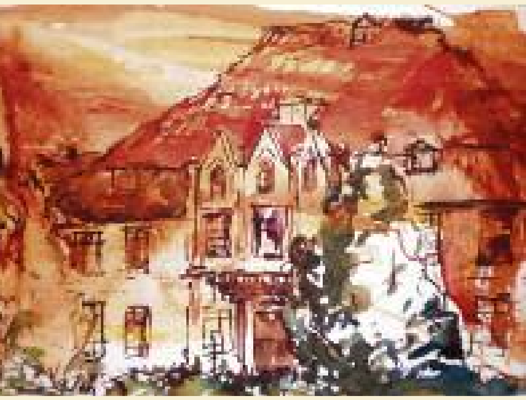
TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Malreise nach Steinort/Ostpreußen


Steinort: Arbeit von Grudrun Jakubeit
Bild:privat

Der goldene Herbst um das romantische Barockschloss der Familie Lehndorff in Ostpreußen reizt die Lüneburger Künstlerin Gudrun Jakubeit zusammen mit Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, eine besondere Reise anzubieten: Eine kleine Gruppe von Malerinnen, Malern und kulturinteressierten Begleitern fliegt von Hamburg nach Warschau, um dort im eigenen Reisebus zum Hotel am Mauersee in Steinort zu fahren. Am Fuße des Schlosses der Familie Lehndorff beginnt der Intensivmalkurs. Sieben Tage lang unterrichtet die erfahrene Künstlerin die Teilnehmer direkt im alten Schlosspark, an der Marina, auf der masurischen Seenplatte während einer Tagesschiffsfahrt oder bei den Ausflügen in die Umgebung. Der Zauber der Landschaft und die Spuren der Geschichte bieten zahlreiche Motive. Dazu runden professionelle Übungen zur Perspektive, zur Farbenlehre und ausführliche Bildbesprechungen mit persönlichen diese Reise ab. Frau Kern ist, als gebürtige Steinorterin, bestens vorbereitet, das Begleitprogramm mit Ausflügen und Besichtigungen zu leiten.

Wer mehr wissen möchte, ist herzlich zum öffentlichen Informationsabend am Dienstag, 14. Februar um 17.30 Uhr in das Ostpreußische Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg eingeladen. Es besteht die Möglichkeit, sich auch telefonisch über diese Reise zu informieren bei: Agata Kern: E-Mail: a.kern@ol-lg.de oder (04131) 7599515, Atelier Gudrun Jakubeit: E-Mail: gudrun@jakubeit.info oder mobil (0175) 4868735. *OL*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 25. Februar, 12.35 Uhr, RBB: Wildes Masuren.
Sonnabend, 25. Februar, 20.05 Uhr, N-TV: Die Mauer – Schicksal einer Republik. 22.05 Uhr: Die letzten Stunden der Berliner Mauer.
Sonnabend, 25. Februar, 22.25 Uhr, Vox: Wie wirkt Werbung? – Hinter den Kulissen einer Milliardenbranche.
Sonntag, 26. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 26. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Zarendämmerung – Risse im System Putin.
Sonntag, 26. Februar, 23.40 Uhr, MDR: Putin und der Westen (1+2/4).
Montag, 27. Februar, 18 Uhr, Phoenix: Hungerlohn trotz Vollzeitjob.
Montag, 27. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Flick (1+2/2).
Montag, 27. Februar, 22.30 Uhr, BR: Die Varusschlacht.
Dienstag, 28. Februar, 11.30 Uhr, NDR: Wölfe in Deutschland.
Dienstag, 28. Februar, 20.15 Uhr, Arte: I Love Democracy. Russland.
Dienstag, 28. Februar, 22 Uhr WDR: Plötzlich entführt – Die alltägliche Angst in Pakistan.
Dienstag, 28. Februar, 23.25 Uhr, Arte: Anna Politkowskaja.
Mittwoch, 29. Februar, 13.15 Uhr, 3sat: 1917 – Deutsches Geld für Russlands Revolution.
Mittwoch, 29. Februar, 21 Uhr, Phoenix: Ich, Putin. Ein Porträt.
Mittwoch, 29. Februar, 22.15 Uhr, N24: Deutsche Panzertechnik: Der Marder.
Donnerstag, 1. März, 21.05 Uhr, N-TV: Eisberge – Die tödliche Gefahr.
Freitag, 2. März, 13.30 Uhr, Arte: Das Imperium der Viren (1+2/2).
Freitag, 2. März, 16.05 Uhr, 3sat: Bühne frei für Marika. Musiklustspiel 1958 mit Marika Rökk und Johannes Heesters.
Freitag, 2. März, 20.15 Uhr, N24: Siziliens Mumien – Reise in die Unterwelt.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 28. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Wahlen nicht besetzter Ämter, Verschiedenes.

Reutlingen – Sonnabend, 3. März, 14 Uhr, „Treffpunkt für Ältere“, Gustav-Werner-Straße 6a: **Hauptversammlung**. Dabei werden Pflichtthemen wie Rechenschaftsbericht 2011 der 1. Vorsitzenden, Bericht des Kassenwartes und -prüfers und der Bericht der Frauengruppe „abgearbeitet“. Aber auch Berichte und eingegangene Anträge werden besprochen. Gebührend bedacht werden die im vergangenen Jahr Verstorben des Heimatverbandes. Um das Interesse für die Teilnahme zu wecken, werden Details der kommenden Veranstaltungen verraten: Das Treffen beginnt mit Kaffee und Kuchen und wird dabei kurzzeitig begleitet durch Mundharmonikaklänge der Seniorengruppe der Volkshochschule Pfullingen. Zum Schluss war in den vergangenen Jahren nach der Ehrung würdiger Mitglieder der Genuss der Ostpreußischen Grützwurst üblich. Jedoch nach so vielen Jahrzehnten Einlebens im Schwabenland muss die Gruppe eingestehen, Teil des heutigen (verkleinerten) Deutschlands / Reutlingens zu sein, obwohl die Erinnerungen und Gedanken auch nach über 60 Jahren Flucht und Vertreibung in der unvergessenen Heimat weilen. Mit dem Servieren der Schwäbischen Maultaschen und des dazugehörigen Kartoffelsalates gibt die Gruppe zu verstehen: Wir sind hier und haben eine zweite Heimat gefunden! Gäste sind willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 8. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Bei der **Jahreshauptversammlung** im Januar wurden für langjährige Mitgliedschaft und besondere ehrenamtliche Leistungen geehrt: Katharina Brünler, 2. Vorsitzende. Sie ist 46 Jahre in verschiedenen Gruppen Deutschlands Mitglied und jetzt in Landshut. Hans Brünler für 10 Jahre Mitgliedschaft, Ingeborg Siebert und Werner Zimmermann für je fünf Jahre. Die 1. Vorsitzende Ingrid Leinhäupl erhielt mit der „Silbernen Elchschaufel“ vom Bundesvorstand eine besondere Auszeichnung.

München Nord/Süd – Freitag, 9. März, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

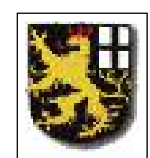
Nürnberg – Donnerstag, 1. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (gegenüber der Endstation der U-Bahn): Filmvorführung „Mein liebes altes Memelland“.

Starnberg – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr, Bayerischer Hof, König-Ludwig-Zimmer: **Jahreshauptversammlung**. Anschließend gemeinsames Fischessen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



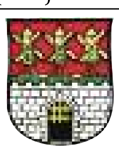
Mohrungen – Donnerstag, 1. März, 15 Uhr, Restaurant „Sternstunde“, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin, Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon 2164338.



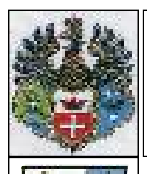
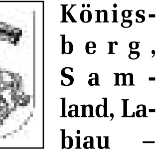
Rastenburg – Sonntag, 11. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. März, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Bunter Nachmittag mit Singen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



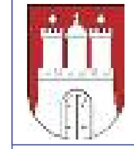
Pillkallen / Schlossberg, Stallupönen / Ebenrode – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg bei Helga Rieck, Telefon (030) 659 68 22, für Stallupönen/Ebenrode bei Günter Kropp, Telefon (030) 331 25 90.

Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.




Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Ratskeller Carlotttenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403 881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99 49 99 83.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 22. März, 15 Uhr, Teilfeld 8, Saal, 20459 Hamburg: **Delegiertenversammlung.**

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. Februar, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis zur Waldquelle): Treffen der Gruppe zum „Bunten Nachmittag“.

KREISGRUPPE



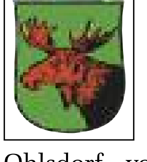
Gumbinnen – Sonnabend, 3. März, 14 Uhr, Haus der Heimat/ LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Kreisgruppe. Thema: „Erinnerungen an Zuhause“. Nach einer Kaffeetafel erwartet sie ein kulturelles Programm. Gäste sind recht herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt, dann Fußweg von ca. 6 Minuten in Richtung Michaeliskirche (Michel). Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Telefon Frau Gassewitz (040) 58951060 und Herr Schattling (040) 5224379.



Osterode – Sonnabend, 3. März, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 562, in unmittelbarer Nähe des U- und S-Bahnhofs Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zum fröhlichen Nachmittag ein. Bei Musik zum Mitsingen und Schunkeln wollen die Teilnehmer in froher Runde den nahenden Frühling begrüßen. Alle Gäste mit oder ohne Kappe sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.



Insterburg – Mittwoch, 7. März, 12 Uhr, Hotel zum Zeppelin: Monatstreffen mit fröhlichen Liedern, Versen, Gedichten und Liedern wartet die Gruppe auf den nahenden Frühlingsanfang und erwärmt sich nach den kalten Tagen. Im kulturellen Teil gibt es eine Lesung oder einen Filmvortrag. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen.

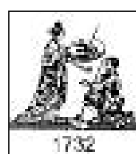


Elchniederung – Mittwoch, 14. März, 14 Uhr, Café Rosengarten (mit S- und U-Bahn bis Station Ohlsdorf, von dort in wenigen Gehminuten gut zu erreichen): Treffen der Gruppe. Der Nachmittag steht unter dem Motto „Mit Kultur und Fröhlichkeit geht alles weiter“. Gäste sind herzlich willkommmen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 17. März, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest der Kreisgruppe. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst ein. Bei Kaffee und Kuchen wollen die Teilnehmer einige fröhliche Stunden in geselliger Runde miteinander verbringen. Gleichzeitig findet die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. statt. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 16. März.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 10. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41: Die Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen lädt herzlich zu ihrem Treffen mit folgendem Programm ein: Bildvortrag: „Ostpreußische Kirchenbücher als Quelle zur Erforschung unserer Vorfahren“ und Bildvortrag: „Aufklärung in Ostpreußen – Beitrag im Gedenkjahr Friedrich II. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 10. März, 15 Uhr, Bürgersaal in Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel liest Ruth Wille aus ihren „Gereimten Alltagseindrücken“.

Kassel – Dienstag, 6. März, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr zeigt Klaus-Dieter Leder, Hann.-Münden, eine DVD „Ostpreußen wie es war“ (30 bis 35 Minuten). – **Bericht von der Jahreshauptversammlung** – Die Kreisgruppe traf sich zu ihrer Jahreshauptversammlung, die mit dem Ostpreußenlied eröffnet wurde. Der Stellvertretende Vorsitzende Hermann Opiolla leitete die Versammlung, sprach die Totenehrung und verlas den Tätigkeitsbericht des Vorstands. Wieder hatte es im abgelaufenen Jahr elf monatliche Treffen gegeben – der Juli ist Ferienmonat – sowie Wanderungen und Ausflüge. Die Treffen wurden von durchschnittlich 34 Mitgliedern und Gästen besucht, eine leichte Steigerung. Die Mitgliederzahl beträgt unverändert 67 Personen. Der Kassenbericht ergab eine geringe Bestandszunahme, die Kassen- und Buchführung wurden als einwandfrei bestätigt und dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Mitgliederversammlung dankte dem Vorstand und den Kassenprüfern, hier besonders Frau Deyß, für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit. Unter Leitung von Irmtraut Tauber wurde turnusmäßig der neue Vorstand gewählt. Gerhard Landau und Gertraud Nitschky übernehmen gemeinsam die Spitze des neuen Vorstands. Brigitte Smieja wird Schriftführerin, Gerhard Landau stellvertretender Schriftführer, Adelheid Holz wird Schatzmeisterin, Renate Döring stellvertretende Schatzmeisterin, Franz Ganswindt und Ruth Barthel werden Beisitzer. Als Kassenprüfer wurden bestätigt: Dorothea Deyß, Eva Müller, Luise Opiolla. Alle Kandidaten wurden einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt. Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung las Ruth Barthel unter dem Motto „Freud und Leid zur Winterszeit“ zwei Erzählungen aus dem tief verschneiten Ostpreußen, die von Hermann-Löns-Gedichten und gemeinsam gesungenen Volksliedern umrahmt wurden.

Wetzlar – Montag, 12. März, ab 18.30 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Die Gruppe trifft sich zum Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559. – **Februartreffen** – Als „ein großartiges Zeichen der Versöhnung“ zwischen Russland und Deutschland hat Heinz Schapowahl beim Februartreffen die Verleihung der Ehrenbürgerrechte an den Schauspieler Armin Müller-Stahl in dessen Geburtsstadt Tilsit bezeichnet. Schapowahl, selbst Tilsiter, sprach über die Geschichte des über zwei hundert Jahre lang in der Memel-Stadt stationierten Dragoner-Regiments „Prinz Albrecht von Preußen“ Nr. 1, dem das Lied „Die Blauen Dragoner, sie reiten mit klingendem Spiel durch das Tor“ gewidmet ist. Erstaunlich sei auch, so Schapowahl, dass die russische Stadtregierung im heutigen Sowjetsk die ehemalige Dragoner-Kaserne restaurieren lasse. Dabei sei man jüngst in der Säulenhalle des früheren Offizierskasinos auf ein Wandgemälde gestoßen, das die Geschichte des Regiments darstelle. Die Restaurierung des Kunstwerks sei inzwischen von zwei Fachleuten aus Sankt Petersburg abgeschlossen worden. Auch mit der Neuanlage des alten Tilsiter Waldfriedhofs als Ruhestätte für gefallene Soldaten aus Deutschland, Russland, Rumänien und Italien sei von der Sowjetsker Stadtregierung ein weiteres Versöhnungszeichen gesetzt worden. Auf große Unterstützung der heutigen Bevölkerung stoße auch der Wunsch, das in den Wirren des Zweiten Weltkriegs zerstörte Königin-Luise-Denkmal wieder zu errichten. Die Ehefrau von Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) hatte sich im Jahre 1807 während der Eroberungszüge von Napoleon bei dem Franzosenkaiser – leider erfolglos – für einen für Preußen annehmbaren Friedensvertrag eingesetzt. Vor seiner Auflösung im Jahre 1919 sei das Tilsiter Dragoner-Regiment durch eine außergewöhnliche Marschleistung in die Militärgeschichte Preußens eingegangen, berichtete Schapowahl. Als am 11. November 1918 der Erste Weltkrieg durch einen Waffenstillstand ein Ende gefunden hatte, habe sich das Regiment in der Ukraine befunden und sei von dort aus auf seinen 600 Pferden in zweieinhalb Monaten in die Heimat zurückgekehrt. „2000 Kilometer durch Eis und Schnee lagen bei ihrer Ankunft hinter ihnen“, beschrieb Schapowahl diese Leistung.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 3. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): **Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen**. Dazu sind alle Landsleute aus Ostpreußen, Danzig und Westpreußen, aber auch Pommern, Schlesier und Sudetendeutsche mit Angehörigen sowie Interessenten sehr herzlich eingeladen. Angesagt hat sich der „Kant-Chor Gumbinnen“, der extra aus dem Königsberger Gebiet nach Anklam kommt. Die Festansprache hält Dr. Fred Mrotzek vom Historischen Institut der Universität Rostock. Das Programm wird vom Posaunenchor Bansin / Usedom festlich umrahmt und danach mit Volkstänzen vom Fritz-Reuter-Ensemble Anklam gestaltet. Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt.

Rostock – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Kulturhaus Damerow, Kringelweg 1: Die Kreisgruppe der Ostpreußen in Rostock begeht den 20. Jahrestag ihrer Gründung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 3. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Geismar: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss traditionelles Grützwurstessen. – Auch in diesem Jahr bietet die Kreisgruppe wieder eine Reise in das Ermland und nach Masuren an. die Fahrt findet voraussichtlich vom 16. bis 24. Juni statt und beinhaltet zwei Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise sowie sechs Übernachtungen in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Sensburg, jeweils mit Halbpension. Anmeldungen sind bis zum 1. März möglich. Nähere Informationen und Anmeldung bei: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675, Fax (0551) 6337133. Die Kreisgruppe Göttingen kündigt zudem bereits an, dass am 1. September der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Rinteln – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr, Rintelner Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: Engelbert Kämpfer – der Tacitus Asiens. Ein interessanter Vortrag erwartet die Teilnehmer beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und der Danziger. Dr. Hans-Walter Butschke referiert über den deutschen Arzt und Forschungsreisenden aus dem benachbarten Lemgo. Engelbert Kämpfer (1651–1716, Leibarzt des Grafen von der Lippe) brachte als Erster ausführliche Berichte über Südostasien und Japan nach Deutschland. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 26. Februar, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Kleiner Saal: Vortrag „Das Königsberger Gebiet heute: Die samländische Ostseeküste zwischen Aufschwung und Verfall“. Die Referentin Marianne Neuman zeigt Dias, die in der Zeit von 2007 bis 2011 in diesem Gebiet entstanden sind. Der markante Küstenstreifen des Samlandes zwischen dem Kurischen und dem Frischen Haff gehörte einst zu Ostpreußen. Aufgrund der malerischen, von vielen Schluchten unterbrochenen Steilküste und den zahlreichen neuen Seebädern avancierte das Samland Ende des 19. Jahrhunderts zum wichtigsten Erholungsgebiet Ostpreußens. Heute ist es eine Exklave der Russischen Föderation, umgeben von den EU-Nachbarländern Polen und Litauen. Rauschen und Cranz, die ehemals beliebtesten Badeorte sind ebenfalls auf den Fotos zu sehen, ebenso wie auch Neukuhren und Palmnicken. Wie immer beginnt die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken von 15 bis 16 Uhr, anschließend findet das Programm statt. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Donnerstag, 1. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13. 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreussischen Hauptstadt. – Montag, 5. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. März, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreussisch Platt. – Donnerstag, 8. März, 18 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Internationaler Frauentag – Kultur- und Begegnungsabend. – Donnerstag, 15. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis. – Freitag, 9. März, 18 Uhr, Restaurant St. Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 13. März, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Die deutsch-polnische Grenze im 20. Jahrhundert“.

Ennepetal – Donnerstag, 15. März, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Sonntag, 4. März, 14 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: 60 Jahre Kreisgruppe Essen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Vortrag „Die Dohle – Vogel des Jahres 2012“ von Herrn Hoffmann.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 1. März, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung.

Neuss – Donnerstag, 1. März, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Neuss, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. – **Bericht der Jahreshauptversammlung vom 12. Februar** – Die Neusser bilden eine starke Kreisgruppe, in der Tradition und Gruppenzusammenhalt im Vordergrund stehen. Die Anwesenden gedachten der im letzten Jahr Verstorbenen und sie dachten auch an Albert Schulz, der unerwartet im Januar 2012 beerdigt werden musste. Peter Pott erinnerte an die vielfältigen Veranstaltungen der Ostpreußen in Neuss im letzten Jahr. Ganz neu war 2011 ein ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaften in der Quirinus-Basilika Neuss. Einmalig war auch die Spende von 25 elektrisch verstellbaren Krankenbetten für das Hospiz in Lötzen. Wiederkehrende Veranstaltungen waren die Tage der offenen Tür in der Heimatstube, die Treffen der Frauengruppe, die Veranstaltung zum Tag der Heimat, zum Volkstrauertag und die Feste zu den Jahreszeiten. Er erinnerte an die Reise nach Erfurt zum Deutschlandtreffen und an die große Ostpreußenreise. Viel Beifall erhielt auch die Schatzmeisterin, Renate Eggert, für ihren Kassenbericht. Nach dem Bericht des Kassenprüfers wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Kaffee und Kuchen schmeckten allen, aber auch die Grützwurst mit Kumst nach ostpreußischem Rezept. Hierzu verlas Peter Pott das Gedicht „Loblied auf die ostpreußische Grützwurst“, das der verstorbene Kurt Zwikla geschrieben hatte.



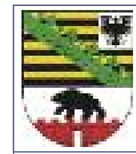
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 10. März, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

Ludwigshafen-Gartenstadt – Sonntag, 4. März, 14 Uhr, Brandenburger Straße 1–3: Das Ermländertreffen findet in diesem Jahr am 2. Fastensonntag mit der Eucharistiefeier statt. Anschließend gemütliches Beisammensein im Pfarrhaus.

Mainz – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönhorststraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 10. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Filmvortrag über Ostpreußen und Bilder der Landsmannschaft. Anschließend gemütliches Beisammensein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 12. März, 14 Uhr, Krötenhof: Dia-Vortrag „Vater Rechin und seine Kinder“.

Halle – Freitag, 9. März, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der örtlichen Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 9. März, 15 Uhr, Sportgaststätte des TUS-Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 11. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Frühlingserwachen. – Dienstag, 13. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Schönebeck – Freitag, 9. März, 14 Uhr, Moskauer Straße 23, Haus Luise: Festveranstaltung zum 20-jährigen Gründungstag der Kreisgruppe Ost-/Westpreußen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Dienstag, 6. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Informationsgespräch mit den Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. mit Kaffeerunde, danach Gespräche mit dem Flensburger Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger. – Donnerstag, 15. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Treffen zur Kaffeerunde mit einem Vortrag von Christian Winkel zum Thema „Die ersten Kolonisten im Herzogtum Schleswig“.

Schönwalde – Donnerstag, 1. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung. – Freitag, 9. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Schwarzenbek – Die Gruppe-Schwarzenbek hat am 18. Januar einen neuen Vorstand gewählt. Die Neuwahl war erforderlich geworden, weil der bisherige Vorsitzende Konrad Thater verstorben ist. 30 Mitglieder waren auf der Jahreshauptversammlung anwesend. Der neue Vorsitzende Peter Gerigk sowie sein Stellvertreter Hans-Dietrich Zymny wurden einstimmig gewählt. Schatzmeisterin ist Renate Jendrysiak, Schriftführer Herbert Hallenbach. Vorsitzende des Ostdeutschen Frauenkreises ist Anni Habermas. Beisitzer sind Alfred Hoyer, Manfred Offen und Helga Glöde. Während der Versammlung ehrte Gerigk einige langjährige Mitglieder: Herbert Thater für 50 Jahre, Elsa Falk für 30 Jahre und Horst von Hippel sowie Erich Sefs für 25 Jahre. Aufgabe ist es, Tradition und Bräuche wachzuhalten und den Heimatgedanken zu fördern. Unter Verschiedenes wurde das Veranstaltungsprogramm 2012 (Ausfahrten, Filmvorführungen, das Wurstessen der Ostpreußen, Weihnachtsfeier und anderes) bekannt gegeben.

Frühjahrs-Stickseminar in Bad Pyrmont

Das Ostheim bietet 2012 wieder ein Frühjahrs-Stickseminar in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten.

Das Seminar (vier Tage) beginnt am Dienstag, dem 27. März um 16 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, dem 31. März nach dem Mittagessen (12 Uhr).

Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 236 Euro im Doppelzimmer, 260 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden.

Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloss mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen bitte anfordern bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

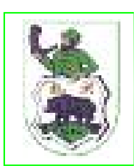


HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf auf Irene Balzer – Irene Balzer, geboren am 1. Dezember 1930 in Okslinden, Kreis Heydekrug, aufgewachsen in Lank, Kreis Heiligenbeil, ist am 4. Februar 2012 in Drage, Nordfriesland verstorben. In der Zeit vom 25. März 1995 bis zum 31. März 2003 war sie stellvertretende Kirchspielvertreterin für das Kirchspiel Bladiau und blieb auch nach ihrem Ausscheiden aus diesem Amt der Heimatarbeit weiterhin sehr verbunden. Für ihre besonderen Verdienste wurde sie im Jahre 1997 mit der Silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ausgezeichnet. Sie war stets eine rege Besucherin der Kreistreffen in Burgdorf; selbst im letzten Jahr, als es ihr gesundheitlich schon nicht mehr gut ging, ließ sie es sich nicht nehmen, daran teilzunehmen. Sie wird uns als ein froher und lebenslustiger Mensch in Erinnerung bleiben, und wir trauern mit den Angehörigen um Irene Balzer. Im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V.

Elke Ruhnke



INSTERBURG – Stadt und Land

Kreisvertreter Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimattreue Insterburger – Aus dem gesamten Bundesgebiet treffen sich zum 30. Mal in der Zeit vom 16. bis 18. März die Heimattreuen Insterburger im Ostheim in Bad Pyrmont. Es wäre sehr schön, wenn viele Heimatfreunde mit uns dieses besondere Jubiläum feiern würden. Wir laden Sie ein, gemütliche und heitere Tage mit uns in Bad Pyrmont zu verbringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen: Ursula Schubert, Telefon (0211) 681243.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Masuren in Neumünster – Am Sonntag, dem 26. Februar, findet von 11 bis 16 Uhr in der Stadthalle Neumünster am Kleinflecken 1 die Neumünsteraner Ehrenamtsmesse statt. Zum ersten Mal ist die Kreisgemeinschaft Lötzen mit einem eigenen Stand vertreten. Der Kreisvertreter, die Geschäftsführerin und der Kreistagsvorsitzende werden über das Lötzener Heimatmuseum und die dort angebotenen Veranstaltungen informieren, für den Besuch der neuen Ausstellung (ab 17. März) werben und die Angebote und Aktivitäten der Kreisgemeinschaft darstellen. – Da an diesem Tag zusätzlich ein buntes Rahmenprogramm und diverse Mitmachaktionen angeboten werden und freier Eintritt in das Museum Tuch & Technik, wird mit vielen interessierten Besuchern gerechnet. – Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen/Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis Oktober an jedem dritten Sonnabend des Monats „Der besondere Tag" von 10 bis 16 Uhr. Alle Veranstaltungen beginnen um 16.15 Uhr. Eintritt frei. Besuch von Heimatmuseum und Archiv zu anderer Zeit nach Absprache mit Ute Eichler (040) 608 30 03 oder Manfred Kickstein (04326) 14 36. – **Jahresprogramm 2012:** 17. März: Ab 10 Uhr geöffnet. Um 15.15 Uhr Ausstellungseröffnung „Lötzen – die Perle Masurens". Um 16.15 Uhr liest Ute Eichler aus ihrem Buch „Ostpreußen – mir nah" (Angerburger Kulturpreis 2009). – 21. April: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 1 von 4) – Der Elch und die Elchschaufel". Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen vom Wappentier. – 19. Mai: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr Vortrag „400 Jahre Stadt Lötzen – Persönlichkeiten der Stadtgeschichte" (Referent angefragt). – 16. Juni: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 2 von 4): Der Storch." Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen vom „Adebar". – 21. Juli: Der besondere Tag – Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern von 10 bis 16 Uhr. – 18. August: 10 bis 16 Uhr – Dauer- und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 3 von 4) – Der Bernstein". Dieter und Ute Eichler zeigen den Film „Geheimnisse des Bernsteins". – 1./2. September: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster. Programm im Lötzener Heimatbrief Nr. 111/Mai 2012 und in der Tagespresse. Das Heimatmuseum öffnet an beiden Tagen. – 15. September: 10 bis 16 Uhr – Dauerausstellung und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Geliebtes Poesiealbum!" – Angelika Salzwedel, Itzehoe, spricht über die Geschichte der Poesiealben und stellt Beispiele aus ihrer Sammlung vor. – 20. Oktober: 10 bis 16 Uhr – Dauerausstellung und Sonderausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" sind geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 4 von 4) – Das Trakehnerpferd" (Referent angefragt).



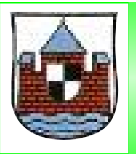
LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Max Niedzwetzki 90 Jahre alt – Am 24. Februar 2012 vollendete Max Niedzwetzki sein 90. Lebensjahr. Max Niedzwetzki war von 1982 bis 2008 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Neuendorf. Am 20. August 1988 erhielt er das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Max Niedzwetzki hat viele Verdienste um sein Heimatdorf erworben. Noch vor der politischen Wende feierte er im Jahre 1989 zusammen mit den jetzigen polnischen Bewohnern das 550-jährige Bestehen von Neuendorf. Er hat selbst Hand angelegt und den Soldatenfriedhof und das Gefallenen-Denkmal seines Heimatortes renoviert.



Von 1987 bis 2003 war Max Niedzwetzki auch Bezirksvertreter des Bezirkes Lyck-Land Am 30. August 1997 wurde er mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Am Tage seines hohen Geburtstages wurde ihm der Ehrenschild des Kreises Lyck überbracht. – **Heinz Seidel verstorben** – Am 10. Februar 2012 verstarb Heinz Seidel im Alter von 96 Jahren. Heinz Seidel war von Beruf Studiendirektor, Sohn des bekannten Stadtkämmerers Georg Seidel, dessen Unterschrift auf den vielen Notgeld-Scheinen der Stadt Lyck abgedruckt war. Heinz Seidel war von 1987 bis zu dessen Auflösung im Jahr 2000 Vorsitzender des Sängerkränzchens der Lycker Prima. Als solcher war er in den Jahren 1988 bis 1993 Beisitzer im Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Lyck. Das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm am 12. August 1989 verliehen. Von 1993 bis 2003 war Heinz Seidel Mitglied des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft. Er bleibt in unseren Reihen unvergessen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Tilsit im Internet - Auf der Homepage www.tilsit-stadt.de finden Sie Neues und Aktuelles aus dem Leben unserer Stadtgemeinschaft und aus unserer Heimatstadt Tilsit. Für die Erlebnisgeneration, aber besonders für nachfolgende Generationen, wollen wir das Leben in Tilsit damals und heute darstellen. Sie finden Erlebnis- und Reiseberichte, Würdigungen von Persönlichkeiten sowie Ausschnitte und Bilder aus Dokumentationen, die von Mitgliedern unserer Stadtgemeinschaft erarbeitet und herausgegeben wurden. Gehen Sie ins Internet, machen Sie Verwandte und Bekannte, besonders Jugendliche auf unsere Homepage aufmerksam und bringen Sie selbst Beiträge oder Bilder ein. Wenden Sie sich dazu an den Webmaster Manfred Urbschat, Bahnhofstraße 82, 03051 Cottbus, Telefon (0355) 535544 oder an die E-Mailadresse info@tilsit-stadt.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.
Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Flucht ohne Eltern

Neunjähriger bleibt mit jüdischem Freund in Papuschienen zurück



Papuschienen hießen zwei ostpreußische Dörfer im Landkreis Tilsit-Ragnit. Im Zuge der Germanisierung der Ortsnamen wurde das eine, nahe der Grenze zum Landkreis Elchniederung gelegene Dorf Papuschienen 1938 in Buschdorf umbenannt. Es ist der Schauplatz des Flüchtlingsdramas „Sonne der Gerechtigkeit" von Ingo Bewer. Der Hauptstrang der Handlung spielt vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs. Im Mittelpunkt des bewegenden Romans um Heimat, Kindheit und Heldenmut steht die Familie Haak, die in Papuschienen / Buschdorf einen Landhandel führt. Die Personen sprechen in der Mundart des nördlichen Ostpreußens, ihre Dialoge scheint der Autor ihnen abgelauscht zu haben. Alles ist in so lebensvollen, frischen Bildern geschildert, dass der Leser nicht umhin kann, sich in den kindlichen Ich-Erzähler hineinzuversetzen. Allerdings gibt sich das Buch mit seinen zahlreichen Fehlern und sonstigen Mängeln deutlich als Erstlingswerk zu erkennen. Wer aber grundsätzlich geneigt ist, die zu Herzen gehende Geschichte zu lesen, wird sich wohl damit abfinden. Man könnte denken, es handele sich bei dem Geschehen wenigstens teilweise um eigene Erlebnisse des Autors. Über ihn finden sich im Buch keine biografischen Angaben, doch war in Erfahrung zu bringen, dass er in Niedersachsen aufwuchs und seine Großeltern aus Papuschienen stammen.

Im Sommer 1942 findet der neunjährige Günther Haak einen kranken und halb verhungerten gleichaltrigen Jungen in einer verlassenen Kate. Wolfgang Jäger, ein evangelisch getaufter Halbjude aus Tilsit, ist völlig verstört und bedroht Günther aus Angst, von ihm verraten zu werden. Zusammen mit seiner Mutter und anderen Gefangenen war er einige Tage zuvor aus einem Viehwaggon entkommen, als der Zug, in dem Juden aus Ostpreußen nach Auschwitz transportiert wurden, nachts an einem Bahnhof hielt. Die Geflohenen wurden entdeckt und verfolgt. Wolfgang, der sich unter dem Waggon festgeklammert hielt, hatte seine Mutter aber nicht unter den abgeführten Personen erkennen können. Tagelang war er allein herumgeirrt. Nach einigem Zögern entschließt sich Günther, Wolfgang zu versorgen. Lediglich den gutmütigen französischen Kriegsgefangenen Jean-Michel, der bei der Familie Haak lebt und arbeitet, zieht er ins Vertrauen.

Weder Günther noch Wolfgang ahnen, dass sie durch ihre Mütter auf schicksalhafte Weise miteinander verbunden sind. Zwar hatte Wolfgang von seiner Mutter die Anweisung erhalten, sich an ihre frühere Freundin in Papuschienen zu wenden, falls sie bei der Flucht getrennt würden. Doch die Jungen halten im falschen Ort nach Mathilde Jäger Ausschau.

Mit der Schilderung der chaotischen Flucht der Familie Haak mit Wolfgang im Winter 1945 endet die in mehreren Rückblenden erzählte Geschichte. Günther verliert seine Angehörigen im dichten Schneetreiben aus den Augen und kehrt als Einziger in sein Elternhaus zurück, wo alles geplündert und zerstört ist. Später schlägt er sich monatelang durch Litauen und Schweden bis nach Bremen durch. Sein Leben lang hat Günther Haak einen immer wiederkehrenden Traum. Der Traum endet mit einem Riss, einer dunklen Wand. 2002 glaubt der 68-jährige, in Verden lebende Witwer durch das alte Kirchenlied „Sonne der Gerechtigkeit" einen Hinweis gefunden zu haben, der zur Aufklärung des Rätsels führen könnte. Er fasst den Entschluss, nach Polen zu reisen und Nachforschungen anzustellen, um Klarheit über seine traumatischen Erlebnisse während der Flucht zu gewinnen. *Dagmar Jestrzemski*

Ingo Bewer: „Sonne der Gerechtigkeit", Buchverlag Andrea Schmitz, Egestorf 2011, broschiert, 354 Seiten, 18,80 Euro

Über Grenzen hinweg

HDO plant wichtige Tagungen zur Medien- und Kulturarbeit

Das Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München befasst sich im Jahr 2012 mit„Nischenthemen", die Beachtung verdienen. Zwei internationale Fachtagungen wurden bereits terminiert. Vom 19. bis zum 23. März geht es am Starnberger See um „Minderheiten in Europa". Die Veranstalter werden mit namhaften Referenten historische und aktuelle Fragen zur Volksgruppen- und Minderheitenpolitik in Europa untersuchen. Der Lehrgang zur fächerübergreifenden politischen Bildung beschäftigt sich mit dem aktuellen Gesamtkomplex der nationalen, ethnischen und religiösen Minderheiten in Europa. Ein Siebtel der Bevölkerung der Europäischen Union gehört eigenständigen Minderheiten an. Das sind etwa 70 Millionen Menschen. In Europa gibt es nach Schätzung des Europarates insgesamt rund 200 verschiedene nationale Minderheiten. Dies bedeutet nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern ein erhebliches Konfliktpotential. In einer langen Menschen- und Völkerrechtsdiskussion sind daher Standards und Rechtsnormen zum Minderheitenschutz entwickelt worden, die ein selbstbestimmtes Leben gemäß der eigenen Identität ermöglichen und Konflikte ausräumen sollen.

Im Einzelnen sollen folgende Fragen untersucht werden: Selbst- und Fremdbilder: Was ist eine Minderheit?; Minderheit und Nationalstaat: Konfliktpotentiale in Geschichte und Gegenwart; Selbstbestimmtes Leben: Minderheitenschutz im nationalen, europäischen und internationalen Recht; Unbekannte Lebenswelten: Minderheiten in Deutschland und Deutsche als Minderheit im europäischen Ausland; Europäisches Mosaik – Lebensweise, Selbstverständnis, rechtlicher Status von Minderheiten in Europa an ausgewählten Beispielen; Ausgegrenzt und Missverstanden? – Sonderfall Sinti und Roma in Europa.

Namhafte Referenten aus In- und Ausland in Starnberg erwartet

Als Referenten treten neben Staatssekretär Dr. Christoph Bergner aus dem Bundesministerium des Innern, der Generalsekretär der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) Jan Diederichsen sowie der Präsident des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch auf. Bei der Podiumsdiskussion wird auch der Historiker Matthias Lempart mit Wohnsitz in Oberschlesien und Bayern erwartet . Die Vertreter der Minderheiten aus Deutschland (Sorben, Dänen, Friesen) werden über ihre aktuelle Lage berichten. Über diese Themen wird auch der externe Leiter des HDO-Forschungsprojektes zu den deutschen Minderheiten im Osten Europas, Dr. Meinolf Arens, exemplarisch für Ungarn und die Slowakei berichten. Den Abschluss der Tagung bildet ein „heißes" Balkanthema, zu welchem sich der exzellente Kenner und Journalist Erich Rathfelder aus Berlin äußern wird: „Separation als Lösung? – Minderheiten, Nationalismus und Konflikte auf dem Balkan".

Auch der Termin für die 4. HDO-Studienwoche in der Bildungsstätte Heiligenhof ist bereits festgelegt und Anmeldungen sind dort möglich. Vom 4. bis 9. November 2012 wird das Haus des Deutschen Ostens zum Thema „Deutsche Kultur im Osten Europas: Grenzüberschreitende Kulturarbeit im Dienste der Völkerverständigung" einladen. Als Referenten werden die Inhaber der Stiftungslehrstühle der Bundesrepublik Deutschland in Olmütz, Pecs/Fünfkirchen und Klausenburg mitwirken. Im Jubiläumsjahr des Heiligenhofes ein wahrlich „schönes" Studienthema.

Ortfried Kotzian

Akademie für Politische Bildung Tutzing, Tagungssekretariat Ina Rauß, Buchensee 1, 82327 Tutzing oder per Email i.raus@apb-tutzing.de an. Rückfragen unter Telefon (08158) 256-53.

Ein Bett im Schutt

Fremder lebte in Ruinen des Elternhauses

Langsam gehe ich durch das Haus. Ich bin sechs Jahre alt. Vor einigen Wochen sind Bomben gefallen. „Sie waren für die Kirche bestimmt, haben aber unser Haus getroffen“, sagte mein Vater später. Ein Glück, dass wir nebenan im Priesterseminar saßen, als die Hölle losging. Meine Eltern haben ihr Haus abgesucht, fanden aber nichts Brauchbares mehr. Alles verbrannt! Immer noch sehe ich meine Mutter weinend in den Trümmern hocken. Ihr ganzes Leben sei nun ein einziger Aschenhaufen, schluchzt sie. Vater tröstet sie: „Aber wir leben, die Kirche ist fast unversehrt und meine Orgel auch.“ Er ist Kirchenmusiker. Meine Eltern haben mich davor gewarnt, die Ruine wegen der Einsturzgefahr zu betreten, trotzdem bin ich hier und mein Herz klopft. Ich vermisse meine Puppe. Vielleicht liegt sie ja irgendwo unter dem Geröll. Lisa war das einzige Spielzeug, das ich besaß.

Vorsichtig gehe ich durch die Räume, vielmehr durch das, was noch stehen geblieben ist. Dieser penetrante Geruch nach Verbranntem! Der Flur ist nicht mehr da, ich gelange sofort in die Küche. Von dem Herd, Mutters ganzer Stolz, gibt es nur noch zusammengeschmolzenes Blech. Verkohlte Balken ragen wie dunkle Zeigefinger aus dem Schutt. Wenn ich aufschaue, ist der Himmel über mir. Meine Blicke durchsuchen jeden Winkel. Das Kinderzimmer erkenne ich an dem noch nicht ganz verkohlten Nachtschränkchen. In der oberen Schublade lag das silberne Kreuz, das mir Vater zum Geburtstag schenkte. Der Verlust des Schmuckes tut weh, aber meine Puppe ist mir wichtiger. Was ragt denn da vorne so merkwürdig gegrätscht aus dem Geröll? Das sind doch Beine. – Lisa! Behutsam ziehe ich meine Puppe heraus. Sie hat keine Arme und keine Kleider mehr und ihr Kopf ist zweimal eingedellt, sie sieht furchtbar aus, aber ich bin glücklich, dass ich sie wiederhabe. Ob man sie heil machen kann? Ein Windstoß bringt die schief in den Angeln hängende Haustür zum Schwingen. Sie ächzt und stöhnt bei jeder Bewegung wie in einem alten Gruselfilm. Ich drücke Lisa an mich und stolpere über den Schutt nach draußen und stoße mit einem Mann zusammen, dessen bunte Strickmütze viele Löcher aufweist; seine grauen Haare sprießen wie staubige Grashalme durch einen Maschendraht. „Pass doch auf!“ schimpft der Mann. „Was willst du hier? Du hast hier nichts zu suchen!“ Die Empörung lässt meine Stimme krächzen: „Das ist mein Haus! Ich habe vor kurzem noch hier gewohnt mit meinen Eltern!“

Trotz Verbots ging Sechsjährige ins Haus

„Tja, euer Pech.“ Er zeigt kurz auf die Trümmer. „Das da ist gerade richtig für mich.“ Ich weiche vor ihm zurück. Sein Geruch dringt streng in meine Nase. Jetzt weiß ich auch, warum Decken in einer Ecke des Schlafzimmers liegen. Ich denke, dass der Mann sicher froh ist, einen halbwegs trockenen Platz gefunden zu haben. „Haben Sie Hunger?“ höre ich mich fragen, denn im Bauch des Mannes kollert es. Er nickt, sagt aber gleichzeitig unwirsch: „Na und?“ Er lässt mich stehen und verschwindet schnell in der Ruine..

Eine Stunde später stehe ich wieder vor unserem „Haus“, schleiche in die Küche zu dem wackeligen Tisch und lege mein Päckchen auf die sauber abgewischte Platte. Das „Oberlände“, ganz frisch noch und knusprig und duftend, wird sicher ein paar Tage reichen. Es stammt aus Mutters Einkaufskorb. Aus dem früheren Schlafzimmer dringt misstönend das Schnarchen des Mannes. „Sie können bleiben“, sage ich leise.

Gabriele Lins

»CoCo«-Treffen in der Heimat

Die Familien Kwaß und Kuck organisierten eine große Zusammenkunft in Diwitten



Ein Generationen übergreifendes Treffen: Zum 80. Geburtstag von Margarete Kwaß traf sich die Großfamilie Bild: privat

Mein Haus, mein Auto, mein Job“: Familientreffen sind meistens eine spannende Sache, denn hier treffen sich viele Junge und Alte nicht selten erst nach vielen Jahren wieder, tauschen sich aus, erzählen was aus ihnen geworden ist, lernen sich neu kennen oder lassen die Erinnerungen aus der Kinderzeit wieder aufleben und verbringen eine schöne Zeit miteinander.

Die Vorbereitung für das Treffen der Verwandtschaft von Margarete Kwaß begann bereits ein Jahr vorher. Bis die Einladung kam, war es noch lange hin. Es wurden E-Mails und Briefe geschrieben, es wurde viel telefoniert, wer kann dabei sein, wer wird kommen? Und dann plötzlich war der Termin da. Die Angereisten freuten sich, als sie am 1. Oktober 2011, einem Sonnabend, um 15 Uhr in der Kirche in Alt Wartenburg zusammentrafen. Es flossen Tränen.

Auf den ersten Blick hätte man meinen können, es fände ein Klassentreffen statt. Aber diese 80 Personen verband nicht die gemeinsame Schulzeit, sondern verwandtschaftliche Beziehungen. Es waren Cousinen, Cousins, Nichten und Neffen väterlicherund mütterlicherseits der Familien Kuck und Kwaß. Die Eltern von Margarete, Aloysius Kuck (1882–1975) aus Tollack und Martha (1890–1964) geborene Gollan aus Darethen hatten insgesamt zehn Kinder (Aloysius, Agnes, Agathe, Leo, Georg, Adelheid, Hedwig, Bruno, Margarete und Therese), alle in Diwitten geboren. Margarete kam 1931 zur Welt. 1952 heiratete sie den Mann ihrer plötzlich verstorbenen Schwester Agnes, Erich Kwahs (1915–1967), dessen Vater Hieronymus (1874–1964) aus Diwitten und Mutter Mathilde Klein (1879–1949) aus Wengajten stammten.

Kein Klassentreffen: 80 Personen sind miteinander verwandt

Margarete zog die beiden Kinder ihrer Schwester, Monika und Josef groß und bekam weitere vier Kinder: Alexander, Franz, Ursel und Elisabeth. Nach dem tragischen und unerwarteten Tod ihres Mannes im Jahre 1967 kümmerte sie sich alleine um die Familie.

Seit 1981 lebt sie in Gütersloh, wo auch die Familie ihrer ältesten Tochter Monika zu Hause ist. Einige Wochen im Jahr verbringt sie stets bei den Kindern in Diwitten und Jonkendorf.

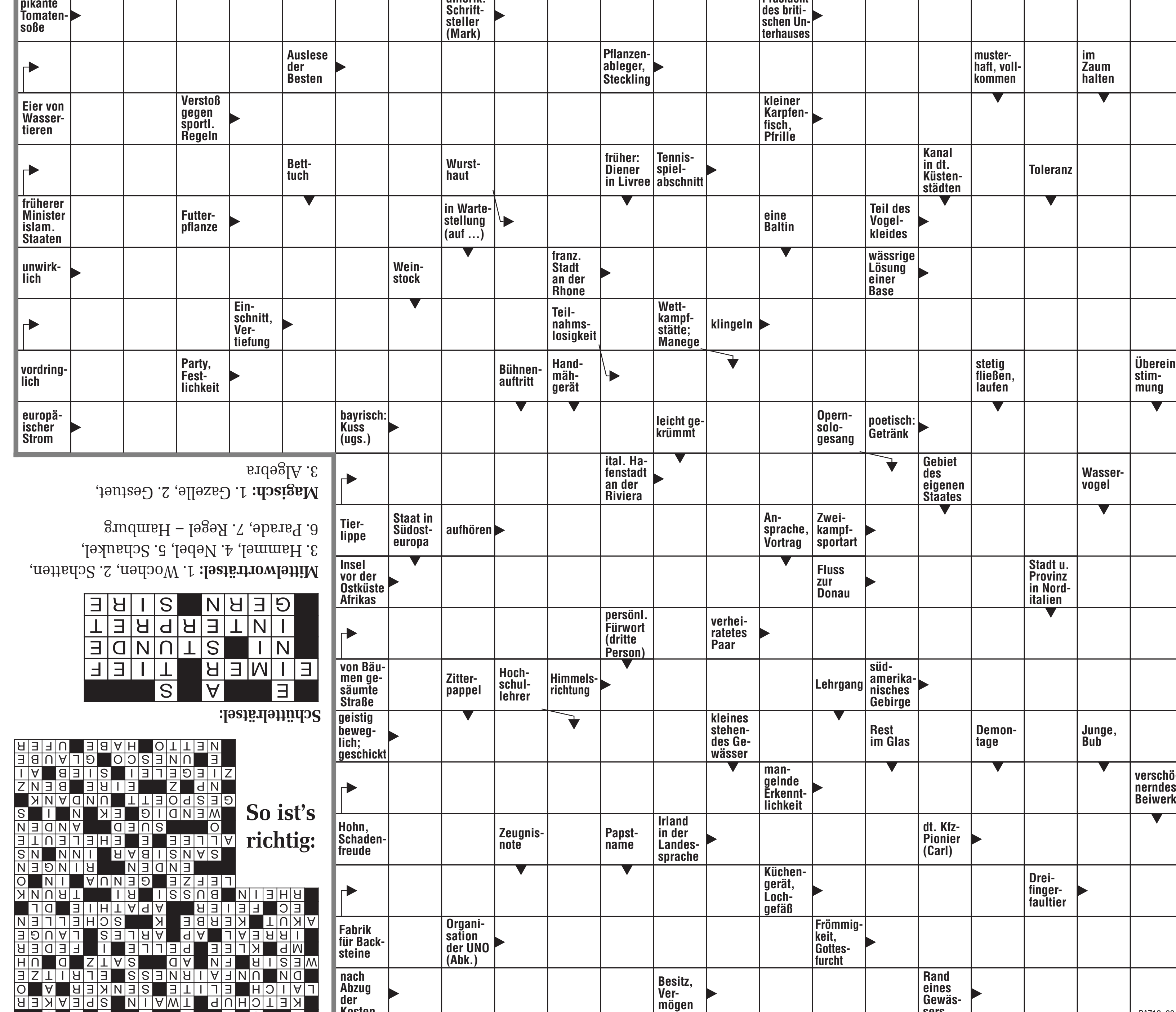
Zur Familie gehören mittlerweile 19 Enkel und 26 Urenkel. Die älteste Enkeltochter ist 48, der jüngste Enkelsohn grade mal einige Monate alt und Ende Februar 2012 wird der nächste Zuwachs erwartet.

Im Gasthof „Janczary“ in Alt Wartenburg durfte sich die Großfamilie erneut kennenlernen. Tischdekoration, Essen, Getränke, Musik und Unterhaltung – alles war vom Feinsten. Selbst der Wettergott bescherte den Anwesenden ein wunderschönes Sommerwetter. Das Familientreffen verlief zweisprachig, denn fast die Hälfte der Gäste waren aus Deutschland angereist. Durch das Programm führten die Tochter der Jubilarin, Ursula Thamm (geb. Kwas) aus Diwitten und die Enkelin, Marianne Bartnik (geb. von Oppenkowski) aus Gütersloh. Innerhalb der drei Super-Tage konnten viele Verwandtschaftsverhältnisse geklärt, gefestigt und für ewige Zeiten festgehalten werden. Zur besseren Orientierung und Übersicht über die Verwandtschaftsverhältnisse der einzelnen Personen halfen eine durch intensive Recherchen erstellte Ahnentafel der gesamten Familie sowie ein Stammbaum.

Party bei schönstem Herbstwetter in Alt Wartenburg

Mit Folkloremusik und einer gemeinsamen Kutschenfahrt ging das gemütliche „Co-Co-Treffen“ und das rauschende Geburtstagsfest der Super-Oma nur zu schnell zu Ende.

Marianne Bartnik



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

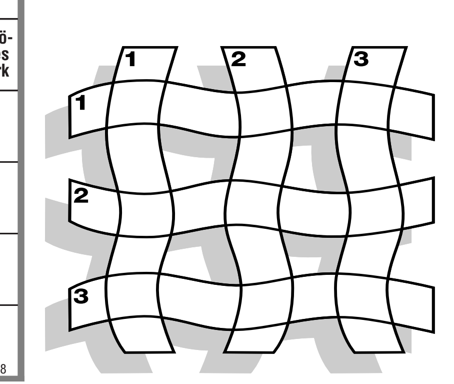
EGIIN		EIMN	AENRS		PSSTU		IINR	DEER	EEFT
					EFIT				
EEIMR			DENS TU						
EEINP RRTT									
EGNR					EIRS				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine norddeutsche Großstadt.

1	FLITTER		ENDE
2	WIND		MORELLE
3	STREIT		SPRUNG
4	BODEN		KRAEHE
5	LUFT		PFERD
6	HIT		MARSCH
7	MASS		VERSTOSS

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Springantilope
2 Pferdezuchtanstalt
3 Buchstabenrechnen

Hafenimpressionen

Am Pregel herrschte noch in der Vorkriegszeit ein reges Treiben



Blick auf den Pregel und den Dom: Die Altstadt von Königsberg Bild: Jansen/Archiv Fuchs

Die alte Spieluhr

Großmutter hütete das Erbstück sorgfältig

Immer, wenn ich als kleines Mädchen meine Großeltern besuchte, sah ich sie. Die Spieluhr meiner Großmutter. Auf der Anrichte aus dunklem Holz, ganz in der Nähe des Fensters stand ein kleines unscheinbares Holzkästchen. Ich konnte es kaum erwarten, bis Großmutter am späten Nachmittag das Kästchen von der Anrichte nahm und es vor mir auf den Tisch stellte. Mit großen Augen blickte ich auf den Kasten, der mit seinem gewölbten Deckel an eine Schatztruhe erinnerte. Und jedes Mal, wenn ich andächtig diesen Deckel öffnete, erklang leise die Melodie. „Der Mond ist aufgegangen.“ Wie gebannt schaute ich auf die zierliche, weiße Figur, die vor einem Spiegel stand und sich zum Takt der Musik drehte. Eine kleine Ballerina, die ganz für mich alleine tanzte. Ihr zartes elfengleiches Wesen und ihre geschmeidigen Bewegungen faszinierten mich auf eine besondere Weise. Der duftige Rock bauschte sich um ihre schlanken Beine, und auf ihrem Gesicht lag ein bezauberndes Lächeln.

Für mich war diese Spieluhr eine Welt voller Geheimnisse. Immer wieder fragte ich mich, warum die kleine Ballerina nie müde wurde, warum ihre zarten Füße nie schmerzten und warum die Rose in ihrer Hand nie verblühte.

Großmutter erzählte mir, dass sie die Spieluhr vor Jahren von ihrer Patentante bekommen habe. Wie einen kostbaren Schatz hat sie das kleine Kästchen gehütet. Den Krieg und die Flucht aus Ostpreußen hatte die Spieluhr unbeschadet überstanden.

Noch heute dreht die Tänzerin Pirouetten

Großmutter sagte, dass schon meine Mutter der Melodie gelauscht habe. Mit den Jahren verblasste die Farbe auf dem Holz und es war ein leichtes Krächzen zu hören, wenn Großmutter am Schlüssel der Spieluhr drehte. Auch die Ballerina kam in die Jahre, und die Pirouetten wurden zusehends langsamer. Aber ihren unnachahmlichen Charme hatte sie nie verloren. Heute steht die Spieluhr in meiner Stube auf dem Kamin. Meine Mutter schenkte sie mir, als Großmutter starb. Noch immer lausche ich in einer ruhigen Minute der zarten Melodie. Und mir ist so – als höre ich das Lied vom aufgehenden Mond zum ersten Mal. Mit der gleichen Faszination schaue ich immer wieder der kleinen Tänzerin zu, wenn sie anmutig ihre Pirouetten dreht.

Helga Licher

»Maria – Königin des Ostens«

Rudolf Grulich würdigt in seinem neuen Buch das Werk der Kirche in Not/Ostpriesterhilfe – Vorstellung aller Wallfahrtsorte



„Typisch Grulich!“ Dieses Lob gilt für das neue Buch, das beim deutschen Büro des Werkes Kirche in Not / Ostpriesterhilfe erschien und den marianischen Wallfahrtsorten im Osten gewidmet ist.

Unter dem Titel „Maria – Königin des Ostens“ stellt Rudolf Grulich Wallfahrten zu den marianischen Pilgerorten Osteuropas vor. In einem sehr persönlichen Vorwort berichtet der Autor, wie er seit seiner Vertreibung als Kind aus Mähren über die Vertriebenenwallfahrten der Nachkriegszeit, über sein Studium in Königstein und seine Mitarbeit im Hilfswerk „Kirche in Not / Ostpriesterhilfe“ des Speckpaters Werenfried van Straaten mit der marianischen Frömmigkeit des Ostens vertraut wurde.

Grulich spannt den Bogen von der in der Königsteiner Kollegskirche verehrten Mutter der Vertriebenen und den wenig bekannten Wallfahrtsorten der neuen Bundesländer über die verlorenen Gnadenstätten des deutschen Ostens und bedeutenden Pilgerzielen Böhmens und Mährens bis zum Tor der Morgenröte in Wilna und zur Madonna von Stalingrad. Er behandelt nicht nur römisch-katholische Wallfahrtsorte sondern auch unierte und orthodoxe und zeigt dabei auch die ökumenische Bedeutung auf, wenn in Letnica auf dem Kososvo Katholiken, Orthodoxe und Muslime beziehungsweise Albaner, Kroaten, Serben und Roma dorthin pilgern. Grulich schreibt aus Erfahrung, denn er hat diese Wallfahrtsorte nicht nur selber besucht, sondern seit der Wende jedes Jahr Pilgergruppen und Studienreisen in diese Länder geführt. Das Buch ist eine Entdeckungsreise, denn wer weiß heute schon, dass als Muttergottes von Belgrad das Mariahilf-Bild von Lukas Cranach verehrt wird. Grulich würdigt die Verdienste des polnischen Papstes, der viele dieser Wallfahrtsorte auf seinen Pastoralreisen in Polen, Tschechien und der Slowakei, in Lettland, Litauen, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bulgarien und in der Ukraine besuchte. Das Buch ist auch eine Hommage an den verstorbenen und heute schon legendären „Speckpater“ Werenfried van Straaten, der schon lange vor der Wende in seinem „Echo der Liebe“, bei Predigten und in Gebetsstunden auf diese Wallfahrtsorte als geistige Zentren der Kirche und ihres Widerstandes gegen den Kommunismus aufmerksam machte und nach der Wende auch die orthodoxen Kirchen in seine Hilfsprogramme aufnahm.

Grulich hat oft Kritik geübt, dass katholische Reisebüros lieber Kreuzfahrten auf den Weltmeeren machen als Pilgerfahrten im Osten. Mit dieser Veröffentlichung gibt er eine Handreichung, die es ermöglicht, auf den Spuren des großen Europäers Johannes Paul II. zu pilgern, ohne den Europa heute nicht geeint wäre. Die kompakt gestalteten 164 Seiten – mit Bildern – sind ein bemerkenswertes Zusammenspiel des Autors und seiner Tätigkeit als Berater des heute weltweit tätigen Hilfswerkes „Kirche in Not“, für das Grulich auch einige Jahre in Königstein die Informationsabteilung leitete. Ein anderer Verlag hätte aus dem gebotenen Material einen teuren und aufwändigen Bildband gemacht. Grulich und Volker Niggewöhner von „Kirche in Not“ als zuständig für die Redaktion haben eine Publikation geschaffen, die beim Preis von fünf Euro zuzüglich Versandkosten dem Geist des Werkes und dem Erbe des Speckpaters entspricht. Pater Werenfried hätte sicher seine Freude daran.

Matthias Dierßen

Bezugsadresse: Kirche in Not, Lorenzonistraße 62, 81545 München. E-Mail: info@kirche-in-not.de.

Wo der Gerstensaft in Strömen fließt

Rangeleien um die älteste Kneipe der Welt – Schenken schon im Alten Ägypten bekannt

Seit 2010 scheint es festzustehen: Die älteste noch betriebene Kneipe der Welt schenkt ihr Bier im deutschen Landkreis Regensburg aus. So jedenfalls behauptet es das Guinnessbuch der Rekorde von der „Gaststätte Röhrl“ im Flecken Eilsbrunn bei Regensburg. Seit 345 Jahren werden dort ohne Unterbrechung Gäste bewirtet. Doch ihr seit 1658 nachgewiesenes Bestehen bleibt für den Titel weiter umstritten, denn das Prädikat ist so werbewirksam, dass sich weltweit viele Wirte darum reißen.

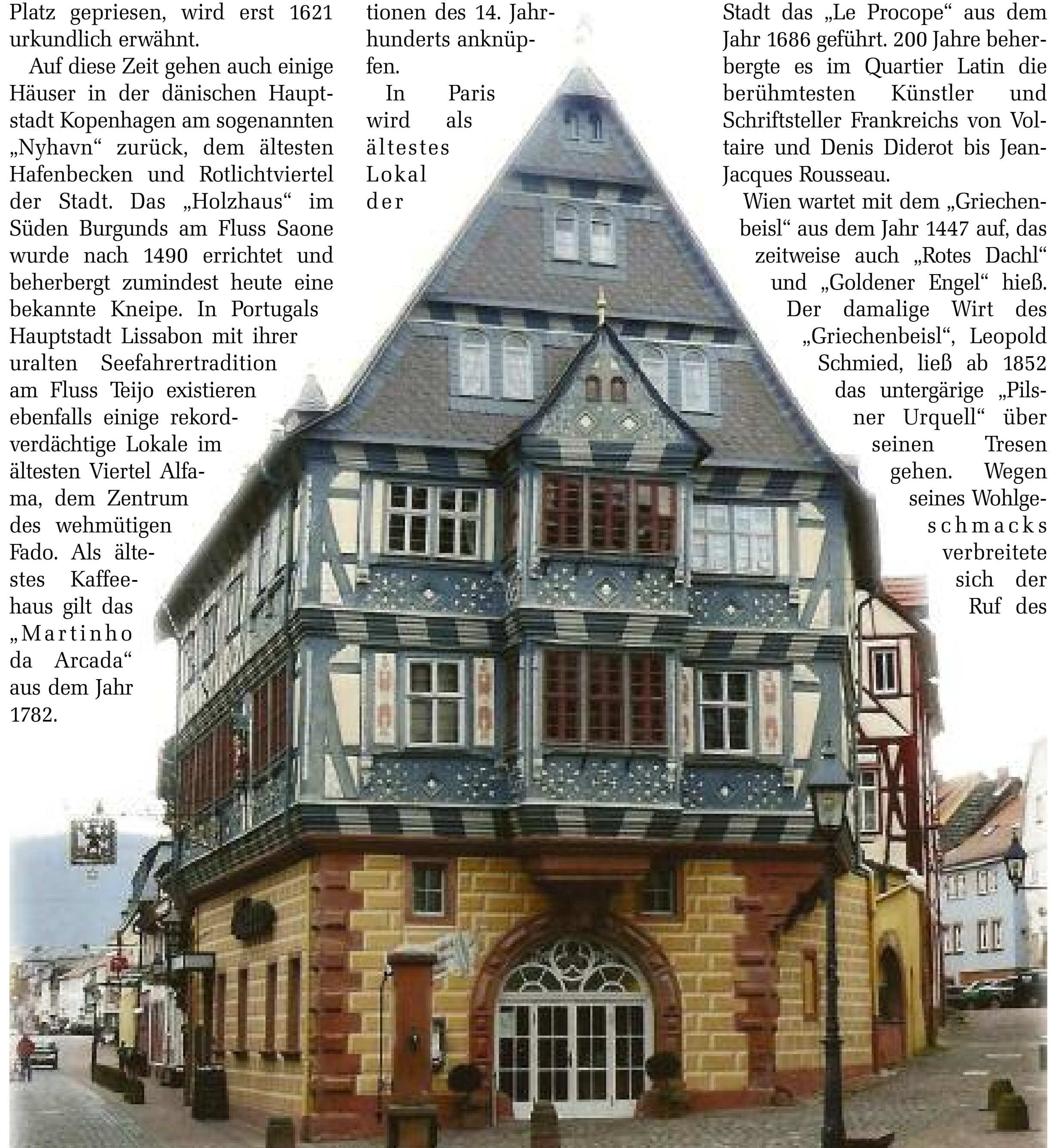
So beanspruchen auch einige andere deutsche Beizen diesen Ruhm für sich: Das bayerische Lokal „Zum Riesen“ im unterfränkischen Miltenberg führt sich auf das 12. Jahrhundert zurück, im Jahr 1158 soll es zum ersten Mal urkundlich erwähnt worden sein. Traurige Berühmtheit bekam es zur Zeit der mittelalterlichen Hexenjagd: Die Wirte Lorenz Beck und Benedikt Stumpf samt Frau landeten 1627 und 1629 als Hexer auf dem Scheiterhaufen.

Das Lokal „Zum roten Bären“ im badischen Freiburg soll 1311 eröffnet worden sein und feierte 2011 seinen 700. Geburtstag. 50 Bärenwirte lassen sich urkundlich zurückverfolgen. Aber nicht unweit davon macht ihm die im Schwarzwald beheimatete Herberge „Zum Löwen“ in Seelbach / Ortenaukreis den Ruf streitig. Nach bisherigem Forschungsstand wurde das Haus bereits 1231 erwähnt.

Ein weiterer Aspirant auf den Thron ist die Taverne „Steinherr“ an der Römerstraße in Olching bei Fürstenfeldbruck. Sie moniert eine 600-jährige Existenz und führt sich auf die Lizenz des Klosters Ettal zurück, einen Brückenzoll am Flüsschen Amper erheben zu dürfen. Die Fuhrknechte, die Salz nach München karrten, bekamen alle Male an dieser oft überfluteten Furt mächtig Durst.

Voller Neid müssen da die Berliner nach Süddeutschland blicken. Denn das älteste Lokal der Hauptstadt, „Zur letzten Instanz“ in Berlin-Mitte, schon zu DDR-Zeiten als älteste und urigste Bierkneipe am Platz gepriesen, wird erst 1621 urkundlich erwähnt.

Auf diese Zeit gehen auch einige Häuser in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen am sogenannten „Nyhavn“ zurück, dem ältesten Hafenbecken und Rotlichtviertel der Stadt. Das „Holzhaus“ im Süden Burgunds am Fluss Saone wurde nach 1490 errichtet und beherbergt zumindest heute eine bekannte Kneipe. In Portugals Hauptstadt Lissabon mit ihrer uralten Seefahrertradition am Fluss Teijo existieren ebenfalls einige rekordverdächtige Lokale im ältesten Viertel Alfama, dem Zentrum des wehmütigen Fado. Als ältestes Kaffeehaus gilt das „Martinho da Arcada“ aus dem Jahr 1782.



Gasthaus „Zum Riesen“ im unterfränkischen Miltenberg: Uralt in jedem Fall Bild: Gasthof Zum Riesen

Die Tschechen glänzen mit der Klosterbrauerei „Strahov“. Immerhin wurde der Sitz der bierbrauenden heiligen Männer bereits 1142 von König Vladislav II. gegründet. Im Zentrum der Hauptstadt Prag in der Nähe des berühmten Wenzelsplatzes hatte sich der Mälzer Vanek Zpevak 1434 niedergelassen. Das heutige Bauwerk an dieser Stelle mit der international bekannten Brauereigaststätte, der „Klosterbrauerei Strahov, Prag 1“, stammt allerdings erst aus dem Jahr 1902, will aber an die Traditionen des 14. Jahrhunderts anknüpfen.

In Paris wird als ältestes Lokal der Stadt das „Le Procope“ aus dem Jahr 1686 geführt. 200 Jahre beherbergte es im Quartier Latin die berühmtesten Künstler und Schriftsteller Frankreichs von Voltaire und Denis Diderot bis Jean-Jacques Rousseau.

Wien wartet mit dem „Griechenbeisl“ aus dem Jahr 1447 auf, das zeitweise auch „Rotes Dachl“ und „Goldener Engel“ hieß. Der damalige Wirt des „Griechenbeisl“, Leopold Schmied, ließ ab 1852 das untergärige „Pilsner Urquell“ über seinen Tresen gehen. Wegen seines Wohlgeschmacks verbreitete sich der Ruf des Importbieres in Windeseile über Grenzen und Länder hinaus.



Eintrag im Guinessbuch: „Gaststätte Röhrl“ Bild: pa

Der älteste Pub des nordirischen Belfast ist „Kelly's Cellars“ aus dem Jahr 1720. Die Whisky-Destillerie Old Bushmills, die immer auch mit einem Ausschank verbunden war und als älteste, urkundlich verbriefte Produktionsstätte des goldgelben Geistes gilt, geht auf das 13. Jahrhundert zurück. 1608 erhielt der Platz weltweit die erste Lizenz zum Brennen von Whiskey. In der irischen Hauptstadt Dublin wirbt das „Brazen Head“ damit, der älteste Pub der Grünen Insel zu sein. Er soll seit 800 Jahren bestehen.

In London wiederum kann „The George Inn“ bis ins Jahr 1542 zurückverfolgt werden. Auch das „Ye Olde Chesire Cheese“, dessen Keller aus dem 13. Jahrhundert den großen Brand von 1667 überlebte, erhebt den Anspruch, eines der ältesten Häuser am Platz zu sein. Das „Spaniards Inn“ geht auf das Jahr 1585 zurück. „The Drovers Inn“ in Schottland lockt seit dem Jahr 1705 mit angeblichen Geistererscheinungen die Biertrinker der Insel an.

Und bei der Altersdefinierung beginnt bereits die Krux. Oft wurden alte Gebäude durch Neubauten ersetzt, waren alte Gasthöfe wegen Renovierung oder Besitzerwechsel geschlossen. Der Streit um den Titel ist also zugleich ein Feilschen um Kriterien. Eines davon ist der Betrieb von der urkundlichen Erwähnung ohne Unterbrechung bis heute.

Rein geschichtlich betrachtet fußt das Gaststättengewerbe auf einer fast 5000 Jahre alten Tradition. Denn die verbriefte Geburtsstunde der Wirtshäuser schlug im Zweistromland und im Alten Ägypten.

Bereits 2100 v. Chr. – so das Gilgamesch-Epos – lud die Schankwirtin Siduri zu Speis' und Trank. Der babylonische König Hammurapi erließ sogar schon 1700 v. Chr. ein drakonisches Gesetz zum Schutz der Zecher gegen betrügerische Gastronomen. Ausgrabungen im persischen Susa förderten Schankräume, ins Erdreich eingelassene Biergefäße und sogar eine Gästetoilette aus dieser Zeit ans Tageslicht. Aus dem Alten Ägypten sind die Kantinen der Pyramidenbauer vor mehr als 4000 Jahren bekannt. Bei Ausgrabungen auf den schottischen Orkneyinseln wurde ein 5000 Jahre alter Pub samt Braustätte gefunden. Die Insel bietet nun Bier nach einem ebenso alten Rezept an. Es soll ihm ein Hauch von Tier-Dung entströmen.

In der Neuen Welt gelten andere Maßstäbe. Da ist das Jahr 1856 schon legendär, als die frühen Siedler in Montevideo ins „Almacén del Hacha“ strömten.

Joachim Feyerabend

IN KÜRZE

Asien: Leichen rationell entsorgt

Die begrenzten Landreserven der chinesischen Hafen-Metropole Shanghai, des Hafens Qingdao und der Stadt Xiamen zwingen die chinesischen Lokalpolitiker dazu, Seebegräbnisse zu forcieren. Während die Bestattung auf See von Qingdao und Xiamen kostenlos angeboten wird, verlangen die Behörden von Shanghai umgerechnet etwa 18 Euro. Vor allem ältere Leute ohne Anhang können sich bereits vorab anmelden. Auch Kinder, denen die normalen Begräbniskosten von 240 Euro zu hoch sind, sollen den neuen Service nutzen. In vielen bevölkerungsreichen Nationen Asiens könnte dies zum Modellfall werden, etwa für die philippinische Hauptstadt Manila, die ebenfalls kaum mehr über Landreserven verfügt. Der Grund ist auch die von der spanischen Kolonialmacht übernommene Gewohnheit, für die Verstorbenen je nach Finanzlage Häuschen oder halbe Paläste zu errichten, die den Platz von vielen Gräbern belegen. *J.F.*

Gebete aus dem Automaten

Wer mit dem Beten aus dem eigenen persönlichen Vollzug vertraut ist, weiß, dass es anstrengend sein kann und beharrliches Überwinden kostet. Wie praktisch da doch die Erfindung des Regisseurs Oliver Sturm: In seinem „Gebetomaten“ wird auf Knopfdruck gebetet. Der umgebaute Passbildautomat nimmt dafür 50 Cent pro fünf Minuten Andacht. Über einen Berührbildschirm kann man aus 300 Gebeten in 65 Sprachen auswählen, je nach religiöser Präferenz. Aus zwei Lautsprechern im Innern erklingen Anbetungstexte aus Christentum (darunter das Vaterunser auf Plattdeutsch), Judentum, von Mohammedanern und Buddhisten, aber auch Geistergesänge von den Salomonen sowie Glaubenstexte der Psychosekte Scientology. Alles gleichberechtigt nebeneinander. *CR*

»Extrem nah dran« am politisch Inkorrekten

Die deutsche A-cappella-Band »Maybebop« überzeugt mit frischer Ausstrahlung und humorvoll-hintergründigen Texten

Montag, 19.30 Uhr, vom Feierabendverkehr angenervt erreicht er die Hamburger Laeiszhalle. Immerhin hat er gleich einen Parkplatz gefunden, doch nun muss er auf Drängen seiner Freundin eine A-Cappella-Band ertragen. Vier Männer, Jahrgang 1973, 1974, 1979 und 1980, singen ohne Musikinstrumente und dann auch noch überwiegend auf Deutsch. Als ob man nicht schon einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich hätte und nun auch noch so was.

Montag, 22.23 Uhr, angenervt blickt er auf seine Freundin, die schon aus dem historischen, fast ausverkauften Konzertsaal Richtung Garderobe drängt. Wieso will sie denn schon weg, die vier Sänger von Maybebop geben doch gerade noch eine Zugabe. Im Takt klatschend teilt der 36-Jährige seine Begeisterung mit etwa 2000 Zuhörern. Und auch Oliver Gies, Sebastian Schröder, Jan Bürger und Lukas Teske machen einen sehr zufriedenen Eindruck, denn was kann man sich als Künstler mehr wünschen, als ein begeistertes Publikum?

Durch Qualität ihren Platz erkämpft

Seit gut zehn Jahren sind die Vier nun schon im Geschäft und sind insoweit erfolgreich, als dass die Zahl ihrer Anhänger ständig wächst und sie mit der Musik ihre Familien, zu denen inzwischen auch sieben Kinder zählen, ernähren können. Zwar sind sie keine „Stars“, wie die heutige Mediengesellschaft sie feiert, aber sie haben ihre Leidenschaft zum Beruf gemacht. Und während so viele der in der Retorte gezeugten TV-„Stars“ der letzten zehn Jahre bereits auf keiner Bühne mehr stehen, schaffen es Maybebop sogar, die Hamburger Musikhalle zu füllen.

Ansonsten sind sie sich aber für nichts zu schade und tingeln auch durch die Provinz. Im März stehen Idstein, Angelbachtal und Jockgrim auf dem Tourneeplan, aber auch Bayreuth und Erlangen. Das geht so das ganze Jahr über, nur im Hochsommer ist mal vier Wochen Pause. Zwei der Sänger leben in Hannover, einer in Berlin und einer in Hamburg, das heißt also, gute Organisation ist gefragt, doch das interessiert die Zuschauer wenig. Es sind vielmehr die intelligenten, humorigen Texte des Baritons Oliver Gies. Der kleine, dürre, etwas ulkig aussehende studierte Mathe- und Musiklehrer, der auch Kompositionslehre studiert hat, macht aus aktuellen Trends, aber auch aus ganz alltäglichen menschlichen Bedürfnissen und Sehnsüchten Lieder, die mitreißen. Seine drei Kollegen liefern vor allem die fehlenden Stimmen. Der Countertenor Jan Bürger hat bereits im Göttinger Knabenchor erste Gesangserfahrungen gesammelt, der Tenor Lukas Teske hat Popmusik studiert und der Bass Sebastian Schröder ist eigentlich studierter Kommunikationswirt. Zusammen können sie ein ganzes Musikorchester nachbilden und dazwischen noch singen.

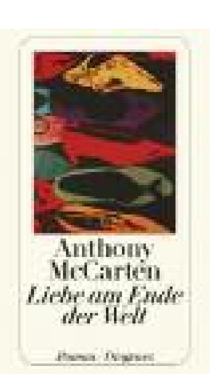


Maybebop in Aktion: Sebastian Schröder, Jan Malte Bürger, Lukas Teske, Oliver Gies (v. l.) extrem gut drauf Bild: Wikipedia/Jens Pielawa

Da Maybebop Comedy mit A-Cappella-Gesang verknüpft, der zudem unzählige Musikrichtungen abbildet, ist das Publikum der Gruppe äußerst vielfältig. Zwischen eher albernen, aber musikalisch mitreißenden Songs wie „Ich bin beim Umweltschützen sehr gewissenhaft / Sodass mich schon beim Frühstück jeder Bissen schafft / Denn ich erzeuge Käserinde und Apfelschalen / Und feine Krümel vom Kaffeemahlen / Wie entsorg' ich diese Überreste / Mit ökologisch weißer Weste?“ und „Es geht um Kuscheln, Sex und Händchenhalten / Um Schmusen und um Stöhn'n / Um Streiten über Kleinigkeiten / Und sich dann wieder versöhn'n“ kommt unerwartet Sebastian Bachs „Air“ und Goethes „Es war ein König in Thule“. Auch Volkslieder haben Maybebop bei ihrer jetzigen Tour „Extrem nah dran“ im musikalischen Gepäck.

Und da ein Unternehmensberater den Sängern geraten habe, die Kreativität „outzusourcen“, spielen sie satirisch auf ein seit gut zehn Jahren in der Unternehmenswelt grassierendes Phänomen an, bitten sie ihr Publikum um Themen für neue Lieder. In Hamburg plädierte das Publikum unter anderem für ein Stück über (jetzt Ex-) Bundespräsident Christian Wulff, sodass dieser sofort in einem Lied bearbeitet wurde. Aber auch Themen wie Castingshows, Massentourismus, Volksmusiknepp, Integration und Moderne Kunst werden von Maybebop durch den Kakao gezogen. Und so bietet Maybebop nicht nur eindrucksvolle Stimmen, A-cappella-Gesang, eigene deutsche, zum Teil sehr hintergründige Texte und Humor, sondern auch die Offenlegung so mancher Skurrilität des Alltags.

Rebecca Bellano



Aliens als Notlösung

Schwangere sucht Ausweg

Die verrücktesten Geschichten schreibt das Leben selbst. Wie die der polnischen Mutter, die auf Schadensersatz klagte, weil ihre 13-jährige Tochter schwanger aus dem Ägypten-Urlaub nach Hause kam. Schuld sei ihrer Ansicht nach ein mit Spermien verunreinigter Hotel-Pool gewesen. Noch abstruser klingt der Plot von Anthony McCartens „Liebe am Ende der Welt“. Der Roman spielt in der Heimat des Autors, Neuseeland, genauer im heruntergekommenen Provinzstädtchen Opunake. Die 16-jährige Delia Chapman jobbt neben der Schule in einer Fleischfabrik. Tagaus, tagein steht sie am Fließband und verpackt frische Rinderherzen: „Vor einigen Jahren war einmal die Produktion einer ganzen Saison beschlagnahmt worden, weil sich Kopfläuse in der Ware gefunden hatten. In diesem Schlachthaus mussten die Mädchen so reinlich wie japanische Geishas sein, und jede packte 120 Herzen pro Stunde in Pappschachteln für den Versand.“ Die Teenagerin lebt bei ihrem Vater, einem Blumenzüchter und Rugbyfan. Ihre Mutter hat Selbstmord begangen.

Eines Tages sagt sie auf der Polizeiwache aus, an einem Sonnabend zehn Außerirdische in silbernen Anzügen und Edelstahlstiefeln begegnet zu sein. Diese hätten sie für eine halbe Stunde in ihr ultramodernes Raumschiff entführt und seien dann verschwunden. Seitdem ist Delia in anderen Umständen. Als die Geschichte die Runde im Dorf macht, behaupten rasch zwei Freundinnen, von den Außerirdischen schwanger zu sein.

Plötzlich wird aus dem verschlafenen Provinznest ein selbsterklärtes Betlehem – die Nachbarn, der Pfarrer und ein Skandaljournalist fragen sich, wie die drei Jungfrauen zum Kinde gekommen sind. Ist das Alien-Baby, das Delia erwartet, ein zweiter Jesus, ein Retter der Region und das Heilige Land die grünen Viehweiden von Neuseeland? Während der Bürgermeister hofft, durch das „Wunder“ mehr Touristen in die Gegend zu locken, fürchtet der Ortspolizist, die Sensation ziehe vermehrt Diebesgesindel an.

McCarten ist hierzulande durch seine Romane „Englischer Harem“, „Superhero“ und „Hand aufs Herz“ bekannt geworden. „Liebe am Ende der Welt“ ist eigentlich sein literarisches Debüt, das bisher noch nicht ins Deutsche übersetzt worden war. Mit viel Wort- und Dialogwitz, aber auch Tiefsinn und Feingefühl deckt der Schriftsteller und Filmemacher die vielschichtigen Beziehungen in der Gemeinde auf: etwa die Spannungen zwischen Delia und ihrem jähzornigen Vater, der eine Abtreibung fordert, die Sorge des schüchternen Bibliothekars Philipp Sullivans um die werdende Mutter oder die Freundschaft der drei Mädchen, die durch die plötzliche mediale Präsenz auf eine harte Probe gestellt wird.

Ein ganzes Dorf steigert sich in Hysterie

Skurrile Szenen wie der Fund einer plattgewalzten Kuh im Kornfeld wechseln sich ab mit tragischen Momenten wie der Aufdeckung des wahren Grundes für Delias Schwangerschaft. Gesellschaftskritisch und mit scharfer Beobachtungsgabe skizziert McCarten die Sensationsgier und Perspektivlosigkeit einer Dorfgemeinschaft, wie man sie überall und nicht nur am Ende der Welt findet. Doch bei allem Ernst vergisst der Autor die Ironie nicht. *Sophia E. Gerber*

***Anthony McCarten: „Liebe am Ende der Welt“**, Diogenes Verlag, Zürich 2011, 360 Seiten, 22,90 Euro*



Experte ohne Einsicht

Ulrich Kienzle über seine Zeit als Nahost-Korrespondent der ARD

Wer früher, in grauer Vorzeit, als der Unterschied zwischen CDU und SPD halbwegs erkennbar war, häufig das ZDF-Magazin „Frontal“ gesehen hat, der erinnert sich gerne zweier Mitt-Fünfziger, der eine SPD-lastig, der andere eher CDU-gläubig, die sich am Ende des Nachrichten-Magazins gegenseitig anfrotzelten: Bodo Hauser und Ulrich Kienzle. Rituell begann der Dialog mit dem Ruf Hausers „Noch Fragen, Kienzle?“ Dann kamen kurze Wortgefechte zwischen den beiden, die die jeweiligen Partei-Positionen durch den Kakao ziehen sollten. Manchmal war dies Geplänkel zum Lachen, immer aber lachhaft.

Dabei war Kienzle eigentlich einer der ersten Nahost-Korrespondenten der ARD. Für den Südwestfunk Stuttgart bereiste er mit wachsendem Ansehen und Reiseetat den gesamten Nahen Osten, der sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Auflösung der großen Kolonialreiche in einem ständigen Umbruchprozess befand, buchstäblich von Bagdad bis Marokko. Auch später, als Chefre-dakteur von Radio Bremen 1980 bis 1990 sowie als Leiter der ZDF-Außenpolitik und Moderator des „Auslandsjournals“, blieb er der Faszination, die dieser Landstrich und seine Bewohner auf ihn ausgeübt haben müssen, treu. Das heißt, er spezialisierte sich auf den Nahen Osten, für ihn immer noch das Land von 1001 Nacht und wohl das von Karl May.

Im Alter steht er nun der Deutsch-Arabischen Gesellschaft vor und zählt sich zusammen mit Peter Scholl-Latour zu den gern zitierten „Nahost-Experten“. Sein neues Buch „Abschied von 1001 Nacht“, in einem kleinen, ihm nahestehenden Verlag erschienen, nimmt die aktuellen Ereignisse des von ihm sehr begrüßten „Arabischen Frühlings“ zum Anlass, einen Rückblick auf sein Leben als Nah-Ost-Korrespondent zu halten: ein wildes, privilegiertes Leben als westlicher Beobachter in einer ziemlich rauen, halbbarbarischen und oft undurchschaubaren nachkolonialen Welt, die sich in einem rasanten Wandel befindet, der heute noch nicht abgeschlossen ist.

Autor glaubt, der Arabische Frühling bringe Freiheit

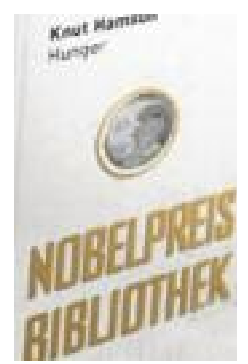
Als Reporter und Korrespondent des im Nahen Osten sehr respektierten deutschen Massenmediums Fernsehen erlebt er die mächtigen Männern der Region aus äußerster, oft intimster Nähe, ebenso gern von ihnen umarmt wie hinters Licht geführt. Dem irakischen Diktator Saddam Hussein, der betonte, dass er eine Koran-Ausgabe mit seinem eigenen Blut hat schreiben lassen, stellte er die ziemlich kühne Frage: „Präsident Bush bezeichnet Sie als neuen Hitler. Empfinden Sie das als Kompliment oder als Beleidigung?“

Kienzle sah Kairo zur Zeit von Sadats Bruch mit den Sowjets, er begegnet dem zypriotischen Präsidenten Makarios während des beginnenden blutigen Terrors gegen die türkische Minderheit und besucht den noch jungen Gaddafi in seinem Präsidentenpalast, der damals aus einem Beduinenzelt bestand.

Kienzle war im Libanon-Krieg, bei dem das einstige Paris des Ostens, Beirut, vor seinen Augen in eine Trümmerlandschaft verwandelt wurde, länger dabei, als ihm lieb war. Der untergegangenen Welt dieses Libanons gilt wohl die größte Zuneigung des verwöhnten Orientkenner, hier schildert er seine eindrucksvollsten und intensivsten Erinnerungen.

Am Ende seines aktiven Nah-Ost-Lebens überraschte ihn, nachdem er 40 Jahre Nahost-Experten-tum ohne besondere Erschütterung hinter sich gebracht hatte, plötzlich und unerwartet der sogenannte „Arabische Frühling“. Und hier obliegt der ausgebuffte Orientfahrer einem riesigen Irrtum: Er glaubt an den Sieg der Jungen, der Studenten, der Aufklärer mit Facebook. Wo doch schon vor Erscheinen seines Buches immer deutlicher wurde, dass der Arabische Frühling in Wahrheit ein Sieg des islamischen Fundamentalismus war. Und so ist sein Abschied von 1001 Nacht nur ein Rückblick auf 40 Jahre Nahost-Geschichte – der ist allerdings imponierend. *Klaus Rainer Röhl*

***Ulrich Kienzle: „Abschied von 1001 Nacht“**, sagas edition, Stuttgart 2011, gebunden, 350 Seiten, 19,90 Euro*



Die Kunst, mit der Kunst zu leben

»Bild« entdeckt Literaturnobelpreisträger: Norweger Hamsun gehört dazu

„Kunst macht selten reich, aber glücklich“. Diesen Satz werden sicher viele Schauspieler, Schriftsteller und andere Künstler unterstreichen. Auf den jungen Mann in Knut Hamsuns Meisterwerk „Hunger“ – mit dem der norwegische Nobelpreisträger seinen literarischen Durchbruch erzielte – trifft nur der erste Halbsatz zu. Der Protagonist ist ein mittelloser Autor, dem wir auf seinen ziellosen Wanderungen durch die Stadt Kristiania (heute Oslo) folgen. Er ist vom Hunger getrieben, und man weiß nicht, ob denn nun sein körperlicher oder sein seelischer Verfall schneller voranschreitet.

Dass dieses Buch, das die moderne Erzähltechnik des Bewusstseinsromans virtuos anwendet, nun in einer preisgünstigen Ausgabe erschienen ist, verdanken wir der „Bild“-Zeitung, die sich sonst eher nicht unbedingt vom Hunger gezeichneten, sondern von Kurven geprägten Titelmädchen sowie der Jagd auf den Bundespräsidenten widmet. Die Zeitung mit den vier großen Buchstaben bringt nämlich zurzeit eine Bibliothek der Literaturnobelpreisträger heraus.

Knut Hamsun hat mit seiner Sympathie für den Nationalsozialismus persönliche Schuld auf sich geladen. Doch das ändert nichts an der Tatsache, dass er ein großartiger Schriftsteller war, der viele bedeutende Dichter des 20. Jahrhunderts wie Thomas Mann, Ernest Hemingway oder James Joyce beeinflusst hat. Das Faszinierende an „Hunger“ ist auch, dass es Hamsun nicht um wohlfeile Sozialkritik oder die Suche nach den Gründen für die seelische und körperliche Verwahrlosung seines Helden geht. Es ist einfach so, und wir verfolgen abgestoßen und gleichzeitig angezogen die immer fiebrigeren Windungen der Phantasie des jungen Journalisten, der im Leben nicht Fuß fassen kann. Ob ihm seine Flucht nach England am Ende des Romans Glück bringen wird, bleibt offen.

Mancher junge Mensch, der heute „irgendwas mit Medien“ unternehmen möchte oder einen Job in der „Kreativbranche“ sucht – am liebsten natürlich in Berlin –, sollte zuvor vielleicht zu „Hunger“ greifen. Die Angehörigen prekärer Arbeitsverhältnisse und Dauerpraktikanten werden mit dem jungen Mann sympathisieren, der sich vom „Nein der Redakteure“ nicht abbringen lässt und sich ständig einredet, alles müsse doch irgendwie ein glückliches Ende finden.

Hochmut kommt vor dem Fall, sagt ein altes Sprichwort. Wer diesen Satz beherzigt, wird vielleicht nicht scheitern wie Hamsuns hungernder Held, dessen Stolz ihm im Wege steht, wie Daniel Kehlmann in seinem knappen Nachwort herausarbeitet: „Gerade weil er nicht bereit ist, sich als Bedürftigen zu sehen, gelingt es ihm nicht, etwas gegen sein Los zu unternehmen.“ *Ansgar Lange*

***Knut Hamsun: „Hunger“**, Axel Springer AG, Berlin 2011, 205 Seiten, 7,95 Euro*

Keine Spielwiese für Politiker

Bildungsexperte Jörg Dräger nennt seine Wege aus der deutschen Bildungsmisere

Dass an Deutschlands Schulen nicht alles rund läuft, daran zweifelt kaum einer. Nur die Wege, die beschritten werden sollen, um die Defizite zu beheben, sind äußerst unterschiedlich. Jörg Dräger, Vorsitzender der Bertelsmann Stiftung für den Bereich Bildung, gehört zu den vielen Nicht-Politikern, die auch ihre Vorschläge in die Debatte einbringen. Zusammen mit dem ehemaligen Hamburger Bürgermeister und SPD-Mitglied Klaus von Dohnanyi thematisiert der parteilose Dräger, der in einer CDU-geführte Regierung in Hamburg Wissenschaftssenator war, in „Dichter, Denker, Schulversager. Gute Schulen sind machbar – Wege aus der Bildungskrise“ die Probleme.

Mit ihren unterschiedlichen parteipolitischen Hintergründen plädieren beide dafür, den parteipolitischen Hintergrund bei der Debatte endlich außen vor zu lassen. Deutschland sei kein Bildungsland, so sei ein Bildungsreformland, so Dräger. Auch sei es falsch, dass gerade von linker Gewerkschaftsseite immer der Ruf nach mehr Geld käme, Bildungsvergleiche aber äußerst skeptisch betrachtet würden. „Mästen statt messen“ sei aber nicht der richtige Weg. In den letzten Jahrzehnten sei viel Geld für populären Unsinn investiert worden. Und Chancengerechtigkeit bedeute nicht Gleichmacherei, schreibt er ebenfalls den linken Parteien ins Stammbuch.

Konnte man ihm bis hierhin noch folgen, wirft sein Vorschlag, Schulen in wohlsituierten Vierteln Geld wegzunehmen, um es in Problemviertelschulen zu investieren, Zweifel auf. Ja, je mehr Kinder aus Problemvierteln einen Schulabschluss machen, desto weniger müssen später von den Leistungsbringern der Gesellschaft über Sozialleistungen durchgefüttert werden, doch letztendlich schwimmen auch Schulen in besseren Vierteln nicht in Geld. Ja, die Lehrer-Aus- und -Weiterbildung muss sich darauf konzentrieren, wie man mit einer immer heterogeneren Schülerschar umgeht, um die Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten individuell zu fördern. Doch verlangt man nicht Wunder von einem Lehrer, wenn man ihm ein Schulsystem aufdrängt, das die natürliche Vielfalt der Schüler durch gemeinschaftlichen Unterricht in Gemeinschaftsschulen verstärkt? Auch Drägers Überzeugung, dass Schulen weniger Wissen, dafür aber dessen Erschließung vermitteln sollen, wirkt extrem. Ja, manches Wissen veraltet und da man sich ständig weiterbilden muss, sind die Methoden, sich Wissen anzueignen, wichtig, doch es gibt auch Wissen, das Bestand hat, denn die Allgemeinbildung umfasst ein breites Feld. Und der Umstand, dass sich der Physiker gegen eine Spezialisierung in der Ausbildung ausspricht, ist verwirrend.

Chancengerechtigkeit nicht Gleichmacherei

Dräger weist auch auf die wichtige Rolle der frühkindlichen Bildung hin und macht den Vorschlag, lieber Studiengebühren zu erheben und dafür den Kindergarten kostenlos anzubieten. Da der Autor weiß, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst, macht er einige Vorschläge, wie man mit Umverteilung der vorhandenen Mittel das Bildungssystem effizienter macht. Dabei ist es sein Hauptziel, viele junge Menschen fit für den Beruf zu machen, da das langfristig dem Staat Geld sparen würde. Dieser würde zu viel reparieren statt investieren und zahle so Hartz IV statt Kitagebühren. Und die vier Milliarden Euro der letzten Kindergelderhöhung wären in Kitas besser investiert gewesen.

Aber manche Aspekte in dem Buch nerven. So wird auch hier wieder das Beispiel Kanada angeführt, wo doch einheimische Kinder und zugewanderte so gut nebeneinander lernen. Bitte, an alle, die dieses Beispiel so gerne anführen, merkt euch, dass Zuwanderer nach Kanada und nach Deutschland nicht in einen Topf zu werfen sind. Die einen entstammen der gehobenen Bildungsschicht und die anderen nicht.

Klaus von Dohnanyi gibt in seiner „politischen Gebrauchsanweisung“ den nachdenkenswerten Hinweis, dass Bildung noch dezentralisierter gedacht werden sollte als bisher, denn Schule sei von Ort zu Ort, ja von Stadtteil zu Stadtteil vor unterschiedliche Probleme gestellt. Das würde aber bedeuten, dass sich Bildung dem Machtbereich der Landes-Politik entziehen würde und stattdessen vor Ort anhand der Faktenlage organisiert werden müsste. *Rebecca Bellano*

***Jörg Dräger, Klaus von Dohnanyi: „Dichter, Denker, Schulversager. Gute Schulen sind machbar – Wege aus der Bildungskrise“**, DVA, München 2011, geb., 254 Seiten, 17,99 Euro*

Weitere Titel

***Klaus Diedrich: „Flucht ins Ungewisse. Zerstörte Kindheit“**, BoD, Norderstedt 2011, broschiert, 128 Seiten, 18,90 Euro*

***Helmut Neubach: „Kleine Geschichte Schlesiens“**, Senfkorn Verlag, Görlitz 2011, broschiert, 46 Seiten, 2,90 Euro*

***Hans-Rudolf Neumann: „Litauen/Lettland. Fortifikatorischer Exkursionsbericht einer Studienreise vom 28. März bis 8. April 2011“**, S. Roderer Verlag, Regensburg 2011, broschiert, 214 Seiten, 29,80 Euro*

***Monika Stechbart: „Mariechenkäfer flieg. Das Leben einer Frau im Memelland (Ostpreußen) um 1900“**, BoD, Norderstedt 2010, borschiert, 173 Seiten, 12,50 Euro*

***Dietmar Willoweit und Janine Fehn (Hrsg.): „Johann Gottfried Herder. Staat, Nation, Humanität“**, Königshausen & Neumann, 349 Seiten, 48 Euro*

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.



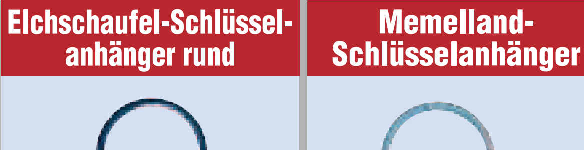
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.

Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Dr. Wolfgang Thüne
Propheten im Kampf um den Klimawandel
Geb., 591 Seiten
Best.-Nr.: 7166, € 24,80





Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95



Memelland-Schlüsselanhänger
Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Königsberg-Schlüsselanhänger



Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95



Ulrich Saft
Der Kampf um Norddeutschland
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80



statt € 12,90 nur € 9,95

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057



€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

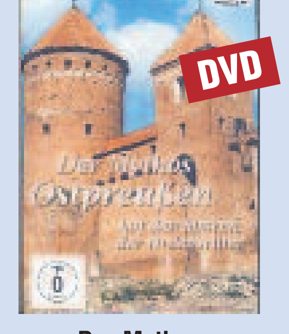
Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



Angebot solange der Vorrat reicht!

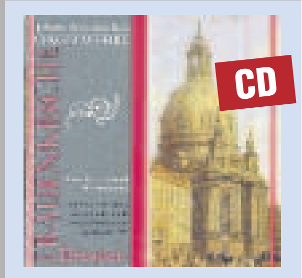
statt € 149,95 nur noch € 129,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Silbermannorgel
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel



Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr“ Maße: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

Sonderangebot statt € 24,90 nur € 19,95



Michael Grandt,
Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
So können Sie dem kommenden Sturm trotzen. Europa steht vor dem Zusammenbruch. Die ersten Vorboten haben sich bereits gezeigt. Wer hätte vor einem Jahr an einen Staatsbankrott von Griechenland und Irland geglaubt? Daran, dass Portugal, Spanien und sogar Großbritannien kurz davorstehen? Auch in Deutschland ist der Staatsbankrott bereits vorprogrammiert. Er ist nur noch eine Frage der Zeit. Langsam haben es auch die größten medialen Realitätsverweigerer und politischen Schönredner begriffen: Nichts ist mehr sicher. Der Euro ist eine tickende Zeitbombe und der Countdown läuft. Eine Währungsreform in naher Zukunft wird immer wahrscheinlicher. Verzweifelt versuchen Politiker mit gefälschten Arbeitslosenzahlen, geschönten Konjunkturdaten und dem Verschweigen der wahren Staatsverschuldung, die so hoch ist, dass man es sich kaum mehr vorstellen kann, das Volk zu belügen, zu betrügen und zu beruhigen. Sie fürchten Ausschreitungen wie in Griechenland und Frankreich oder gar Revolutionen wie jene, die mit Tunesien erst Nordafrika und dann mit Ägypten weite Teile der arabischen Welt erschütterten. Interne Studien von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten warnen bereits vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland. Der Niedergang scheint unausweichlich. Wie ernst ist die Lage also wirklich? Was wird den Bürgern noch immer verschwiegen? Wann und wo wird sich der Wutstau entladen? Das sind einige der wichtigsten Fragen, die in diesem Buch beantwortet werden. Und zwar mit schonungsloser Offenheit.

Gebunden, 336 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7081

€ 19,95



Heinz Schön
Königsberger Schicksalsjahre
Der Untergang der Hauptstadt Ostpreußens 1944–1945.
Geb., 352 S., davon 32 S. s/w-Abbildungen im Großformat.
Best.-Nr.: 7159, € 25,95



Das alte Dresden
Erinnerungen an die Zeit von 1880 bis 1942
(3D-DVD inkl. 3D-Brillen)
Laufzeit: 60 Minuten
Best.-Nr.: 7168, € 14,95



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979
Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder
- Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön
- Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See
- Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

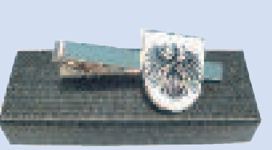
Sonderangebot statt € 13,95 nur € 9,95

Husaren-Manschettenknöpfe



Silbernes Herrschermonogramm „F,W, R“ mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertige Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

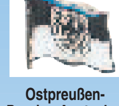
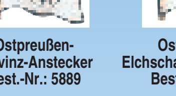
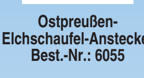
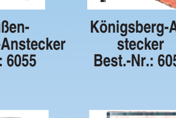
Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143



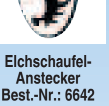


statt € 14,90 nur € 9,95

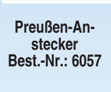
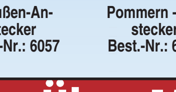
Heimat-Anstecker

Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504


Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642



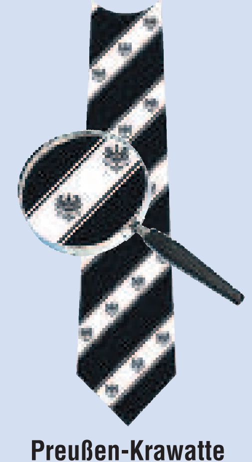
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928







Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung
Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



statt € 7,95 nur noch € 4,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 S., mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117, € 29,95



PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 08/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

EU-Beamte zu sehr privilegiert

Brüssel – Die Europa-Abgeordnete Inge Gräßle (CDU) fordert angesichts gravierender Sparmaßnahmen in etlichen EU-Staaten, dass auch die EU-Beamten Einschnitte hinnehmen. Zwölf Wochen Freizeit pro Jahr und automatische Beförderungen unabhängig von der Arbeitsleistung müssten überprüft werden. Die Personalkosten für die knapp 47 000 EU-Beamten betragen rund fünf Milliarden Euro pro Jahr. *H.H.*

Israel zeigt Berlin Grenzen

Beit El – Dieser Tage entscheidet die israelische Ziviladministration in Beit El nahe Jerusalem, ob sie die vom deutschen Auswärtigen Amt mitfinanzierten Solarkollektoren und Windräder abreißen lässt, die rund 1500 Palästinensern im Gebiet um Hebron Strom liefern. Da Israel im von ihm verwalteten Westjordanland kaum Baugenehmigungen an Palästinenser erteilt, waren diese ohne Erlaubnis gebaut worden, um die Lage der Menschen erträglich zu machen. *Bel*

ZUR PERSON

Bleierne Filme

Eine aktuelle TV-Dokumentation über ihren preisgekrönten Film „Rosa Luxemburg“ trägt den Titel „Die Lust zu kämpfen – die Kraft zu lieben“. Damit ist die Tonlage des Schaffens der Autorenfilmerin **Margarethe von Trotta** eigentlich schon vorgegeben: Die Kritik hielt ihren „übertrieben konstruierten und gelegentlich vereinfachenden“ Streifen deren „oftmals allzu starke ‚Betroffenheits-Attitüde‘“ vor, in denen „die Vielschichtigkeit manchmal auf der Strecke bleibt“. Der politisch inzwischen im anderen Lager stehende Schriftsteller Eckhard Henscheid brachte es in seinen „Sudelblättern“ unbarmherzig auf den Punkt: „Es ist alles kompletter Kitsch.“

Die Lieblingsmuse der linken Kulturschickeria aus den guten Wohnvierteln, die dafür bekannt ist, in ihren Filmen Frauen ein plakatives Denkmal zu setzen, lamentierte mal in einem Interview: „Mir ist noch nie in irgendeiner Weise was geschenkt worden, ich musste immer kämpfen.“



Das ist Jammern auf hohem Niveau, denn ihre zähflüssigen Inszenierungen, in denen sie oft deutsche Geschichte fiktionalisierte, wurden von BRD-Filmförderungsanstalten stets hochsubventioniert. Filme wie „Die bleierne Zeit“ über die Geschwister Ensslin, „Rosa Luxemburg“ oder „Das Versprechen“ werden über die Goethe-Institute als Aushängeschilder des Neuen Deutschen Films in alle Welt transportiert. Deren internationaler Ruf muss einem Rätsel aufgeben, ähnlich wie die Lichtspiele Volker Schlöndorffs, mit dem sie in zweiter Ehe verheiratet war. Die heute in Paris und München lebende von Trotta, die ihren Namen einem baltischen Adelsgeschlecht verdankt und in Berlin ohne Vater aufwuchs, ist im Alter produktiv wie eh und je. Am vergangenen Dienstag feierte sie ihren 70. Geburtstag. *CR*

Anteilige Verdienste

Zeichnung: Mohr

Brandgefährlich

Wen wir uns mit Gauck eingebrockt haben, was nur Angela Merkel gesehen hat, und wieso wir für die Ostsee Strafe zahlen müssen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Nein, diesmal sei parteitaktisches Kalkül ganz fehl am Platze. Es gehe allein um die „Würde des Amtes“, schworen uns die Politiker quer durch alle Parteien. Als erfahrenes Publikum wissen wir: Gerade wenn die so reden, laufen die Winkelzieher zu ihrer parteitaktischen Höchstform auf. Bei Joachim Gauck war es nicht anders.

Das heißt – doch, irgendwie anders war es schon. Diesmal haben einige entscheidende Strategen dermaßen herumtaktiert, dass sie sich am Ende in ihren eigenen Spinnfäden verhedderten. Grünen und Sozialdemokraten dämmerte nach der Nominierung rasch, wen sie sich da eingebrockt haben. Die beiden Parteien wollten mit Gauck eigentlich einen Torpedo aufs Koalitionsschiff abschießen. Nun müssen sie atemlos mit ansehen, wie das Mistding im Kreis fährt und sich ihnen selbst von hinten nähert.

Es herrscht helle Panik auf dem rotgrünen Pott. Linke Aktivisten, Berufsimmigranten und die Vorsprecher der bundesdeutschen Betreuungsindustrie quietschen auf aus Furcht vor dem donnernden Aufprall. Der könnte wirklich fürchterlich werden nach allem, was wir von Herrn Gauck bislang gehört haben: Hartz-IV-Demos mit den revolutionären Montagsdemonstrationen von 1989 auf eine Stufe zu stellen sei „töricht“, die Banken verstaatlichen und die Marktwirtschaft abschaffen zu wollen sei „unsäglich albern“ und Thilo Sarrazin habe teilweise „Mut“ bewiesen, als er sich gegen die politisch korrekten Tonangeber erhob. Schauerlich!

Die Opposition dürfte längst bitterlich bereuen, dass sie mitgeholfen hat, den Wulff madig zu machen. Seit „Der Islam gehört zu Deutschland“ war der doch eigentlich auf einem ganz guten Wege! Und Gauck? Um tolerant gegenüber anderen zu sein, müssten wir erst einmal unser „eigenes Profil schärfen“, sagt er. Der Mann untergräbt damit die Grundfesten der „bunten Republik“. Darin heißt es doch, dass die Einwanderer ihre „Identität verlieren“, wenn sie sich zu sehr eindeutschen. Was ja nichts anderes bedeutet als dass „deutsch“ gar keine „Identität“ ist, respektive sein darf. Das hatten wir längst zum „Konsens“ erklärt. Wenn in diesem Lande ein „Konsens“ ausgerufen wird, heißt das, dass ab jetzt jeder Widerspruch als politisches Vergehen zu ahnden ist. Doch nun kommt dieser verruchte Antikommunist und redet vom „Profil“ der Deutschen, das er „schärfen“ will.

Angela Merkel hat bis zum Schluss versucht, die Katastrophe abzuwenden. So entlarvte sie Gauck als einen, der „nur ein Thema“ habe. Und was wäre daran so schlimm? Wissen wir auch nicht. Könnte aber sein, dass an Gauck vor allem stört, dass er das falsche „eine Thema“ hat: Freiheit.

Wenn man sie ernstnimmt, ist Freiheit eine brandgefährliche Angelegenheit. Denn echte Freiheit gibt es nur, wenn sie auch für das Unerwünschte gilt. Also das Recht umfasst, Meinungen zu äußern, welche die Meinungsmachthaber grässlich finden. Denn die Freiheit, sagen zu dürfen, was ohnehin im „Konsens“ der Vorherrschenden liegt, die gibt es selbst in der Diktatur.

> Der neue Präsident will mehr »Freiheit«. Das gefährdet den zivilgesellschaftlichen Konsens!

Gauck hat mit seinem Chapeau vor Sarrazin gezeigt, dass er die echte Freiheit meint. Das macht ihn zum Risiko-Kandidaten, von dem man jederzeit Ungemach befürchten muss. Zu einem, der den ganzen Fahrplan durcheinanderbringen kann mit seinen „nicht hilfreichen“ Zwischenrufen.

Ärgerlich, denn mit Genugtuung hatten wir registriert, dass die „Freiheit“ den Deutschen immer gleichgültiger wurde. Dem gegenüber wuchs die Sehnsucht nach mehr „Gleichheit“.

Für ehrgeizige Politiker öffnet ein solcher Gesinnungswandel das Tor zum Paradies. Da die Menschen von Natur aus ungleich sind, muss Gleichheit nämlich erzwungen werden, zum Beispiel durch höhere Steuern und mehr Umverteilung, also durch mehr staatliche Schröpfung auf der einen und mehr staatliche Betreuung auf der anderen Seite. Das erweitert die Macht der Politik ins Unermessliche und lässt sie bis zum letzten Küchentisch vordringen.

Nun das: Nachdem sich die Deutschen wunschgemäß zum Volk der Gleichmacher zu entwickeln schienen, stellen sie sich laut einer Umfrage plötzlich zu 69 Prozent hinter einen Kandidaten, der „Freiheit“ fordert und den in Wahrheit außer der siechen FDP keine einzige Bundestagspartei haben wollte. Das sieht den Deutschen ähnlich: Wir fühlen uns brutal zurückversetzt ins finstere Sarrazin-Jahr 2010, da lagen die Gewichte ähnlich verteilt. Dass Gauck dem scheußlichen Provokateur öffentlich seinen Respekt zollt, lässt das Schlimmste befürchten. Und siehe da: Nachdem ihn die Kanzlerin im Taxi angerufen und ihm das höchste Amt angetragen hatte, sagte Gauck zum Fahrer einen Satz, der das Zeug zum historischen Zitat hat: "Sie fahren den neuen Präsidenten, wir ändern die Richtung." Oha!

Doch wir sind gewappnet. Zahllose Kommentare im Internet und in linken Medien zeigen uns: Die Wächter des „zivilgesellschaftlichen Konsenses“ haben ihre gepanzerten Rüssel ausgefahren, um den früheren DDR-Bürgerrechtler rund um die Uhr zu beschnüffeln.

Dieser Konsens ist uns teuer, denn er wurde hart erkämpft, bis er sich nach und nach über alle Politikfelder verbreitet und zu einheitlichen Meinungen geführt hat. In der Umweltpolitik etwa wurden mittlerweile selbst noch die allerletzten Meinungsverschiedenheiten konsensgeschleift.

So bestreitet kein seriöser Diskussionsteilnehmer mehr, dass Biosprit zum Umweltschutz beiträgt und das Klima rettet. Doch es gibt immer noch gewissenlose Strolche, die mit sogenannten „Messdaten“ gegen den Konsens verstoßen. Danach stößt Treibstoff aus Soja, Palmöl oder Raps sogar mehr Kohlendioxid aus als der Sprit aus Erdöl.

Da fragt man sich doch: Wer hat diesen Plantagen-Sarrazins eigentlich erlaubt, solche Untersuchungen anzustellen? Und ihre Ergebnisse dann auch noch zu veröffentlichen?

Und sie sind nicht allein: Andere „Forscher“ haben herausgefunden, dass die Feinstaubbelastung in den Städten nach Einführung der „Umweltzonen“ nicht etwa gesunken, sondern rapide gestiegen ist. Und warum? Berlin etwa werde mit Sandkörnern aus Brandenburg und Salzkristallen aus der Ostsee bombardiert, will das Umweltbundesamt erkundet haben. Daher der viele „Feinstaub“ – und also nicht wegen der Autos?

Was macht man, wenn sich die Bestrafung der Bürger als unbegründet herausstellt? Wenn sich die „Maßnahmen, die zum Schutz des Klimas, der Umwelt und der Menschen unverzichtbar sind“, als kompletter Blödsinn herausgestellt haben? Na klar doch: Man lässt sich nicht beirren und fordert noch viel mehr vom Gleichen. Die Umweltzone reiche lange nicht aus, poltern Umweltverbände und dringen auf weit radikalere Maßnahmen. Gegen wen? Die Ostsee? Den märkischen Sand? Nein, gegen die Autofahrer natürlich.

Schließlich kann man einem Meer ja keine Geldbußen aufdrücken, daher hätten Zwangsmaßnahmen gegen die Ostsee nicht den Erfolg, um den es eigentlich geht: ans Geld der Bürger zu kommen. Die Europäische Union freut sich jedenfalls schon darauf, den Deutschen demnächst deftige Strafen aufzubrummen, wenn sie das mit dem Staub nicht in den Griff kriegen, was sie erfreulicherweise ja gar nicht in den Griff kriegen können. Allein Berlin könnte mit 100 000 Euro pro Tag zur Ader gelassen werden, wenn die Feinstaubwerte so hoch bleiben.

Immerhin müssen für den Feinstaub ja alle EU-Europäer bluten, denn schließlich gelten die „strengen Grenzwerte“ doch in der gesamten Union, oder? Theoretisch stimmt das natürlich. Indes: Die meisten Länder messen einfach nicht so genau wie Deutschland. Daher gibt es von dort keine erhöhten Werte zu vermelden, und deshalb sieht Brüssel auch keinen Grund, jenen Staaten Geldstrafen aufzuerlegen wie den peniblen Deutschen.

MEINUNGEN

Noch vor seiner Nominierung zum Bundespräsidenten gab ***Joachim Gauck*** *Einblick in seine* ***Grundüberzeugung****. In dem im „Focus“ (13. Februar) veröffentlichten Vorabdruck seines neuen Buches* ***„Freiheit. Ein Plädoyer“*** *lesen wir:*

„Es ist wichtig zu begreifen, dass wir der Toleranz nicht dienen, wenn wir unser Profil verwässern, sondern indem wir uns umgekehrt unserer eigenen Werte wieder vergewissern ... Die Bewusstheit darüber, wozu wir in der Zukunftsgestaltung imstande sind, muss deutlicher neben die Bewusstheit darüber treten, welche Fehler und Verbrechen wir oder unsere Vorfahren in der Vergangenheit begangen haben.“

Der ***Harvard-Professor Dani Rodrik*** *zweifelt in der „Financial Times Deutschland“ vom 16. Februar an einer* ***funktionierenden Weltgesellschaft****, doch eine* ***Alternative*** *ist schwer zu vermitteln:*

„Das Problem ist, dass wir noch immer dem Mythos vom Niedergang des Nationalstaates verfallen sind. Unsere politischen Führer verweisen auf ihre Machtlosigkeit, die Intellektuellen denken sich realitätsferne Global-Governance-Systeme aus, und die Verlierer machen zunehmend Einwanderung und Importe verantwortlich. Und wenn man von der neuerlichen Stärkung des Nationalstaates spricht, suchen die anständigen Leute Deckung, als hätte man vorgeschlagen, die Pest wiederzubeleben.“

Feenfreud und Feenleid

Es war einmal ein kleiner W.,
entrückt von einer blonden Fee
aus seinem Häuschen, schlichten,
in ein gewaltig großes Schloss –
und wie ihr ahnen könnt, verdross
den Guten das mitnichten.

Was Wunder, kam's dem Mann
ab dann
auf schöne fromme
Rede an,
der Fee zum Wohlgefallen –
doch so wie allen recht getan,
ist's eben auch ein leerer Wahn,
es recht zu reden allen.

Das wies sich klar, als er befand,
was mittlerweile zu dem Land
gehöre sozusagen:
Nicht an Gebiet – das ist vorbei –
vielmehr an buntem Allerlei,
von fern herbeigetragen!

Da staunte man im Volke sehr,
zumal erst kurze Zeit vorher
die Fee, die hochverehrte,
den lang gehegten Mummenschanz
ums Vielgevölk als voll und ganz
gescheitert doch erklärte!

Gleichwohl hat sie den W.
gestützt –
nur hat's ihm letztlich nichts
genützt
und manche gar erheitert:
Er ist ja an
Vergangenheit
und noch dazu, was
nicht gescheit,
der eigenen gescheitert!

Ein Pech war, dass beim
Folgeschritt
der Feenstab ihr
glatt entglitt,
und sie stand stumm daneben,
denn leise durch die Hintertür
entschieden andre flugs die Kür –
so ist's im wahren Leben ...

Pannonicus